

Ziele für nachhaltige Entwicklung

Bericht 2022



Inhalt

	Vorwort.....	2
	Ein Fahrplan für den Weg aus der Krise	3
	Über die Krise hinausdenken	4
	Übersicht	8
Ziel 1	Keine Armut	26
Ziel 2	Kein Hunger.....	28
Ziel 3	Gesundheit und Wohlergehen	30
Ziel 4	Hochwertige Bildung.....	34
Ziel 5	Geschlechtergleichheit.....	36
Ziel 6	Sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen	38
Ziel 7	Bezahlbare und saubere Energie	40
Ziel 8	Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum ...	42
Ziel 9	Industrie, Innovation und Infrastruktur	44
Ziel 10	Weniger Ungleichheiten	46
Ziel 11	Nachhaltige Städte und Gemeinden	48
Ziel 12	Verantwortung bei Konsum und Produktion.....	50
Ziel 13	Maßnahmen zum Klimaschutz.....	52
Ziel 14	Leben unter Wasser	54
Ziel 15	Leben an Land.....	56
Ziel 16	Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen	58
Ziel 17	Partnerschaften zur Erreichung der Ziele	60
	Hinweise für Leserinnen und Leser.....	62
	Regionale Gruppen	63



Ziele für nachhaltige Entwicklung **Bericht 2022**

Vorwort

Die Welt wird derzeit von einer Kaskade miteinander verknüpfter globaler Krisen und Konflikte heimgesucht, die die in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung gefassten Pläne in Gefahr bringen. Während die COVID-19-Pandemie bereits in ihr drittes Jahr geht, verschärft der Krieg in der Ukraine humanitäre, Nahrungsmittel-, Energie- und Flüchtlingskrisen – und das alles vor dem Hintergrund eines ausgewachsenen Klimanotstands. Der Bericht über die Ziele für nachhaltige Entwicklung 2022 belegt anhand aktueller Daten die verheerenden Auswirkungen dieser Krisen auf die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung.

Die COVID-19-Pandemie hat bislang direkt oder indirekt nahezu 15 Millionen Menschenleben gefordert. Die globalen Gesundheitssysteme sind überfordert, und viele grundlegende Gesundheitsdienste sind stark beeinträchtigt, was die Fortschritte bei der Bekämpfung anderer tödlicher Krankheiten erheblich gefährdet. Gegenüber dem Stand von vor der Pandemie leben heute viele Millionen mehr Menschen in extremer Armut und sind häufiger von Hunger betroffen. Schätzungsweise 147 Millionen Kinder versäumten in den letzten beiden Jahren mehr als die Hälfte ihres Präsenzunterrichts, was ihren Lernprozess und ihr Wohl deutlich beeinträchtigt hat. Frauen sind von den sozioökonomischen Folgen der Pandemie unverhältnismäßig stark betroffen und haben mit Arbeitsplatzverlusten, einer höheren Belastung durch unbezahlte Pflege- und Betreuungsarbeit und einer grassierenden stillen Epidemie häuslicher Gewalt zu kämpfen.

Der aktuelle Wiederaufschwung der Weltwirtschaft ist fragil und uneinheitlich, und neue COVID-19-Varianten, steigende Inflation, erhebliche Unterbrechungen der Versorgungskette, die zunehmend angespannte Lage auf den Arbeitsmärkten sowie eine nicht tragbare Verschuldung in Entwicklungsländern geben Anlass zur Sorge. Die weltweit äußerst unausgewogene Verteilung von Impfstoffen führt zu einer eklatanten „Zwei-Klassen-Erholung“ von COVID-19, die bei den Menschen in aller Welt das Gefühl von Ungerechtigkeit weiter wachsen lässt und die Bekämpfung tief verwurzelter und anhaltender Ungleichheiten umso dringlicher macht.

Vor diesem Hintergrund erlebt die Welt derzeit die höchste Zahl von Konflikten seit der Gründung der Vereinten Nationen. Etwa 2 Milliarden Menschen leben in von Konflikten betroffenen Ländern. Die Zahl der Flüchtlinge war 2021 höher denn je, und Vertreibungen nehmen weiter zu; ein Problem, das durch den Krieg in der Ukraine noch verschärft wird. Bis Ende Mai 2022 waren allein aus der Ukraine rund 6,5 Millionen Menschen geflohen, zumeist Frauen und Kinder.

Zudem hat der Ukraine-Konflikt die Preise für Nahrungsmittel, Brennstoffe und Düngemittel in die Höhe schnellen lassen und für weitere Verwerfungen in den Versorgungsketten und im Welthandel sowie für Aufruhr auf den Finanzmärkten gesorgt. Aktuelle Schätzungen zufolge könnte der Krieg 2022 einen Rückgang des Weltwirtschaftswachstums um 0,9 Prozentpunkte bewirken und die Entwicklungshilfe für die Armen der Welt untergraben.

Diese Situation wird sich durch den Klimawandel, der als „Krisenmultiplikator“ wirkt und bereits jetzt rund um die Welt zu spüren ist, noch verschlimmern. Häufigere Hitzewellen, Dürren und Überschwemmungen treffen Milliarden Menschen in aller Welt und tragen weiter zu Armut, Hunger und Instabilität bei. Die COVID-19-Pandemie und der Krieg in der Ukraine haben den dringend notwendigen Übergang zu einem grüneren Wirtschaften weiter verzögert. Die Treibhausgasemissionen dürften unter Zugrundelegung der aktuellen nationalen Zusagen in den nächsten zehn Jahren weltweit um fast 14 Prozent steigen.

Es bedarf einer dringenden Mobilisierung der Nachhaltigkeitsziele, um die COVID-19-Pandemie zu überwinden und globale Nachhaltigkeit zu verwirklichen. Wir müssen unserer Verpflichtung nachkommen, die verwundbarsten Menschen, Gemeinschaften und Nationen der Welt zu unterstützen. Die Schaffung einer Weltwirtschaft, die allen zugutekommt, erfordert kühnes Handeln. Mehr Mittel für den Ausbau der Dateninfrastruktur sind geboten, um Investitionen jetzt effizient und zielgenau auszurichten, den künftigen Bedarf frühzeitig zu erkennen, zu verhindern, dass Krisen sich zu offenen Konflikten ausweiten und die Schritte zu planen, die zur Verwirklichung der Agenda 2030 dringend erforderlich sind.



ANTÓNIO GUTERRES

Generalsekretär der Vereinten Nationen

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung: Ein Fahrplan für den Weg aus der Krise

Die Welt steht vor konvergierenden Krisen, die das Überleben der Menschheit bedrohen. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung setzen an allen diese Krisen an und zeigen Wege zu ihrer Prävention und Überwindung auf. Wir ignorieren sie auf eigene Gefahr.

Der Bericht 2022 über die Ziele für nachhaltige Entwicklung zeigt die Fortschritte in Bezug auf die 17 Ziele. Er ist ein Kooperationsprojekt zwischen der VN-Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten und über 50 internationalen und regionalen Organisationen und beruht auf Millionen Datenpunkten aus über 200 Ländern und Gebieten. Die Bilanz des diesjährigen Berichts ist besonders ernüchternd. Nach den aktuellsten Daten und Schätzungen ist die Verwirklichung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung aufgrund mehrfacher, kaskadierender und zusammenfallender Krisen – allen voran COVID-19, Klimawandel und Konflikte – stark gefährdet. Jede dieser Krisen sowie ihr komplexes Zusammenspiel wirkt sich auf alle Ziele aus und verursacht eigene Krisen in den Bereichen Nahrungsmittel und Ernährung, Gesundheit, Bildung, Umwelt und Frieden und Sicherheit. Um weltweit wieder Kurs auf die Nachhaltigkeit zu nehmen, bedarf es konzertierter Maßnahmen globalen Umfangs.

Kaskadierende und zusammenfallende Krisen

Die Pandemie hatte in den zwei letzten Jahren verheerende Folgen für fast alle Lebensbereiche und ist noch lange nicht vorbei. Sie hat die Armutsbeseitigung um mehr als vier Jahre zurückgeworfen und 2020 93 Mio. Menschen mehr in die extreme Armut getrieben. Sie hat unter anderem grundlegende Gesundheitsdienste beeinträchtigt und dafür gesorgt, dass die Durchimpfungsrate erstmals seit zehn Jahren gesunken ist und Tuberkulose- und Malaria-Todesfälle zugenommen haben. Aufgrund langer Schulschließungen laufen 24 Mio. Lernende von der Grund- bis zur Hochschule Gefahr, ihre Bildung abzubrechen.

Die direkte Gefahr der COVID-19-Krise wird nun von der existenziellen Bedrohung durch den Klimawandel überschattet. Bereits jetzt leiden Milliarden Menschen zunehmend unter Hitzewellen, Dürren, apokalyptischen Naturbränden und Überschwemmungen, die die Ökosysteme der Erde dauerhaft schädigen könnten. So bedrohen die Versauerung der Ozeane und steigende Wassertemperaturen Meeresarten wie Korallenriffe, die aufgrund ihrer hohen Biodiversität als „Regenwälder des Meeres“ gelten. Um die schlimmsten Folgen des Klimawandels abzuwenden, müssen die globalen Treibhausgasemissionen nach dem Übereinkommen von Paris vor 2025 ihren Höchststand erreichen und bis 2030 um 43 Prozent und bis 2050 auf Null sinken. Bei den aktuellen freiwilligen Klimazusagen der Staaten werden die Emissionen bis 2030 um fast 14 Prozent steigen.

Gleichzeitig gibt es global so viele Gewaltkonflikte wie zuletzt 1946. Ein Viertel der Weltbevölkerung lebt nun in Konfliktländern. Im Mai 2022 erreichte die Zahl der Vertriebenen mit 100 Mio. einen Höchststand. Der Krieg in der Ukraine hat Nahrungsmittel-, Brennstoff- und Düngerpreise in die Höhe schnellen lassen, Versorgungsketten und den Welthandel beeinträchtigt, Finanzmärkte in Aufruhr versetzt und so die Gefahr einer globalen Nahrungsmittelkrise weiter gesteigert.

Schutz der Schwächeren

Gleichzeitig kämpfen Entwicklungsländer mit Rekordinflation, steigenden Zinssätzen und enormer Schuldenlast. Viele von ihnen bemühen sich aufgrund konkurrierender Prioritäten und beschränkten Haushaltsspielraums vergeblich um die Überwindung der Pandemie. In den am wenigsten entwickelten Ländern bleibt das Wirtschaftswachstum schleppend, und die Arbeitslosigkeit steigt.

Wie immer sind Frauen, Kinder und andere gefährdete Gruppen von diesen Krisen am stärksten betroffen. Kinderarbeit und -heirat nehmen zu. Auch leiden viel mehr Heranwachsende und junge Menschen unter Angstzuständen und Depression. Rund 40 Prozent der Vertriebenen weltweit sind Kinder. Konflikte haben ihr Leben und ihre Entwicklung oft enorm beeinträchtigt. Frauen haben mit dem Verlust von Arbeitsplätzen und Existenzgrundlagen, jähen Zäsuren in ihren Bildung und der Zusatzbelastung durch unbezahlte häusliche Betreuungs- und Pflegearbeit zu kämpfen. Zugleich legen die Daten nahe, dass die Pandemie das Problem der häuslichen Gewalt verschärft hat.

Einen Schritt voraus sein

Um diesen Krisen einen Schritt voraus zu sein, müssen wir begreifen, wo wir stehen und wohin wir uns bewegen. Dazu bedarf es erheblicher Investitionen in die Daten- und Informationsinfrastruktur. Maßnahmen, Programme und Ressourcen zum Schutz der Menschen in dieser so schwierigen Zeit werden zwangsläufig zu kurz greifen, wenn die Daten fehlen, anhand deren Interventionen gezielt ausgerichtet werden können. Aktuelle, hochwertige und aufgeschlüsselte Daten können gezieltere Gegenmaßnahmen anstoßen, Bedarfsprognosen liefern und dringend erforderliche Maßnahmen zielgenau ausrichten helfen. Wenn wir gestärkt aus der Krise hervorgehen und uns für unbekanntere künftige Herausforderungen rüsten wollen, muss die Finanzierung der Statistikentwicklung eine Priorität für einzelstaatliche Regierungen und die internationale Gemeinschaft sein.

Ein Fahrplan zur Überlebenseicherung

Die Schwere und das Ausmaß der vor uns liegenden Herausforderungen erfordern weitreichende und beispiellose Veränderungen. Zuallererst müssen wir bewaffnete Konflikte beenden und den Weg der Diplomatie und des Friedens einschlagen. Dies ist die Grundvoraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Wir können Kriege und die damit einhergehenden sinnlosen Verluste wertvoller Menschenleben und Ressourcen einfach nicht hinnehmen.

Zweitens müssen wir kohlenstoffarme, resiliente und inklusive Entwicklungspfade beschreiten, um CO₂-Emissionen zu senken, natürliche Ressourcen zu erhalten, unsere Nahrungsmittelsysteme umzugestalten, bessere Arbeitsplätze zu schaffen und den Wandel hin zu einem grüneren, inklusiveren und gerechteren Wirtschaften voranzutreiben. Die Ziele für nachhaltige Entwicklung zeigen den Fahrplan klar und deutlich auf. Nicht nur die Folgen von Krisen verstärken einander, wenn sie miteinander verknüpft sind, sondern auch ihre Lösungen. So bekämpfen wir beispielsweise durch eine Verbesserung der Sozialschutzsysteme und öffentlichen Dienstleistungen und durch Investitionen in saubere Energie auch die tieferen Ursachen der wachsenden Ungleichheit, der Umweltzerstörung und des Klimawandels.

Drittens müssen wir, um diese Ziele zu verwirklichen und eine „Zwei-Klassen-Erholung“ zu vermeiden, bei der die Entwicklungsländer zurückgelassen werden, die internationale Finanz- und Schuldenarchitektur von Grund auf umgestalten. Es könnte nicht mehr auf dem Spiel stehen. Wenn die Menschheit überleben soll, müssen wir dieses Überleben für alle sichern und dürfen niemanden zurücklassen.



Liu Zhenmin

Untergeneralsekretär für wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten

Über die Krise hinausdenken: Die Pandemie zur Förderung hochwertiger, aktueller und inklusiver Daten nutzen

Die COVID-19-Pandemie hat das Leben so, wie wir es kennen, von Grund auf verändert. Zugleich hat sie uns zum Umdenken gezwungen und neue Chancen eröffnet. Die Statistik-Fachwelt prüft derzeit, wie wir diese Chancen nutzen und aus der Pandemie lernen können. Ihr geht es darum, dieses Wissen zugunsten besserer Daten für ein besseres Leben zu nutzen – jetzt und in den kommenden, möglicherweise turbulenten Jahren.

COVID-19 hatte dramatische Auswirkungen auf die nationalen Statistikämter in aller Welt. Zu Beginn der Pandemie wurde die physische Erhebung von Daten in nahezu allen Ländern abrupt eingestellt. Parallel dazu war die Nachfrage nach Daten zur politischen Entscheidungsfindung und Information der Öffentlichkeit höher denn je. Die Gesundheitsbehörden etwa benötigten zum Verständnis der Auswirkungen des Virus aktuelle und aufgeschlüsselte Sterbefallzahlen. In der Mehrheit der Länder fehlen monatliche Daten zur Sterblichkeit jedoch auch jetzt noch. Zudem verfügen viele nationale Statistikämter nicht über die Informations- und Kommunikationsinfrastruktur (IKT), die sie für die ortsferne Durchführung ihrer Alltagsarbeit benötigen. Erschwerend kam hinzu, dass die in- und ausländischen Mittel für statistische Aktivitäten in vielen Ländern gekürzt wurden, insbesondere in den Ländern mit dem dringendsten Bedarf.

Dennoch haben viele dieser Ämter neue Wege für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben gefunden. So nutzten sie neben neuen Formen der Datenerhebung, etwa internetgestützten, telefonischen oder gemischten Umfragen, nichttraditionelle Datenquellen wie Mobiltelefonaten, Satellitenbilder und nutzergenerierte Daten. Sie förderten die Zusammenarbeit und wirkten innerhalb der innerstaatlichen Datenökosysteme stärker koordinierend. Die aus diesen Initiativen stammenden Daten ermöglichten ein besseres

Verständnis des Verlaufs der Krise und ihrer Auswirkungen auf Gesundheit, Beschäftigung, Migration, Gewalt gegen Frauen und viele andere Bereiche. Die Reaktionen der nationalen statistischen Systeme waren jedoch höchst uneinheitlich. Ämter mit einem leistungsfähigen und fest etablierten Datensystem waren für eine kreative Krisenreaktion besser gerüstet.

Zudem verlief der Weg zum Erfolg nicht immer geradlinig. Ohne eine sorgfältige Konzeption und Bewertung können Innovationen und neue Ansätze ungewollt zu mehr Ungleichheit und Ausgrenzung führen. Darüber hinaus mussten die Ämter wirksame Kommunikationsstrategien entwickeln, um der „Pandemie“ von Fehl- und Desinformationen über COVID-19 zu begegnen.

Im Zuge der weltweit einsetzenden Überwindung der Krise sind aktuelle, aufgeschlüsselte und hochwertige Daten wichtiger denn je. Was nun benötigt wird, sind weitere, auf den Erfahrungen aus der Pandemie beruhende Investitionen in die Daten- und Informationsinfrastruktur. Ziel ist es, die Krise in den Griff zu bekommen, damit frühzeitigere Gegenmaßnahmen ausgelöst, künftige Bedürfnisse vorhergesehen und die für die Verwirklichung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung dringend notwendigen Maßnahmen konzipiert werden können.

Die nachstehende Analyse basiert auf vier globalen Umfragen zu den Folgen der Pandemie für die nationale statistische Arbeit zwischen Mai 2020 und Mai 2021, die von der Statistikabteilung der Vereinten Nationen und der Weltbank gemeinsam durchgeführt wurden. Ferner stützt sie sich auf eine Umfrage vom August und September 2021 zur Umsetzung des Globalen Aktionsplans von Kapstadt für Daten zur nachhaltigen Entwicklung.

Trotz Fortschritten sind die Datenlücken bei der Überwachung der Nachhaltigkeitsziele weiter gravierend

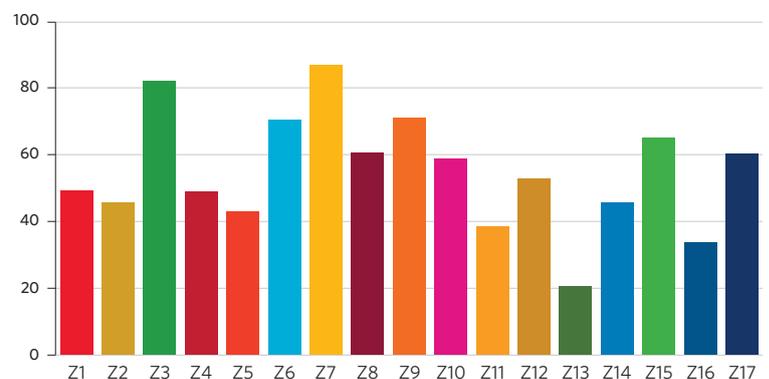
Heute sind wesentlich mehr international vergleichbare Daten zur Überwachung der Nachhaltigkeitsziele verfügbar: Zwischen 2016 und 2022 stieg die Anzahl der Indikatoren in der globalen Datenbank zu den Nachhaltigkeitszielen von 115 auf 217. Diese Daten sind jedoch in Bezug auf den geografischen Erfassungsbereich, die Aktualität und den Aufschlüsselungsgrad noch immer recht lückenhaft. Daher ist nur schwer zu erkennen, wie schnell die Verwirklichung der Agenda 2030 voranschreitet, welche regionalen Unterschiede bestehen und wer zurückgelassen wird.

Bei 8 der 17 Nachhaltigkeitsziele liegen für weniger als die Hälfte der 193 Länder oder Gebiete international vergleichbare Daten für 2015 oder später vor. Während die Datenverfügbarkeit bei Ziel 3 (Gesundheit) und Ziel 7 (Energie) am höchsten ist (für mehr als 80 Prozent der Länder liegt mindestens ein Datenpunkt seit 2015 vor), verfügen nur etwa 20 Prozent der Länder über Daten für Ziel 13 (Klimamaßnahmen).

Ebenso unzureichend sind aufgeschlüsselte Daten für die Überwachung von Fortschritten in Bezug auf verwundbare Bevölkerungsgruppen. In den meisten Ländern liegen für nur 21 der 32 nach Geschlecht aufzuschlüsselnden Indikatoren für die Nachhaltigkeitsziele neueste Daten vor (für mehr als 80 Prozent der Länder gibt es

mindestens einen Datenpunkt seit 2015); für 8 Indikatoren sind nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten überhaupt nicht verfügbar. Von den 21 Indikatoren, die nach Geschlecht und Alter aufzuschlüsseln sind, sind Daten nur für 7 vorhanden. Bei anderen Aufschlüsselungsparametern wie dem Behinderungsstatus ist das Bild noch unklarer. Nur für 2 der 10 nach Behinderungsstatus aufzuschlüsselnden Indikatoren sind Daten verfügbar.

Anteil der Länder oder Gebiete, für die seit 2015 Daten vorliegen – nach Ziel (in Prozent)

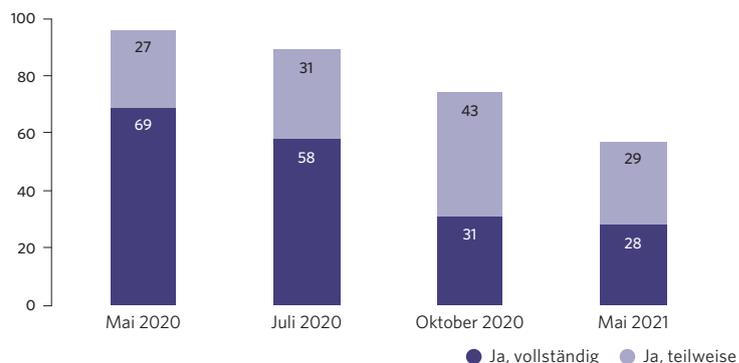


COVID-19 verdeutlichte die Notwendigkeit einer soliden statistischen Grundlage

COVID-19 war eine Zerreißprobe für ohnehin schwache nationale statistische Systeme und machte die Notwendigkeit einer soliden statistischen und IKT-Grundlage überdeutlich. Im Mai 2020 stellten 96 Prozent der Länder aufgrund nationaler Lockdowns die persönlich-mündliche Erhebung von Daten ganz oder teilweise ein. Ein Jahr später, im Mai 2021, war diese Form der Datenerhebung in 57 Prozent der Länder noch immer beeinträchtigt. Länder, die vor der Pandemie Daten ausschließlich physisch erhoben, waren stark betroffen, während Länder mit Erfahrung in der Fernerhebung von Daten, und sei es in Form erster Gehversuche, einen beträchtlichen Vorteil hatten. Im Vereinigten Königreich etwa war die sofortige Einführung einer Zeitbudgeterhebung während der Pandemie früheren Experimenten mit Fernerhebungen zu verdanken. Die über das Internet durchgeführte Umfrage half Politikverantwortlichen zu verstehen, wie die Pandemie den Tagesablauf der Menschen verändert hat.

Eine grundlegende Lücke in der Statistik, die sich während der Pandemie zeigte, war das Fehlen nationaler Sterblichkeitsdaten für Erwachsene, aus denen die wahre Zahl der COVID-19-bedingten Sterbefälle hervorgeht. Die mit der Schätzung der nationalen und globalen Übersterblichkeit aufgrund von COVID-19 beauftragte Fachberatungsgruppe der Vereinten Nationen kam zu dem Ergebnis, dass nur 38 Prozent der Länder über die erforderlichen Monatsdaten zur Sterblichkeit im Zeitraum Januar 2020 bis Dezember 2021 verfügten. Dieser Mangel an Grunddaten zeigt ein schweres Manko in der nationalen Personenstandsstatistik, die die Registrierung von Todesfällen sowie Haushaltserhebungen und Volkszählungen beinhaltet. Todesfälle werden in vielen Ländern unvollständig und verzögert

Anteil der Länder, die die persönlich-mündliche Erhebung von Daten einstellten – Mai 2020-Mai 2021 (in Prozent)



registriert, Daten aus Volkszählungen und Umfragen sind nach 5 bis 10 Jahren verfügbar, und Sterblichkeitsdaten für ältere Menschen werden oft nicht erhoben.

Die IKT-Infrastruktur trug während der Pandemie maßgeblich dazu bei, dass die Länder Fernerhebungen und -schulungen durchführen sowie Daten speichern und die Zusammenarbeit fördern konnten. Im Juli 2020 gaben nur 62 Prozent aller antwortenden Länder an, über ausreichende IKT-Kapazitäten für Fernschulungen zu verfügen, und nur 55 Prozent hatten ausreichende Cloud-Computing-Dienste für Datenfernspeicherung und -austausch. Eine Kluft trennt Länder mit unterschiedlichem Einkommensstand: Länder mit hohem Einkommen verfügten über eine bessere IKT-Ausstattung, während Länder mit niedrigem oder niedrigerem mittlerem Einkommen deutlich schlechter aufgestellt waren.

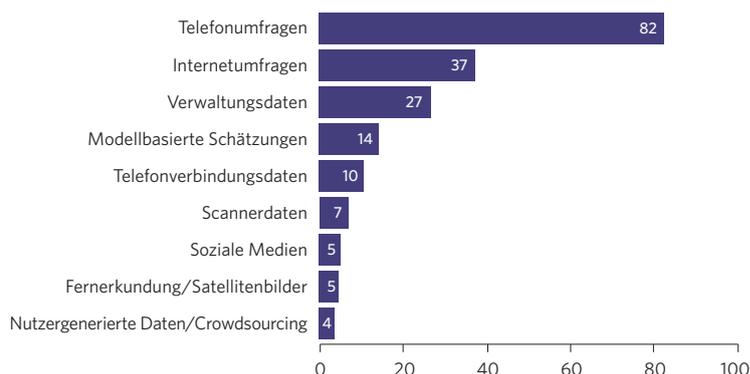
Die Krise trägt dazu bei, Innovationen zukunftsweisend zu gestalten

Die COVID-19-Krise stellte die nationalen statistischen Systeme vor außerordentliche Herausforderungen. Zugleich bot sie Gelegenheit, innovative Datenerhebungsmethoden zu erproben, neue Datenquellen zu erkunden und die IKT-Infrastruktur zu modernisieren und so der Nachfrage nach Daten zur politischen Entscheidungsfindung zu entsprechen. Dabei zeigte sich immer wieder, wie wichtig vollständig inklusive Daten sind. Die während der Pandemie gesammelten Erfahrungen können nun dazu dienen, Innovationen in der amtlichen Statistik zukunftsweisend zu gestalten.

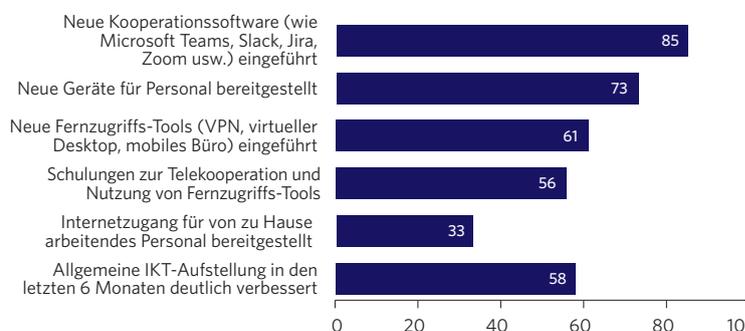
Zu Beginn der Krise gaben mehr als 80 Prozent der Länder an, die Auswirkungen von COVID-19 mit Telefonumfragen messen zu wollen, und 37 Prozent erklärten, sie würden Internetbefragungen nutzen – ein deutlicher Anstieg gegenüber dem Stand von vor der Pandemie. Verwaltungsdaten, modellgestützte Schätzungen und nichttraditionelle Datenquellen, etwa Telefonverbindungsdaten, Scannerdaten, soziale Medien, Fernerkundung und nutzergenerierte Daten, waren allesamt Optionen, die die Länder in Betracht zogen.

Darüber hinaus beschleunigten viele nationale Statistikämter die Modernisierung ihrer IKT-Systeme. Im Mai 2021 meldeten 58 Prozent dieser Ämter, dass sich ihre allgemeine IKT-Aufstellung in den vergangenen sechs Monaten verbessert hätte. Als wichtigste Maßnahmen nannten sie die Einführung neuer Kooperationssoftware (85 Prozent) und die Bereitstellung neuer Geräte für das Personal (73 Prozent). Auch die Einführung neuer Fernzugriff-Tools wie VPN, virtuelle Desktops und mobiles Büro (61 Prozent) wurde hervorgehoben.

Anteil der Länder, die innovative Ansätze zur Messung der Auswirkungen von COVID-19 melden – Mai 2020 (in Prozent)



Anteil der Länder, die ihre IKT-Aufstellung in den letzten sechs Monaten deutlich verbessert haben – Mai 2021 (in Prozent)



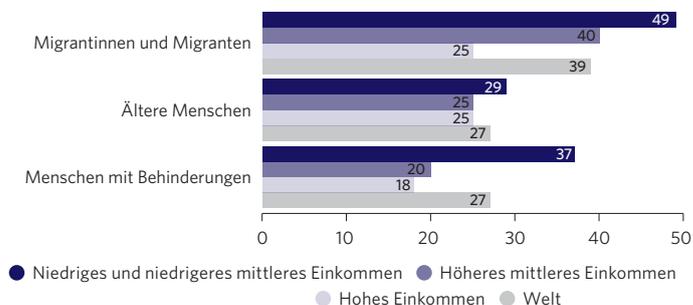
Die Pandemie war eine Mahnung, niemanden zurückzulassen

Die Erhebung von Daten zu verwundbaren Bevölkerungsgruppen wie Migrantinnen, Migranten und Menschen mit Behinderungen trägt entscheidend dazu bei, die für diese Gruppen bestehenden Herausforderungen zu ermitteln und zu verstehen, wer zurückgelassen wird. Innovative Ansätze wie Umfragen per Mobiltelefon und künstliche Intelligenz sollten kontinuierlich daraufhin bewertet werden, dass die verwundbarsten Gruppen nicht unbeabsichtigt ausgeschlossen oder beeinträchtigt werden.

So wurde die digitale Kluft beim Eigentum an Mobiltelefonen und beim Internetzugang als Hauptgrund dafür angeführt, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen während der Pandemie nicht erreicht werden konnten. Schwierigkeiten bestanden für 39 Prozent der untersuchten Länder bei der adäquaten Erhebung von Daten zu Migration und für 27 Prozent bei der Erhebung von Daten zu älteren Menschen bzw. zu Menschen mit Behinderungen. Zudem bleiben Menschen, die in Ein-

richtungen wie Pflegeheimen und anderen Einrichtungen für betreutes Wohnen, Obdachlosenunterkünften oder Haftanstalten leben und allesamt stark von der Pandemie betroffen sind, bei traditionellen, auf Haushalte beschränkten Erhebungen unberücksichtigt.

Anteil der Länder mit Schwierigkeiten bei der Erhebung von Daten zu bestimmten Bevölkerungsgruppen, nach Einkommensgruppe – Mai 2021 (in Prozent)



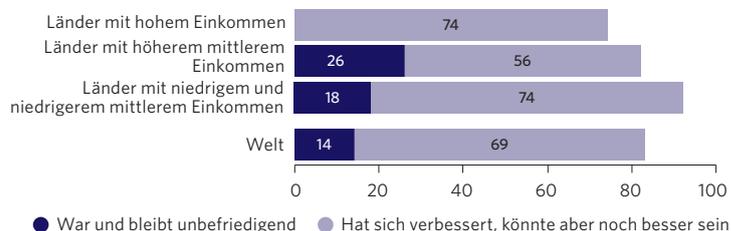
Die nationalen Statistikämter müssen die Koordinierung innerhalb der nationalen Datenökosysteme stärken

Während der Pandemie entstanden Partnerschaften zwischen staatlichen Behörden, Hochschulen, Kommunalverwaltungen, der Privatwirtschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen, um für die politische Entscheidungsfindung dringend benötigte Daten zu erheben. Diese Zusammenarbeit förderte neue Ideen und Ressourcen und erhöhte auch die Inklusivität, Aktualität und Nutzung der Daten. In vielen Ländern wirkten die nationalen Statistikämter stärker koordinierend. Das Statistische Institut Jamaikas etwa leitete in Partnerschaft mit dem Gesundheitsministerium und anderen Sachverständigen einen Ausschuss, der den Bedarf an Daten als Orientierungshilfe für die Politik mit den verfügbaren Daten abgleichen sollte. Um Datenlücken bei den Nachhaltigkeitszielen zu schließen, schloss das Nationale Statistikbüro Kenias Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und nahm einen Katalog von Qualitätskriterien für nutzergenerierte Daten in den neu veröffentlichten Rahmen Kenias für Qualitätssicherung in der Statistik auf.

Trotz aller Bemühungen hielten die nationalen Statistikämter vieler Länder die Koordinierung ihrer Arbeit innerhalb des nationalen

Datenökosystems für verbesserungsfähig. Nur 17 Prozent der befragten Länder weltweit empfanden ihre Koordinierung innerhalb des Datenökosystems als befriedigend. Der Grad der Zufriedenheit schwankte mit dem Einkommensstand: In Hocheinkommensländern lag er bei durchschnittlich 25 Prozent, in Ländern mit niedrigem und niedrigerem mittlerem Einkommen dagegen bei nur 8 Prozent.

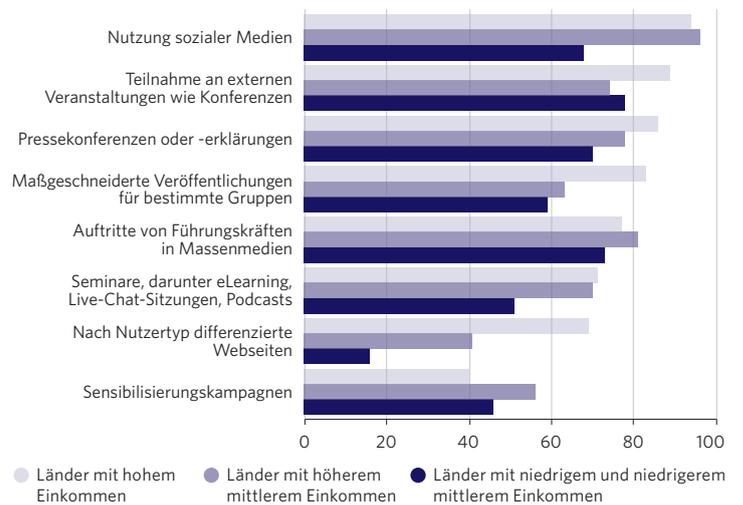
Anteil der nationalen statistischen Ämter, die ihre Fähigkeit zur Koordinierung innerhalb des umfassenderen Datenökosystems für verbesserungsfähig hielten, nach Einkommensgruppe – August-September 2021 (in Prozent)



Wirksame Kommunikationsstrategien trugen zur Bekämpfung von Fehl- und Desinformationen bei

Die Pandemie stellte die nationalen Statistikämter in aller Welt vor beispiellose Anforderungen. So wurde von ihnen nicht nur erwartet, dass sie höchste Maßstäbe für die Datenqualität innerhalb eines Landes setzen, sondern auch, dass sie bei der Richtigstellung von Fehl- und Desinformationen über die Auswirkungen von COVID-19 die Führung übernehmen. Dafür mussten sie zur Weitergabe ihrer Erkenntnisse an verschiedene Datennutzer auf neue wie traditionellere Ansätze der Öffentlichkeitsarbeit zurückgreifen. Allerdings ergaben Umfragen, dass die verwendeten Ansätze je nach Einkommensstand des jeweiligen Landes sehr unterschiedlich ausfielen. Länder mit höherem Einkommen bevorzugten für Nutzerinteraktionen neuere, innovativere Ansätze, etwa soziale Medien, Publikationsprogramme speziell für bestimmte Nutzergruppen, Seminare, E-Learning-Plattformen, Live-Chat-Sitzungen und Podcasts, Länder mit niedrigem oder niedrigem mittlerem Einkommen dagegen traditionellere Ansätze, unter anderem Pressekonferenzen, herkömmliche Medienauftritte, allgemeine Sensibilisierungskampagnen, Präsentationen, Konferenzen und Projektstartveranstaltungen. Daraus geht hervor, dass dies ein Bereich für gemeinsames Handeln der Statistik-Fachwelt ist. Die Gelegenheit ist günstig, moderne Kommunikationskanäle zu nutzen und maßgeschneiderte Unterstützungs- und Datenprodukte für unterschiedliche Nutzergruppen zu erstellen.

Anteil der nationalen statistischen Ämter, die in den letzten drei Jahren Aufklärungs- und Kontaktarbeit bei den Datennutzern geleistet haben, nach Einkommensgruppe – August- September 2021 (in Prozent)



Es sind dringend Mehrinvestitionen in Daten und Statistiken erforderlich

Während der Pandemie stiegen für 40 Prozent der nationalen Statistikämter die Kosten für die Datenerhebung, und gleichzeitig wurden für 48 Prozent von ihnen staatliche Mittel gekürzt. In Afrika südlich der Sahara stiegen diese Kosten in 61 Prozent der Länder, während in 71 Prozent der Länder die staatlichen Mittel und in 59 Prozent die Gebermittel zurückgingen. Dieser Trend wurde durch eine Analyse der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit für Daten und Statistiken bestätigt, wonach die Finanzierung vieler grundlegender statistischer Aktivitäten zu Beginn der Pandemie rasch in der Priorität zurückgestuft wurde. In zwei Dritteln der für Darlehen der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) in Betracht kommenden Länder verzögerte sich zudem die Auszahlung der Haushaltsmittel für die Ämter zu Beginn des Rechnungsjahrs 2021 entweder mäßig oder stark.

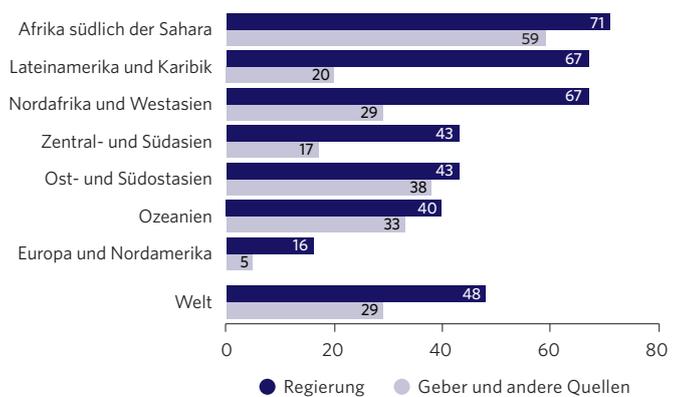
Für die kommenden drei Jahre rechnen die nationalen Statistikämter in den meisten IDA-Ländern mit erheblichen Engpässen bei der Geberfinanzierung gezielter Programme der Entwicklungszusammenarbeit. Mehr als zwei Drittel (69 Prozent) der befragten Länder erwarteten die größten Finanzierungslücken bei Wirtschafts- und Landwirtschaftserhebungen, gefolgt von Volks- und Wohnungszählungen (56 Prozent) und Haushaltserhebungen (52 Prozent). Von den Politikbereichen mit zusätzlichem Unterstützungsbedarf in diesem Zeitraum wurde die Gesundheitsstatistik von 76 Prozent der IDA-Länder als oberste Priorität genannt.

In den beiden vergangenen Jahren haben die Wirtschaft und die Menschen in aller Welt, besonders aber in den Ländern mit niedrigerem Einkommen, einen schweren Schlag erlitten. Investitionen in Datenkapazitäten und -partnerschaften mit dem Ziel, niemanden zurückzulassen, Vertrauen aufzubauen und Datenlücken zu schließen, um die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, müssen für die nationalen

Regierungen und die internationale Gemeinschaft Priorität haben, damit die Länder durch eine faktengestützte Politik gestärkt aus der Krise hervorgehen und die unbekanntenen Herausforderungen der Zukunft meistern können.

Umso dringlicher ist es daher, wichtige von der Datenfachwelt auf den Weltstatistikforen der Vereinten Nationen vereinbarte Rahmen wie den Globalen Aktionsplan von Kapstadt für Daten zur nachhaltigen Entwicklung, die Erklärung von Dubai und den Berner Datenpakt für die Aktionsdekade zugunsten der Ziele für nachhaltige Entwicklung umzusetzen, um statistische Kapazitäten aufzubauen und einen innovativen, nachfrageorientierten Finanzierungsmechanismus einzuführen, der den Prioritäten der nationalen Statistiksysteme rasch und effizient entsprechen kann, und auf diese Weise sowohl nationale als auch internationale Mittel zu mobilisieren.

Anteil der nationalen statistischen Ämter, deren Finanzierung durch Regierung und Geber/andere Quellen seit Beginn der Pandemie zurückgegangen ist – Mai 2021 (in Prozent)

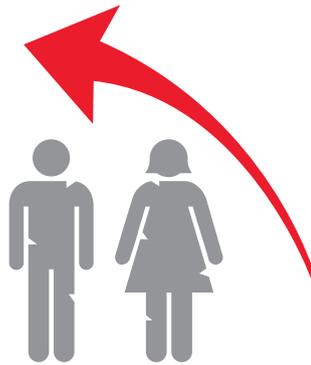


1 KEINE ARMUT



ARMUT IN ALLEN IHREN FORMEN UND ÜBERALL BEENDEN

MEHR ALS
4 JAHRE FORTSCHRITT BEI
= DER ARMUTSBEKÄMPFUNG =
SIND DAHIN –
WEGEN COVID-19



STEIGENDE INFLATION UND
DIE FOLGEN DES UKRAINE-KRIEGS
BREMSEN FORTSCHRITTE WEITER

ZAHL DER MENSCHEN IN EXTREMER ARMUT (2022)

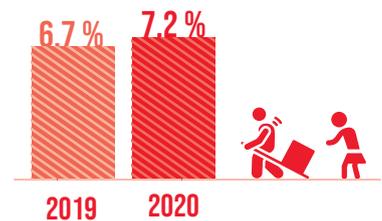
581
MILLIONEN

PROGNOSE VOR
DER PANDEMIE

657-676
MILLIONEN

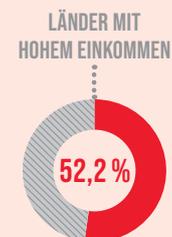
AKTUELLE
PROGNOSE

DIE ERWERBSARMUT
STIEG ERSTMALS SEIT
ZWANZIG JAHREN



UND TRIEB WEITERE
8 MILLIONEN
ARBEITSKRÄFTE
IN DIE ARMUT

ARBEITSLOSEN-
GELD WÄHREND
DER PANDEMIE (2020)



TODESFÄLLE DURCH KATASTROPHEN **VERSECHSFACHTEN**



SICH 2020. DIE HAUPTURSACHE IST **DIE PANDEMIE.**





DEN HUNGER BEENDEN, ERNÄHRUNGSSICHERHEIT UND EINE BESSERE ERNÄHRUNG ERREICHEN UND EINE NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT FÖRDERN

KONFLIKTE, COVID-19, DER KLIMAWANDEL UND WACHSENDE UNGLEICHHEIT UNTERGRABEN GEMEINSAM DIE GLOBALE ERNÄHRUNGSSICHERHEIT



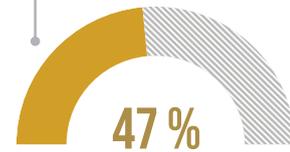
ETWA
1 VON 10 MENSCHEN
WELTWEIT
LEIDET HUNGER

FAST 1 VON 3 MENSCHEN
HAT KEINEN REGELMÄSSIGEN ZUGANG
ZU ANGEMESSENER NAHRUNG (2020)



NAHRUNGSMITTELPREISE

STIEGEN IN



DER LÄNDER (2020)
(2019: 16 %)



149,2 MILLIONEN
KINDER UNTER
5 JAHREN

SIND **WACHSTUMSGEHEMMT**
(2020)

UM WACHSTUMSHEMMUNG BEI
KINDERN BIS 2030 ZU HALBIEREN,
MUSS SICH IHR JÄHRLICHER RÜCKGANG

VERDOPPELN

(VON 2,1 AUF 3,9 % PRO JAHR)

DIE UKRAINE-KRISE FÜHRTE ZU NAHRUNGSENG PÄSSEN FÜR DIE ÄRMSTEN DER WELT

GLOBALER EXPORTANTEIL
DER UKRAINE UND DER
RUSSISCHEN FÖDERATION:



30 %
BEI WEIZEN



20 %
BEI MAIS



80 %
BEI PRODUKTEN
AUS SONNEN-
BLUMENKERNEN



EIN GESUNDES LEBEN FÜR MENSCHEN JEDEN ALTERS GEWÄHRLEISTEN UND IHR WOHLERGEHEN FÖRDERN

COVID-19

GEFÄHRDET JAHRZEHNTE DES FORTSCHRITTS IN DER GLOBALEN GESUNDHEIT

INFIZIERTE MEHR ALS
500 MILLIONEN
MENSCHEN
WELTWEIT
(MITTE 2022)



FÜHRTE ZU
15 MILLIONEN
TODES-
FÄLLEN
(2020-2021)



UNTERBRACH GRUNDLEGENDE
GESUNDHEITSDIENSTE IN
92 % DER
LÄNDER
(ENDE 2021)



STOPPTE DIE FORT-
SCHRITTE BEI DER
ALLGEMEINEN
GESUNDHEITS-
VERSORGUNG



↓
WELTWEITE
LEBENS-
ERWARTUNG



↓
IMPFSCHUTZ



↑
PRÄVALENZ VON
ANGSTZUSTÄNDEN/
DEPRESSION



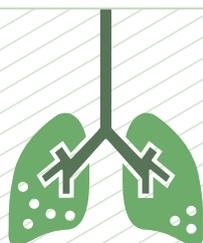
↑
TODESFÄLLE DURCH
TUBERKULOSE
& MALARIA



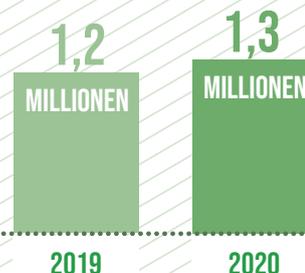
22,7 MILLIONEN
KINDERN ENTGINGEN
2020 BASISCHUTZ-
IMPFUNGEN
3,7 MILLIONEN
MEHR ALS 2019



.....
DIE PANDEMIE KOSTETE DAS LEBEN VON
**115.500 GESUNDHEITS-
FACHKRÄFTEN AN**
VORDERSTER FRONT
.....



TUBERKULOSE-TODESFÄLLE
NEHMEN ERSTMALS SEIT 2005 ZU





INKLUSIVE, GLEICHBERECHTIGTE UND HOCHWERTIGE BILDUNG GEWÄHRLEISTEN UND MÖGLICHKEITEN LEBENSLANGEN LERNENS FÜR ALLE FÖRDERN

DIE COVID-19 PANDEMIE VERSCHÄRFTE EINE

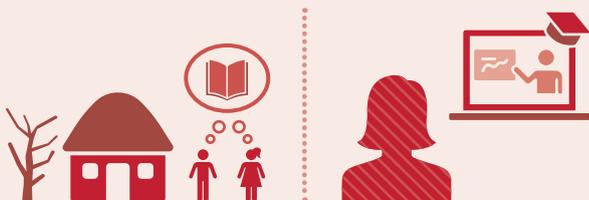
GLOBALE BILDUNGSKRISE

147 MILLIONEN KINDER
VERPASSTEN MEHR ALS DIE
HÄLFTE IHRES PRÄSENZ-
UNTERRICHTS

(2020-2021)



DIE PANDEMIE HAT **TIEF VERWURZELTE**
BILDUNGUNGLEICHHEITEN **WEITER VERSCHÄRFT**



24 MILLIONEN LERNENDE

(VOR- BIS HOCHSCHULE)

KÖNNTEN IHRE

BILDUNG ABBRECHEN



BILDUNG IST EIN ANKER FÜR KINDER IN KRISEN

IN DEN KRIEGSWIRREN
WIRD **3 MILLIONEN**
UKRAINISCHEN KINDERN

FERNUNTERRICHT

GEBOTEN

(APRIL 2022)



VIELE LÄNDER **VERBESSERN** MIT DER RÜCKKEHR INS KLASSENZIMMER DIE SCHULINFRASTRUKTUR

WELTWEIT WAREN
VON DEN GRUNDSCHULEN
(2019-2020)



STROM



TRINK-
WASSER



SANITÄRE
GRUND-
VERSORGUNG



COMPUTER

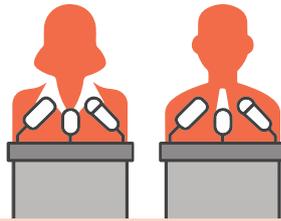


INTERNET-
ZUGANG



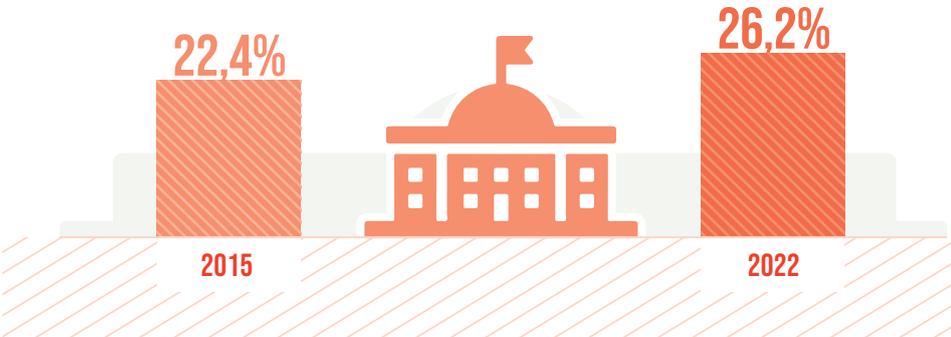
GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG ERREICHEN UND ALLE FRAUEN UND MÄDCHEN ZUR SELBSTBESTIMMUNG BEFÄHIGEN

ERST IN
40 JAHREN



WÄREN FRAUEN UND MÄNNER IN DER NATIONALEN POLITISCHEN FÜHRUNG GLEICH VERTRETEN, WENN DAS AKTUELLE FORTSCHRITTSTEMPO ANHÄLT

FRAUENANTEIL IN DEN NATIONALEN PARLAMENTEN



DIE GESCHLECHTERGERECHTE HAUSHALTSPLANUNG MUSS VERBESSERT WERDEN

ANTEIL DER LÄNDER MIT SYSTEMEN ZUR VERFOLGUNG DER HAUSHALTSMITTEL FÜR GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG (2018-2021)



26% | UMFASSENDE SYSTEME
59% | EINIGE MERKMALE EINES SYSTEMS
15% | MINDESTELEMENTE EINES SYSTEMS FEHLEN



FRAUEN MACHTEN 2019

39%
ALLER
BESCHÄFTIGTEN
AUS,

DOCH
ENTFIELEN
45%
DER GLOBALEN
ARBEITSPLATZVERLUSTE
2020 AUF SIE

MEHR ALS 1 VON 4 FRAUEN
(ÜBER 15 JAHRE)



HAT JEMALS GEWALT DURCH INTIMPARTNER ERFAHREN
(641 MILLIONEN)

NUR **57%**
DER FRAUEN (15-49 JAHRE)



TREFFEN SELBST FUNDIERTE ENTSCHEIDUNGEN ÜBER SEX UND DIENSTE DER REPRODUKTIVEN GESUNDHEIT

(64 LÄNDER, 2007-2021)



VERFÜGBARKEIT UND NACHHALTIGE BEWIRTSCHAFTUNG VON WASSER UND SANITÄRVERSORGUNG FÜR ALLE GEWÄHRLEISTEN

DIE SCHÄDIGUNG DER GLOBALEN WASSER-

ÖKOSYSTEME

SCHREITET ALARMIEREND SCHNELL VORAN



IN DEN LETZTEN 300 JAHREN GINGEN

MEHR ALS 85 %

DER FEUCHTGEBIETE DER

ERDE **VERLOREN**



MINDESTENS
3 MRD. MENSCHEN

MÜSSEN WASSER NUTZEN, DESSEN QUALITÄT **NICHT ÜBERPRÜFT WIRD** UND DAHER UNGEWISS IST

ÜBER **733** MIO. MENSCHEN



LEBEN IN LÄNDERN MIT HOHEM UND KRITISCHEM WASSERSTRESS

[2019]

ZUR ERREICHUNG DER ZIELVORGABEN FÜR **TRINKWASSER, SANITÄRVERSORGUNG** UND **HYGIENE** BIS 2030 MUSS SICH DAS FORTSCHRITTSTEMPO **VERVIERFACHEN**

BEI AKTUELLEM TEMPO WERDEN 2030



1,6 MRD. MENSCHEN

KEINE SICHER VERWALTETE TRINKWASSER-VERSORGUNG HABEN



2,8 MRD. MENSCHEN

KEINE SICHER VERWALTETE SANITÄR-VERSORGUNG HABEN



1,9 MRD. MENSCHEN

KEINE EINFACHEN EINRICHTUNGEN FÜR HANDHYGIENE HABEN



IN NUR EINEM VIERTEL

DER BERICHTERSTATTENDEN LÄNDER SIND ÜBER 90 % DER **GRENZ-ÜBERSCHREITENDEN GEWÄSSER** VON OPERATIVEN VEREINBARUNGEN ERFASST [2020]



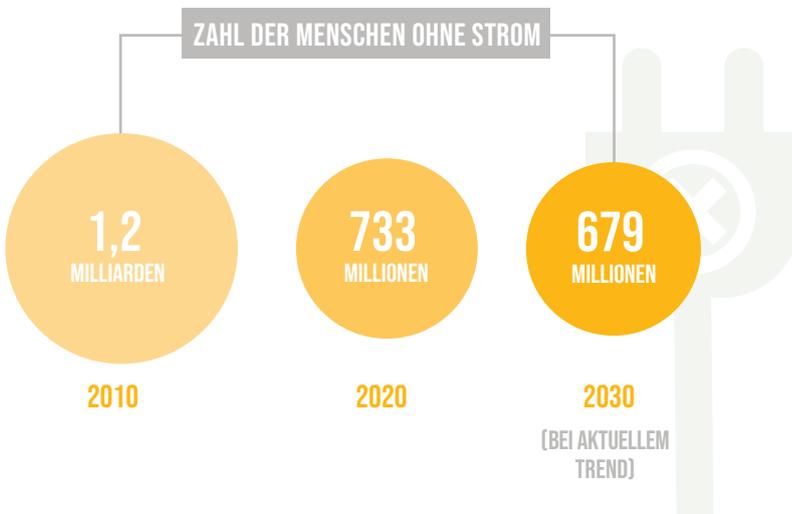
ZUGANG ZU BEZAHLBARER, VERLÄSSLICHER, NACHHALTIGER UND MODERNER ENERGIE FÜR ALLE SICHERN

BEEINDRUCKENDE FORTSCHRITTE

BEI DER ELEKTRIFIZIERUNG

SIND ERLAHLT

WEIL DER ANSCHLUSS DERER, DIE AM SCHWERSTEN ZU ERREICHEN SIND, SCHWIERIG IST



DIE ENERGIEEFFIZIENZ

MUSS RASCHER STEIGEN, DAMIT DIE GLOBALEN KLIMAZIELE ERREICHT WERDEN

JÄHRLICHE STEIGERUNGSRATE DER ENERGIEINTENSITÄT

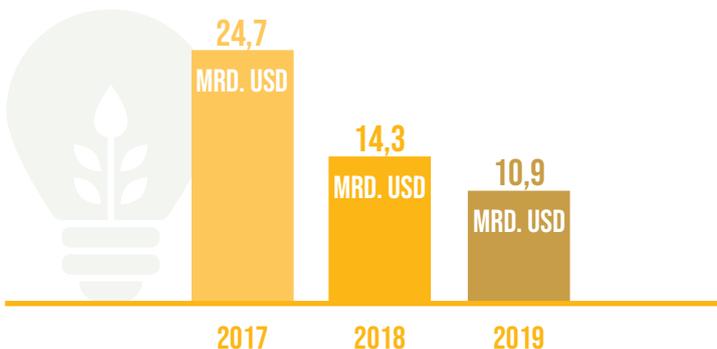


2,4 MRD. MENSCHEN



VERWENDEN WEITER INEFFIZIENTE UND UMWELTSCHÄDLICHE KOCHSYSTEME (2020)

INTERNATIONALE FINANZSTRÖME IN ENTWICKLUNGSLÄNDER FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN GINGEN ZUM ZWEITEN JAHR IN FOLGE ZURÜCK

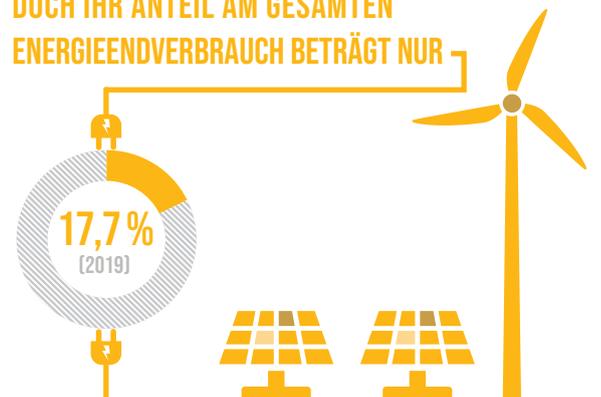


DER GESAMTVERBRAUCH

ERNEUERBARER ENERGIEN STIEG ZWISCHEN 2010 UND 2019 UM EIN VIERTEL



DOCH IHR ANTEIL AM GESAMTEN ENERGIEENDVERBRAUCH BETRÄGT NUR



DAUERHAFTES, INKLUSIVES UND NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM, PRODUKTIVE VOLLBESCHÄFTIGUNG UND MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT FÜR ALLE FÖRDERN

DIE ERHOLUNG DER WELTWIRTSCHAFT — WIRD BEEINTRÄCHTIGT DURCH —



NEUE COVID-19- WELLEN



STEIGENDE INFLATION



UNTERBROCHENE LIEFERKETTEN



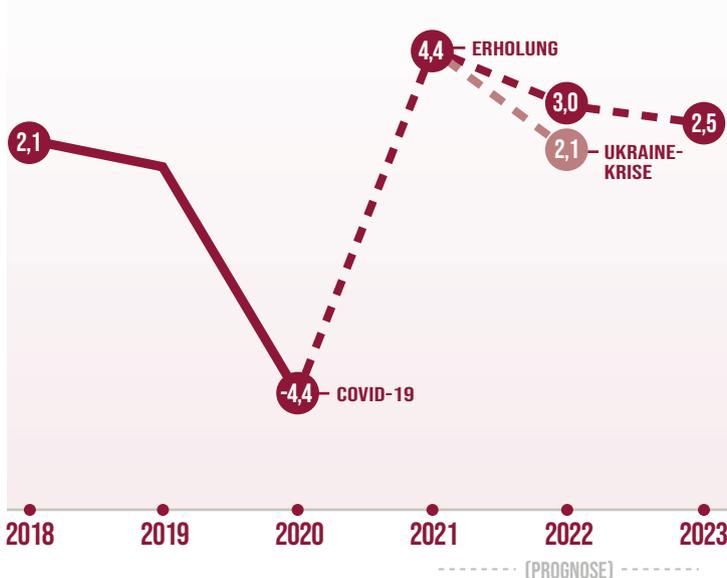
POLITISCHE UNSICHERHEIT



ARBEITSMARKT- PROBLEME

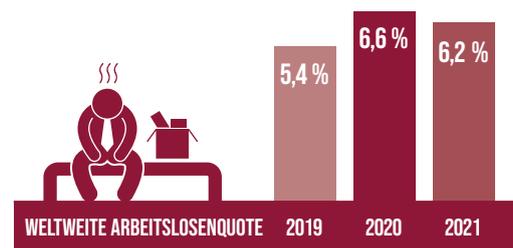
DIE UKRAINE-KRISE IST FÜR DIE ERHOLUNG DER WELTWIRTSCHAFT EIN ZUSÄTZLICHER RÜCKSCHLAG

JÄHRLICHE STEIGERUNGSRATE DES GLOBALEN REALEN PRO-KOPF-BIP (IN %) [2018-2023]



DIE WELTWEITE ARBEITSLOSIGKEIT

WIRD BIS MINDESTENS **2023** HÖHER ALS VOR DER PANDEMIE LIEGEN



1 VON 10 KINDERN WELTWEIT

VERRICHTET KINDERARBEIT



160 MIO. KINDER INSGESAMT (2020)

DIE ARBEITSPRODUKTIVITÄT HAT WIEDER ZUGENOMMEN,

ABER NICHT IN DEN AM WENIGSTEN ENTWICKELTEN LÄNDERN

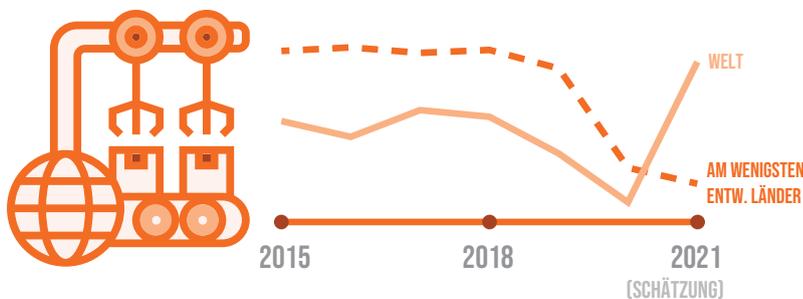


EINE WIDERSTANDSFÄHIGE INFRASTRUKTUR AUFBAUEN, INKLUSIVE UND NACHHALTIGE INDUSTRIALISIERUNG FÖRDERN UND INNOVATIONEN UNTERSTÜTZEN

DAS GLOBALE VERARBEITENDE GEWERBE HAT DIE PANDEMIE ÜBERWUNDEN

DOCH DIE AM WENIGSTEN ENTWICKELTEN LÄNDER BLEIBEN ZURÜCK

..... WACHSTUM IM VERARBEITENDEN GEWERBE



KLEINE INDUSTRIEBETRIEBE

HABEN KAUM ZUGANG ZU FINANZIELLER UNTERSTÜTZUNG BEI DER ERHOLUNG

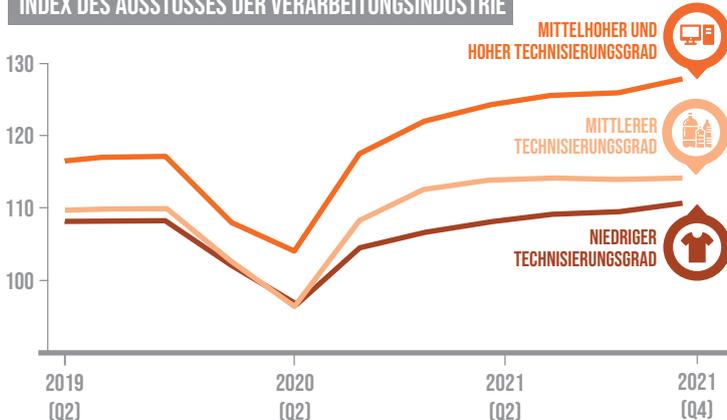


NUR 1 VON 3 KLEINBETRIEBEN HAT EIN DARLEHEN ODER EINEN KREDITRAHMEN (2020-2021)

BRANCHEN MIT HÖHEREM TECHNISIERUNGSGRAD

SIND VIEL KRISENFESTER ALS BRANCHEN MIT NIEDRIGEM TECHNISIERUNGSGRAD

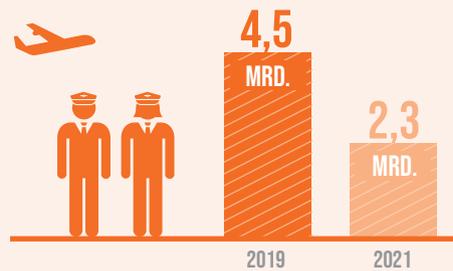
INDEX DES AUSSTOSSES DER VERARBEITUNGSINDUSTRIE



DIE PASSAGIERLUFTFAHRT

HAT WEITER MÜHE,

DIE SCHWEREN VERLUSTE WETTZUMACHEN



2,3 MRD. PASSAGIERE 2021, VERGlichen MIT 4,5 MRD. 2019

1 VON 3 ARBEITSPLÄTZEN

IM VERARBEITENDEN GEWERBE IST VON DER KRISE **BEEINTRÄCHTIGT**

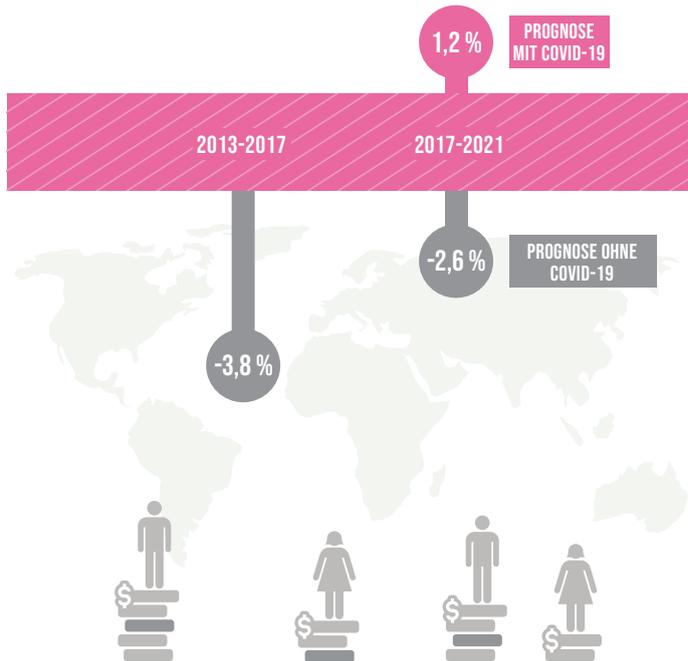




UNGLEICHHEIT IN UND ZWISCHEN LÄNDERN VERRINGERN

DIE PANDEMIE  **VERURSACHTE DEN ERSTEN ANSTIEG DER EINKOMMENSUNGLEICHHEIT ZWISCHEN DEN LÄNDERN SEIT EINER GENERATION**

..... VERÄNDERUNG BEI DER EINKOMMENSUNGLEICHHEIT ZWISCHEN DEN LÄNDERN (2013-2021)



5.895 MIGRIERENDE



KAMEN 2021 UMS LEBEN

DAS TÖDLICHSTE MIGRATIONSJAHR SEIT 2017

1 VON 5 

MENSCHEN ERLEBTE

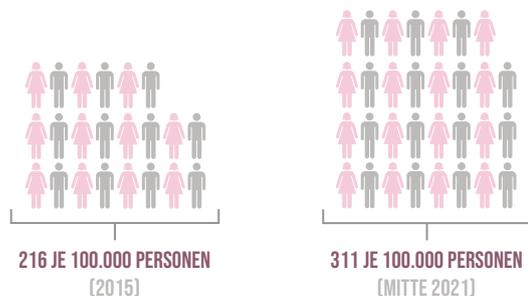
DISKRIMINIERUNG

AUS MINDESTENS EINEM DER NACH DEN INTERNATIONALEN MENSCHENRECHTS-NORMEN VERBOTENEN GRÜNDE

DIE WELTWEITE ZAHL DER FLÜCHTLINGE IST SO HOCH WIE NIE

DER KRIEG IN DER UKRAINE TREIBT IHRE GESAMTZAHL NOCH HÖHER

BEI DER ZAHL DER FLÜCHTLINGE AUSSERHALB IHRES HERKUNFTSLANDS WURDE ZWISCHEN 2015 UND 2021 EIN ANSTIEG UM 44 % VERZEICHNET





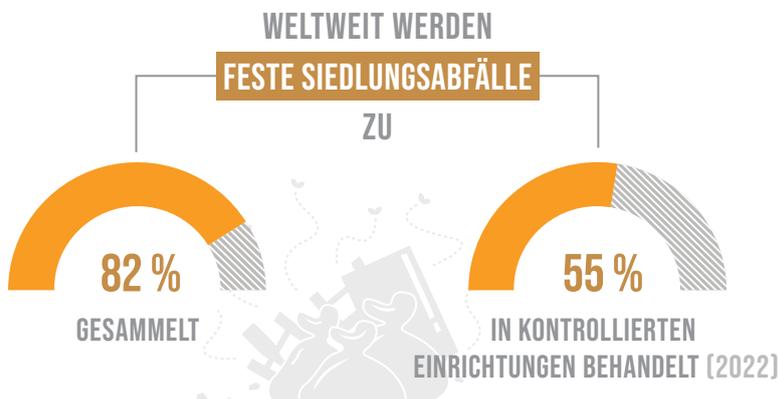
STÄDTE UND SIEDLUNGEN INKLUSIV, SICHER, WIDERSTANDSFÄHIG UND NACHHALTIG GESTALTEN

DIE ZAHL DER LÄNDER MIT LOKALEN STRATEGIEN ZUR KATASTROPHENVORSORGE HAT SICH ZWISCHEN 2015 UND 2021 **FAST VERDOPPELT** (VON 51 AUF 98 LÄNDER)

NIEMANDEN ZURÜCKZULASSEN ERFORDERT MEHR AUGENMERK AUF 1 MILLIARDE SLUMBEWohner



MIT WACHSENDEN STÄDTEN STEIGEN AUCH PROBLEME MIT FESTE SIEDLUNGSABFÄLLEN



99 %

ALLER IN STÄDTEN LEBENDEN MENSCHEN LEIDEN UNTER **LUFTVERSCHMUTZUNG**

NACH DEN NEUEN WHO-LUFTGÜTELEITLINIEN VON 5 µG FEINSTAUB (PM_{2.5} / M³)

IN AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA

HAT WENIGER ALS 1/3 DER IN STÄDTEN LEBENDEN MENSCHEN BEQUEMEN ZUGANG ZU **ÖFFENTLICHEN VERKEHRSMITTELN**





NACHHALTIGE KONSUM- UND PRODUKTIONS- MUSTER SICHERSTELLEN

NICHT NACHHALTIGE MUSTER

VON **KONSUM UND PRODUKTION** SIND DIE TIEFERE URSACHE DER

GLOBALEN DREIFACHKRISE AUS



KLIMA-
WANDEL



BIODIVERSITÄTS-
VERLUST



UMWELT-
VERSCHMUTZUNG

VERLUST UND VERSCHWENDUNG ZU VIELER NAHRUNGSMITTEL

JEDEN TAG IN JEDEM LAND BEI



ERNTE



TRANSPORT



LAGERUNG



VERARBEITUNG



13,3%

ALLER NAHRUNGSMITTEL GEHEN NACH DER ERNTE
UND VOR ERREICHEN DES EINZELHANDELS VERLOREN



HAUS



EINZELHANDEL



HAUSHALT



GASTRONOMIE



17%

ALLER NAHRUNGSMITTEL WERDEN
IM ENDVERBRAUCH VERSCHWENDET

UNSERE ABHÄNGIGKEIT VON NATÜRLICHEN RESSOURCEN

NIMMT ZU

UND STIEG WELTWEIT
UM MEHR ALS
65 % ZWISCHEN
2000 UND 2019



DIE **GROSSE MEHRHEIT** DES
DES WELTWEITEN ELEKTROSCHROTTS
WIRD **NICHT SICHER ENTSORGT**

SAMMELQUOTE FÜR ELEKTROSCHROTT
(2019)



LATEINAMERIKA
UND KARIBIK



AFRIKA SÜDLICH
DER SAHARA



EUROPA UND
NORDAMERIKA



WELT-
DURCHSCHNITT



UMGEHEND MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG DES KLIMAWANDELS UND SEINER AUSWIRKUNGEN ERGREIFEN



DER KLIMAWANDEL

BEDEUTET FÜR DIE MENSCHHEIT **ALARMSTUFE ROT**

DAS ZEITFENSTER FÜR DIE ABWENDUNG DER KLIMAKATASTROPHE SCHLIESST SICH SCHNELL

UNTERSCHIEDLICHE TEMPERATURSZENARIEN FÜR KORALLENRIFFE

70 %-90 % VERSCHWINDEN 1,5 °C-SZENARIO	VOLLSTÄNDIGES ABSTERBEN 2 °C-SZENARIO
KORALLENRIFFE	

DER MEERESSPIEGEL WIRD BIS 2100 UM 30-60 CM STEIGEN

ANSTIEG DES MEERESSPIEGELS

DÜRREN DÜRFTEN BIS 2030 700 MIO. MENSCHEN VERTREIBEN

DÜRREN

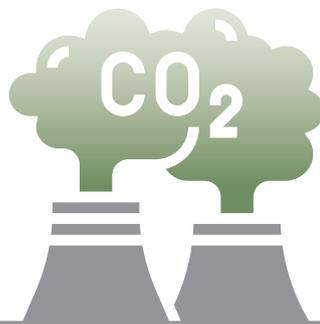
BIS 2030 WIRD ES 40 % MEHR MITTLERE BIS GROSSE KATASTROPHEN GEBEN ALS 2015

KATASTROPHEN

ENERGIEBEZOGENE CO₂-EMISSIONEN STIEGEN

2021 UM 6%

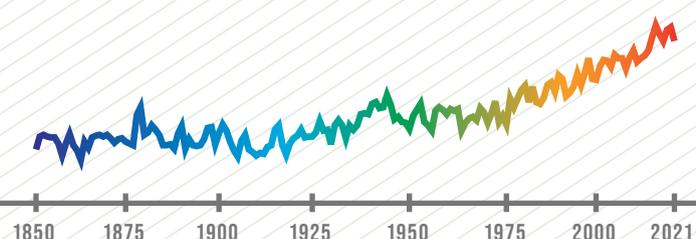
AUF EINEN NEUEN HÖCHSTSTAND



DIE KLIMAFINANZIERUNG VERFEHLT DIE JÄHRLICHE ZUSAGE VON 100 MRD. USD

DIE ENTWICKELTEN LÄNDER STELLTEN 2019 79,6 MRD. USD AN KLIMAFINANZIERUNG BEREIT

DER ANSTIEG DER ERDTEMPERATUR SCHREITET UNVERMINDERT FORT UND FÜHRT ZU MEHR EXTREMEN WETTEREREIGNISSEN



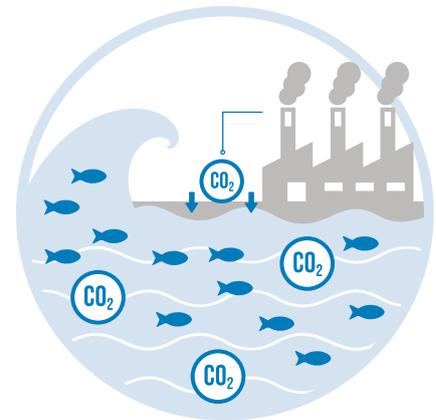


OZEANE, MEERE UND MEERESRESSOURCEN IM SINNE NACHHALTIGER ENTWICKLUNG ERHALTEN UND NACHHALTIG NUTZEN

UNSERE OZEANE

- DAS GRÖSSTE ÖKOLOGISCHES SYSTEM DER ERDE -
SIND GEFÄHRDET

PLASTIK/MEERESVERSCHMUTZUNG



ZUNEHMENDE VERSÄUERUNG
GEFÄHRDET MEERESLEBEWESSEN UND
BEGRENZT DIE FÄHIGKEIT DER OZEANE,
DEN KLIMAWANDEL ZU MILDERN

OZEANE ABSORBIEREN ETWA 1/4 DER
JÄHRLICHEN GLOBALEN CO₂-EMISSIONEN

UNSERE OZEANE ERSTICKEN
IM PLASTIKMÜLL

ÜBER 17 MIO. TONNEN
PLASTIK GELANGTEN
2021 IN DIE OZEANE

DIESE ZAHL DÜRFTE BIS
2040 UM DAS 2- ODER
3-FACHE STEIGEN



90 % ALLER
BESCHÄFTIGTEN IM
FISCHFANG ARBEITEN
IN DER KLEINFISCHEREI
UND BENÖTIGEN RASCHERE
HILFE AUFGRUND DER
PANDEMIE



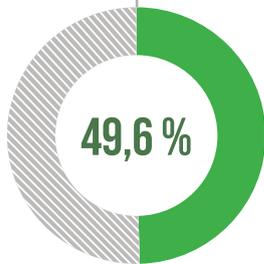
LANDÖKOSYSTEME SCHÜTZEN, WIEDERHERSTELLEN UND IHRE NACHHALTIGE NUTZUNG FÖRDERN, WÄLDER NACHHALTIG BEWIRTSCHAFTEN, WÜSTENBILDUNG BEKÄMPFEN, BODENDEGRADATION BEENDEN UND UMKEHREN UND DEM VERLUST DER BIOLOGISCHEN VIelfALT EIN ENDE SETZEN

10 MILLIONEN

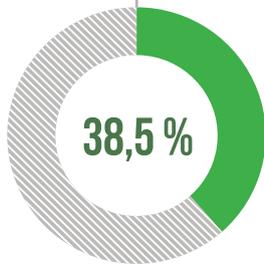


HEKTAR WALD WERDEN JEDES JAHR ZERSTÖRT

SCHULD AN FAST **90 %** DER GLOBALEN ENTWALDUNG IST DIE **ERWEITERUNG VON AGRARFLÄCHEN**



ERWEITERUNG VON ANBAUFLÄCHEN



WEIDEFLÄCHE



133 PARTEIEN RATIFIZIERTEN DAS PROTOKOLL VON NAGOYA ÜBER DEN ZUGANG ZU GENETISCHEN RESSOURCEN UND DEREN AUSGEWOGENE UND GERECHTE NUTZUNG

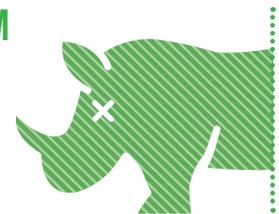
BIODIVERSITÄT

IST DAS STIEFKIND

BEI DEN AUSGABEN ZUR ÜBERWINDUNG VON COVID-19



ETWA **40.000 ARTEN** SIND IN DEN NÄCHSTEN JAHRZEHTEN NACHWEISLICH **VOM AUSSTERBEN BEDROHT**



KNAPP DIE HÄLFTE DER FÜR DIE BIODIVERSITÄT BESONDERS WICHTIGEN SÜSSWASSER-, LAND- UND BERGGEBIETE SIND GESCHÜTZT





FRIEDLICHE UND INKLUSIVE GESELLSCHAFTEN FÜR EINE NACHHALTIGE ENTWICKLUNG FÖRDERN, ALLEN MENSCHEN ZUGANG ZUR JUSTIZ ERMÖGLICHEN UND LEISTUNGSFÄHIGE, RECHENSCHAFTSPFLICHTIGE UND INKLUSIVE INSTITUTIONEN AUF ALLEN EBENEN AUFBAUEN



RUFE NACH WELTFRIEDEN WERDEN LAUTER

WELTWEIT WÜTEN SO VIELE
GEWALT KONFLIKTE WIE

ZULETZT 1946

UND

EIN VIERTEL DER WELT-
BEVÖLKERUNG LEBT

IN VON KONFLIKTEN BETROFFENEN

LÄNDERN (ENDE 2020)



1/3 DER WELTBEVÖLKERUNG

ZUMEIST FRAUEN

FÜHLT SICH NACHTS IN IHREM

VIERTEL ALLEIN UNSICHER



SO VIELE MENSCHEN WIE NIE ZUVOR -
100 MILLIONEN

WAREN WELTWEIT VERTRIEBEN

(MAI 2022)



DIE WELTWEITE TÖTUNGSRATE SANK UM

5,2%

ZWISCHEN
2015 UND 2020,

WAS FÜR DIE IN DEN NACHHALTIGKEITS-
ZIELEN ANGESTREBTE „DEUTLICHE

VERRINGERUNG“ BIS 2030 NICHT AUSREICHT



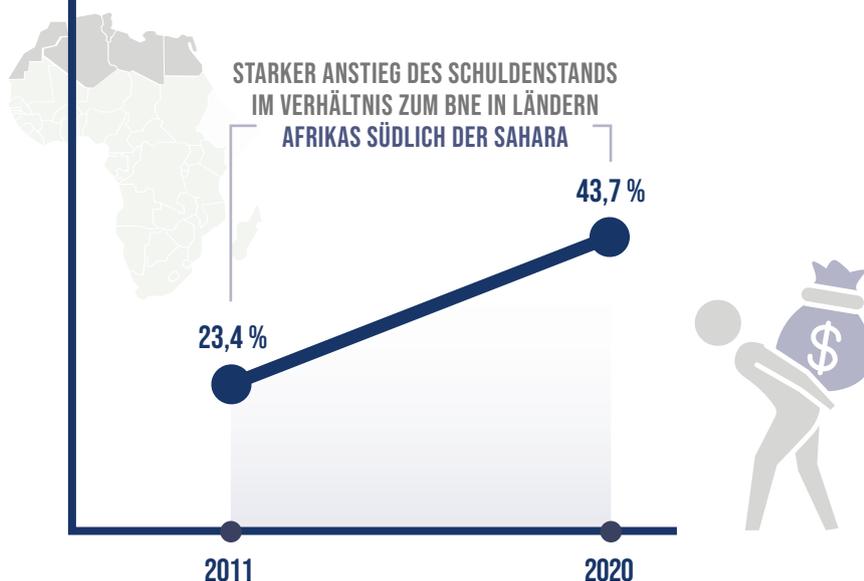
KORRUPTION GIBT ES IN JEDER REGION

FAST 1 VON 6 UNTERNEHMEN WURDEN VON AMTSPERSONEN
ZU BESTECHUNGSZAHLUNGEN AUFGEFORDERT

UMSETZUNGSMITTEL STÄRKEN UND DIE GLOBALE PARTNERSCHAFT FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG MIT NEUEM LEBEN ERFÜLLEN



DIE WACHSENDE SCHULDENLAST DER ENTWICKLUNGSLÄNDER GEFÄHRDET IHRE ERHOLUNG VON DER PANDEMIE



INTERNETNUTZUNG

BESCHLEUNIGTE SICH WÄHREND DER PANDEMIE

% DER MENSCHEN, DIE DAS INTERNET NUTZEN



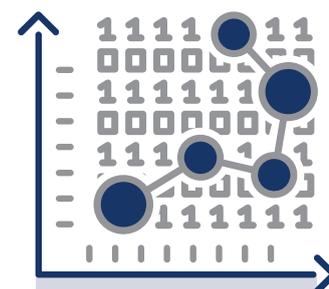
54 %
2019



63 %
2021

2021 STIEGEN

- » DIE **NETTO-ODA** AUF EINEN NEUEN REKORD VON 177,6 MRD. USD, VOR ALLEM DANK COVID-19-HILFEN
- » **AUSLÄNDISCHE DIREKT-INVESTITIONEN** GEGENÜBER 2020 UM 64 % AUF 1,58 BIL. USD
- » **RÜCKÜBERWEISUNGEN** GEGENÜBER 2020 UM 8,6 % AUF 605 MRD. USD



ODA FÜR DATEN ZU DEN NACHHALTIGKEITSZIELEN SANK 2020 UM MEHR ALS
18 %

NIEMANDEN ZURÜCKLASSEN

IN VIELEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

GESTALTET SICH DER WIEDERAUFSCHWUNG SCHWIERIG ANGESICHTS



REKORD-
INFLATION



STEIGENDER
ZINSSÄTZE



STEIGENDER
SCHULDENLAST



KONKURRIERENDER
PRIORITÄTEN



BEGRENZTER
HAUSHALTS-
SPIELRÄUME



NIEDRIGER
COVID-19-
IMPFRATEN

SCHÄTZUNGSWEISE



41%

DER GEWALTSAM
VERTRIEBENEN WELTWEIT

WAREN KINDER (2021)



WER HEUTE KIND IST,
ERLEBT BIS 2100
IMMER HÄUFIGER

EXTREME WETTEREREIGNISSE

BEI EINEM ANSTIEG DER
ERDTEMPERATUR UM



1,5 °C

4x HÄUFIGER



3 °C

5x HÄUFIGER

DIE GLOBALE PRÄVALENZ



VON ÄNGSTEN UND DEPRESSION

STIEG 2020 UM 25 %

VOR ALLEM BEI **JUNGEN
MENSCHEN** UND **FRAUEN**

BIS 2030



DÜRFTEN BIS ZU 110 MILLIONEN MÄDCHEN
OPFER VON KINDERHEIRAT WERDEN;

10 MIO. MEHR ALS NACH PROGNOSEN
VOR DER PANDEMIE



Armut in allen ihren Formen und überall beenden

Die COVID-19-Pandemie hat die stetigen Fortschritte der vergangenen 25 Jahre bei der Armutsminderung aufgehoben, und die Zahl der Menschen in extremer Armut steigt zum ersten Mal seit einer Generation wieder an. Nun sorgen die steigende Inflation und die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine möglicherweise für weitere Rückschläge. Durch das Zusammenspiel dieser Krisen könnten 2022 75 bis 95 Millionen Menschen mehr als vor der Pandemie prognostiziert in extreme Armut geraten. Zwar haben fast alle Länder neue Sozialschutzmaßnahmen zur Bewältigung der Krise eingeführt, doch waren diese oft kurzfristiger Art und haben viele schutzbedürftige Menschen noch nicht erreicht. Derzeit liegt die Welt nicht auf Kurs, die Armut bis 2030 zu beenden, und die ärmeren Länder können dieses Ziel jetzt nur noch durch ein armutsminderndes Wachstum beispiellosen Umfangs erreichen.



Für die Bäuerin Rufina Gibson, eine 80-jährige Witwe, sind Erdnüsse Eiweiß- und Einkommensquelle. In ihrem abgelegenen Dorf in Khulungira (Malawi) gibt es weder Strom noch fließendes Wasser.

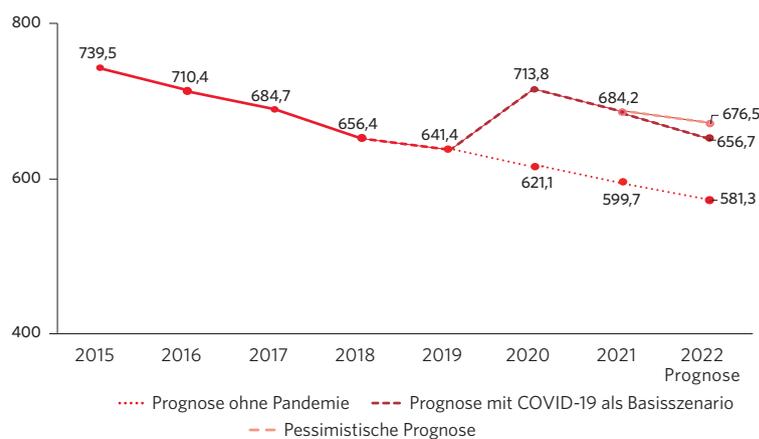
COVID-19 und dazu die Ukraine-Krise behindern Fortschritte bei der Beendigung der extremen Armut

Zwischen 2015 und 2018 setzte sich der historische Rückgang der weltweiten Armut weiter fort, und die Quote der extremen Armut fiel von 10,1 auf 8,6 Prozent. Damit sank die Zahl der Menschen, die von weniger als 1,90 USD pro Tag lebten, in diesem Zeitraum von 740 auf 656 Millionen. COVID-19 hat diese Fortschritte stark beeinträchtigt. Erste Schätzungen deuten auf einen drastischen Anstieg der globalen Armutsquote zwischen 2019 und 2020, nämlich von 8,3 auf 9,2 Prozent, und damit auf den ersten Anstieg der extremen Armut seit 1998 und den stärksten seit 1990. Vier Jahre stetiger Verbesserungen wurden so zunichte gemacht, und die Pandemie hat weltweit 93 Millionen Menschen zusätzlich in die extreme Armut gedrängt.

Seither fällt es schwer, wieder an den vor der Pandemie herrschenden Trend anzuknüpfen. Prognosen zufolge dürften 2022 etwa 75 Millionen mehr Menschen in extremer Armut leben als vor der Pandemie erwartet. Steigende Nahrungsmittelpreise und die weitreichenden Auswirkungen des Krieges in der Ukraine könnten diese Zahl bis auf 95 Millionen Menschen anwachsen lassen. Damit käme die Welt

noch weiter von der Zielvorgabe ab, die extreme Armut bis 2030 zu beenden.

Zahl der Menschen, die von weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag leben – 2015-2018 sowie Prognose 2019-2022 vor und nach COVID-19 (in Millionen)

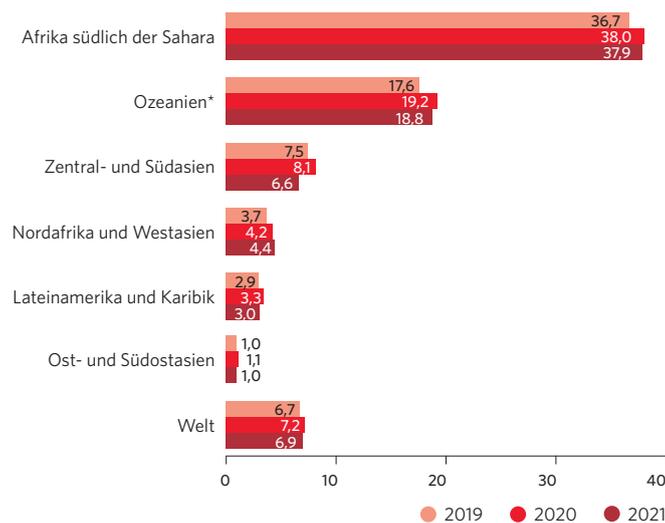


2020 stieg der Anteil der in extremer Armut lebenden Erwerbstätigen erstmals seit zwei Jahrzehnten an

2020 stieg global der Anteil der Erwerbstätigen, die in extremer Armut leben, erstmals seit zwei Jahrzehnten wieder an, und zwar von 6,7 Prozent im Vorjahr auf 7,2 Prozent, wodurch acht Millionen Erwerbstätige zusätzlich in die Armut getrieben wurden. Schuld daran sind der Verlust von Arbeitsstunden und die Einkommenseinbußen, die viele Menschen während der COVID-19-Krise trafen. Obwohl die Erwerbsarmut 2021 mit einem Rückgang auf 6,9 Prozent leicht nachließ, ist sie noch immer höher als vor der Pandemie. Die meisten Regionen haben bislang nicht wieder den Stand von 2019 erreicht. Die beiden Regionen mit der höchsten Erwerbsarmut – Afrika südlich der Sahara und Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) – verzeichneten in den vergangenen zwei Jahren auch den stärksten Anstieg.

Die Pandemie dürfte die bestehenden Disparitäten bei der Erwerbsarmut für Jugendliche und Frauen, die ohnehin eher zu den Erwerbsarmen zählen als Erwachsene und Männer, noch verschärft haben. Jugendliche und Frauen waren 2020 unverhältnismäßig stark von Entgeltkürzungen und dem Verlust von Arbeitsstunden betroffen, weshalb sich diese Kluft wohl vertiefen wird.

Anteil der Erwerbstätigen, die von weniger als 1,90 Dollar pro Tag leben – 2019-2021 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

In Ländern mit hohem Einkommen erhält mehr als die Hälfte der Arbeitslosen monetäre Leistungen, in Ländern mit niedrigem Einkommen nur 1 Prozent

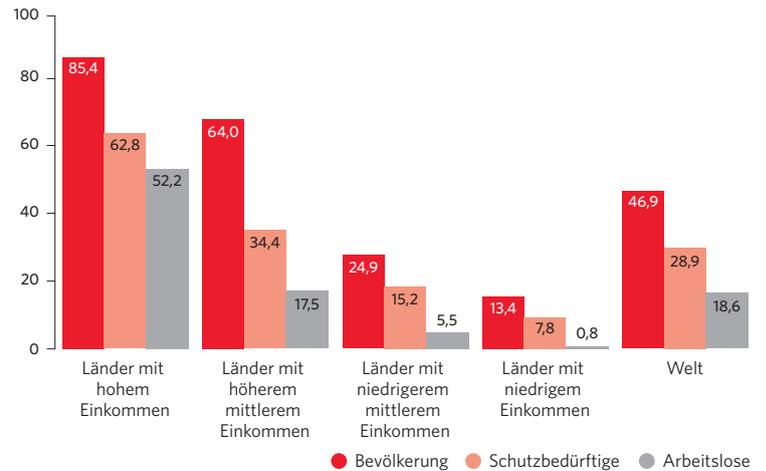
Starke Sozialschutzsysteme sind unerlässlich, um die unmittelbaren und die langfristigen Folgen der COVID-19-Pandemie zu mindern und Menschen vor der Armut zu bewahren. 2020 erhielten jedoch de facto nur 46,9 Prozent der Weltbevölkerung wenigstens eine monetäre Sozialschutzleistung, womit 4,1 Milliarden Menschen ohne Schutz waren. In Reaktion auf die COVID-19-Krise riefen 211 Länder und Hoheitsgebiete fast 1.900 Sozialschutzmaßnahmen aus, die allerdings zumeist (92 Prozent) kurzfristiger Art waren.

Etwa 39 Prozent dieser Maßnahmen richteten sich an schutzbedürftige Gruppen, während 26 Prozent Einkommenssicherheit und Arbeitslosenschutz betrafen, was den hohen Stellenwert von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld bei der Bewältigung der Krise zeigt. Dennoch verfügen nur 96 Länder über Systeme zum Schutz bei Arbeitslosigkeit, und selbst in diesen Ländern ist die tatsächliche Absicherung oft begrenzt, insbesondere in Ländern mit einem hohen Anteil informeller Beschäftigung. 2020 waren weltweit nur 43,1 Prozent der Erwerbsbevölkerung rechtlich durch Systeme zur Arbeitslosenunterstützung abgedeckt, und nur 18,6 Prozent der Arbeitslosen bezogen tatsächlich Arbeitslosengeld.

Ebenso hatten 2020 nur 28,9 Prozent der als schutzbedürftig eingestuft Personen – alle Kinder sowie ältere Menschen und Personen im Erwerbsalter, die nicht sozialversichert sind – Zugang zu Geldleis-

tungen im Rahmen der Sozialhilfe, wobei der Schutzzumfang je nach Region sehr unterschiedlich war. In Ländern mit hohem Einkommen bezogen 63 Prozent dieser Menschen Geldleistungen, wogegen es in Ländern mit niedrigem Einkommen gerade einmal 7,8 Prozent waren.

Anteil der Bevölkerung, der wenigstens eine monetäre Sozialschutzleistung erhält, Anteil der Schutzbedürftigen, der Sozialhilfe bezieht, und Anteil der Arbeitslosen, der Arbeitslosengeld bezieht, nach Einkommensstand des Landes – 2020 (in Prozent)



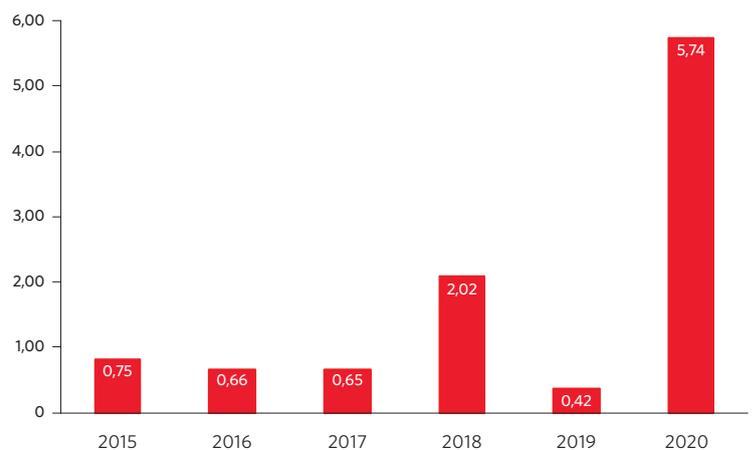
Die Zahl der katastrophenbedingten Todesfälle versechsfachte sich 2020, vor allem infolge der Pandemie

Biologische Gefahren wie COVID-19 und andere Katastrophen, etwa tropische Wirbelstürme und Überschwemmungen, können die Armut verschlimmern und die Verringerung des Hungers verlangsamen. Nach Berichten, die 80 Länder nach dem Sendai-Rahmen vorlegten, lag die katastrophenbedingte Sterblichkeit 2020 bei 5,74 Todesfällen je 100.000 Menschen. In dieser Schätzung sind Todesfälle infolge von Katastrophen jeglicher Art, einschließlich COVID-19, berücksichtigt. Mindestens 80 Prozent der katastrophenbedingten Todesfälle 2020 dürften auf das Coronavirus zurückzuführen sein. Selbst wenn die erhebliche Untererfassung (die Weltgesundheitsorganisation (WHO) schätzt die Zahl der zusätzlichen Todesfälle für 2020 auf weltweit 4,5 Millionen) unberücksichtigt bleibt, steht schon dieser Wert in krassem Gegensatz zum Zeitraum 2015-2019, als die katastrophenbedingte Sterblichkeit im Durchschnitt bei 0,93 Todesfällen je 100.000 Menschen lag.

Während die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie noch anhielten, meldeten 2020 33 Länder durch andere Katastrophen ausgelöste unmittelbare wirtschaftliche Verluste in Höhe von 16,5 Milliarden USD. Davon entfielen 41 Prozent (6,8 Milliarden USD) auf den Agrarsektor und 38 Prozent (6,2 Milliarden USD) auf Verluste aufgrund beschädigter oder zerstörter kritischer Infrastruktur.

Zugleich ist die Zahl der Länder, die nationale Katastrophenvorsorgestrategien beschlossen haben, erheblich gestiegen. Bis Ende 2021 verfügten 123 Länder nach eigenen Angaben über derartige Strategien, während es 2015 nur 55 waren.

Katastrophenbedingte Sterblichkeit (Todesfälle je 100.000 Menschen) – 2015-2020





Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern

Die Welt steht am Rande einer globalen Nahrungsmittelkrise, und schon vor der COVID-19-Pandemie war die Zahl der von Hunger und Ernährungsunsicherheit betroffenen Menschen im Steigen begriffen. Eine kaskadenartige Abfolge wachsender Konflikte, klimabezogener Schocks und zunehmender Ungleichheit hat die globalen Systeme der Nahrungsmittelversorgung teilweise untergraben. Infolgedessen leiden derzeit mehr als 800 Millionen Menschen Hunger. Der Krieg in der Ukraine gefährdet die Ernährungssicherheit zusätzlich und könnte Hunger und Fehlernährung sprunghaft ansteigen lassen, insbesondere unter den Ärmsten und Schwächsten. Angesichts dieser drohenden globalen Krise gilt es dringender denn je, ihre tieferen Ursachen anzugehen. Die internationale Gemeinschaft muss jetzt handeln, um eine lähmende Ernährungs- und die potenziell damit einhergehenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verwerfungen abzuwenden.



Alex gab einen IT-Job in Nairobi auf und kehrte zurück zu seinen Wurzeln auf dem Land. Nun führt er einen landwirtschaftlichen Betrieb und vermittelt anderen jungen Menschen Kenntnisse guter Agrarpraxis.

Konflikte, COVID-19, Klimawandel und wachsende Ungleichheit beeinträchtigen in ihrem Zusammenspiel die Ernährungssicherheit weltweit

Klimavariabilität und -extreme, Konflikte, wirtschaftliche Schocks und wachsende Ungleichheit bringen die Welt von ihrem Kurs ab, den Hunger bis 2030 vollständig zu beseitigen. Seit 2014 steigt die Zahl der von Hunger und Ernährungsunsicherheit betroffenen Menschen an. Die COVID-19-Pandemie hat die schon vorher ernste Lage weiter verschärft: 2021 litten 150 Millionen mehr Menschen Hunger als 2019. Damit hungert weltweit etwa jeder zehnte Mensch. Zudem war 2021 fast ein Drittel der Menschheit (enorme 2,3 Milliarden Menschen) von mäßiger oder schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen, hatte also keinen regelmäßigen Zugang zu ausreichender Nahrung. Das waren fast 350 Millionen Menschen mehr als zu Beginn der Pandemie. Am besorgniserregendsten war der Anstieg in Afrika südlich der Sahara, gefolgt von Zentral- und Südasiens sowie Lateinamerika und der Karibik.

Eine weitere Bedrohung für die Ernährungssicherheit ist die aktuelle Krise in der Ukraine. Die Ukraine und die Russische Föderation sind große Produzenten und Exporteure von wichtigen Nahrungs- und

Düngemitteln, Mineralen und Energie. Als „Kornkammer der Welt“ stellen sie 30 bzw. 20 Prozent der weltweiten Weizen- und Maisexporte sowie 80 Prozent der weltweiten Ausfuhren von Erzeugnissen aus Sonnenblumenkernen. Mindestens 50 Länder beziehen wenigstens 30 Prozent ihres Weizens aus diesen beiden Ländern, und viele afrikanische und am wenigsten entwickelte Länder sogar mehr als 50 Prozent. Auch beim Düngemittelexport sind die Ukraine und die Russische Föderation führend.

Aufgrund des Konflikts sind die Ausfuhren von Getreide, Sonnenblumenkernen und Düngemitteln plötzlich drastisch zurückgegangen. Dies macht importabhängige Länder besonders anfällig für steigende Nahrungsmittelpreise und Unterbrechungen der Lieferkette. Es bedarf dringend eines gemeinsamen und koordinierten Vorgehens und politischer Lösungen, um eine Nahrungsmittelknappheit für die ärmsten Menschen der Welt abzuwenden und die Folgen des Konflikts sowie die anhaltenden Konsequenzen der Pandemie für die weltweite Ernährungssicherheit zu mindern.

Die geringe Arbeitsproduktivität der Kleinerzeuger von Nahrungsmitteln ist nach wie vor besorgniserregend

Kleinbäuerliche Betriebe sind das Rückgrat der Landwirtschaft. Trotz ihrer wichtigen Rolle im Kampf gegen den Hunger gehören Kleinerzeuger von Nahrungsmitteln jedoch zu den krisenanfälligsten Gruppen in ländlichen Gebieten und innerhalb der Agrar- und Ernährungswirtschaft.

Nach den letzten verfügbaren Zahlen für 42 Länder liegt die Arbeitsproduktivität kleinbäuerlicher Betriebe in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen bei weniger als 15 USD pro Tag (konstante Preise von 2011 (Kaufkraftparität)). Das Einkommen dieser Kleinerzeuger bleibt weiter hinter dem der Großproduzenten zurück, und in Ländern mit höherem Einkommen sind die Unterschiede noch

ausgeprägter. In den meisten Ländern mit verfügbaren Daten liegt das durchschnittliche Jahreseinkommen aus der Landwirtschaft für kleinbäuerliche Betriebe unter 2.000 USD (konstante Preise von 2011 (KKP)). In drei Vierteln der Länder, für die Daten vorliegen, ist dies nicht einmal halb so viel wie für Großproduzenten. Kleinbäuerinnen sind noch stärker benachteiligt. In der Hälfte der Länder mit verfügbaren Daten beziehen von Frauen geleitete nahrungsmittelerzeugende Betriebe nur 50 bis 70 Prozent des durchschnittlichen Jahreseinkommens der von Männern geführten Betriebe, obwohl die Produktivität ähnlich ist.

Die Pandemie und die wachsende Ernährungsunsicherheit dürften die ohnehin schleppende Bekämpfung der Fehlernährung bei Kindern weiter zurückgeworfen haben

Eine gute Ernährung lässt Kinder überleben und gedeihen. Die vollen Auswirkungen der Pandemie auf die Ernährung von Kindern könnten erst nach Jahren zutage treten. Allerdings dürfte COVID-19 in Verbindung mit rasant steigenden Nahrungsmittelpreisen alle Formen von Fehlernährung verschärfen, da Haushaltseinkommen wegfällt, nährstoffreiche Nahrungsmittel knapper und weniger erschwinglich werden, die körperliche Betätigung nachlässt und Störungen in der Ernährungsgrundversorgung auftreten.

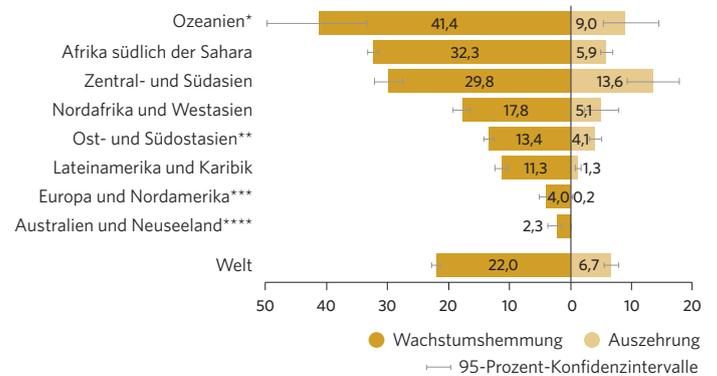
Nach den letzten verfügbaren Daten waren 2020 weltweit 22,0 Prozent (149,2 Millionen) der Kinder unter 5 Jahren wachstumsgehemmt (zu klein für ihr Alter). 2015 waren es noch 24,4 Prozent gewesen. In den Jahren danach schmälerte die Pandemie den Zugang zu nährstoffreichen Nahrungsmitteln und zur Ernährungsgrundversorgung weiter. Zur Erreichung der Zielvorgabe, die Zahl der wachstumsgehemmten Kinder bis 2030 zu halbieren, muss sich die Rückgangsrate von derzeit jährlich 2,1 Prozent auf 3,9 Prozent verdoppeln.

Auszehrung und Übergewicht bei Kindern – beides Formen von Fehlernährung – können in einer Population gleichzeitig vertreten sein. Von den Kindern unter 5 Jahren waren 2020 6,7 Prozent (45,4 Millionen) von Auszehrung (Gewicht für die Größe zu niedrig) betroffen, und 5,7 Prozent (38,9 Millionen) von Übergewicht. Auszehrung kann infolge von Konflikten, Pandemien und Klimaereignissen rasch einsetzen. In Verbindung damit könnten durch den Krieg in der Ukraine bedingte Schocks bei den Nahrungsmittel-, Brennstoff- und Düngemittelpreisen die Lage noch weiter verschärfen und eine gesunde Ernährung komplett unmöglich machen. Auch Übergewicht bei Kindern könnte in einigen Ländern häufiger werden, in denen frische,

nährstoffreiche Nahrungsmittel durch ungesunde ersetzt wurden und Ausgangsbeschränkungen über lange Zeiträume hinweg die Möglichkeiten für körperliche Betätigung schmälerten.

Ohne zusätzliche Interventionen werden diese seit 2020 auftretenden Schocks die bisherigen Fortschritte aufheben. Um Fehlernährung zu verringern und den wachsenden Bedrohungen für die Ernährungsunsicherheit zu begegnen, müssen die Anstrengungen dringend verstärkt werden.

Anteil der Kinder unter 5 Jahren mit Wachstumshemmung bzw. Auszehrung – 2020 (in Prozent)



- * ohne Australien und Neuseeland
- ** Schätzwert für Auszehrung ohne Japan
- *** Schätzwert für Auszehrung bezieht sich auf Nordamerika, da nur ein unzureichender Teil der Bevölkerung Europas (< 50 Prozent) erfasst wurde.
- **** Schätzwert für Auszehrung nicht verfügbar, da nur ein unzureichender Teil der Bevölkerung (< 50 Prozent) erfasst wurde.

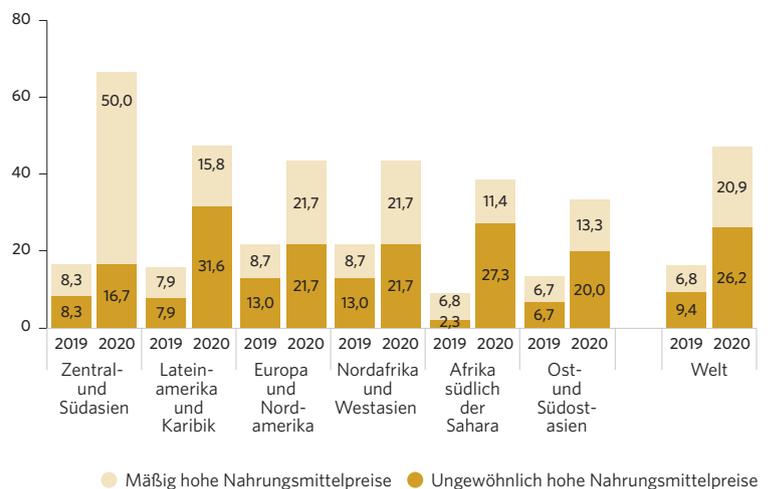
Der Anteil der Länder mit hohen Nahrungsmittelpreisen stieg 2020 drastisch

Ab 2016 waren die Nahrungsmittelpreise recht stabil, doch von 2019 auf 2020 stieg der Anteil der von hohen Nahrungsmittelpreisen betroffenen Länder sprunghaft an, nämlich von 16 auf 47 Prozent. Diese Entwicklung entspricht im Wesentlichen den Trends auf den internationalen Märkten. Die internationalen Nahrungsmittelpreise schnellten in der zweiten Jahreshälfte 2020 nach oben, wodurch der Preisrückgang der ersten fünf Monate des Jahres mehr als aufgehoben wurde. Ein Grund für die Preissteigerungen war die höhere internationale Nachfrage nach Getreide, Pflanzenölen, Zucker und Milchprodukten im Zuge der Lockerung der restriktiven COVID-19-Maßnahmen. Auf den Inlandsmärkten gerieten die Nahrungsmittelpreise durch steigende Frachtkosten und Kosten für landwirtschaftliche Betriebsmittel sowie logistische Engpässe und Marktunsicherheiten stärker unter Druck.

Bereits vor der Ukraine-Krise sorgten die Marktbedingungen, hohe Energie- und Düngemittelpreise und andere Faktoren für hohe internationale Nahrungsmittelpreise. Im März 2022 lagen die globalen Nahrungsmittelpreise um fast 30 Prozent über denen des Vorjahrs und damit auf einem historischen Höchststand, gaben allerdings

in den beiden Folgemonaten wieder etwas nach. Drastisch ansteigende Nahrungsmittelpreise drohen die weltweite Ernährungsunsicherheit zu verschärfen.

Anteil der Länder mit hohen oder mäßig hohen Nahrungsmittelpreisen – 2019 und 2020 (in Prozent)



¹ Die Schätzungen für 2020 bilden die Auswirkungen von COVID-19 nicht vollständig ab, da 2020 aufgrund pandemiebedingter Abstandsregeln Haushaltserhebungen zu Größe und Gewicht von Kindern nur eingeschränkt möglich waren.



Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern

COVID-19 bedroht weiter die Gesundheit und das Wohlergehen von Menschen weltweit und behindert Fortschritte bei der Erreichung der Zielvorgaben unter Ziel 3. Vor der Pandemie waren in vielen Gesundheitsbereichen, darunter reproduktive Gesundheit, Gesundheit von Müttern und Kindern, Impfschutz und Behandlung übertragbarer Krankheiten, Verbesserungen erkennbar, auch wenn enorme regionale Unterschiede den Fortschritt schmälerten. Bis Mitte 2022 hatte COVID-19 weltweit mehr als 500 Millionen Menschen infiziert und könnte nach jüngsten Schätzungen bis Ende 2021 direkt oder indirekt bis zu 15 Millionen „zusätzlicher Todesfälle“ verursacht haben. Die Pandemie hat grundlegende Gesundheitsdienste schwer beeinträchtigt, einen Anstieg von Angstzuständen und Depression ausgelöst, die weltweite Lebenserwartung gesenkt, die Beendigung von HIV, Tuberkulose (TB) und Malaria zurückgeworfen und zwei Jahrzehnte der Arbeit zugunsten einer allgemeinen Gesundheitsversorgung zum Stillstand gebracht. So sank der Impfschutz erstmals seit zehn Jahren, und die



In der Pandemie hat sich das ohnehin knappe Gesundheitspersonal weiter ausgedünnt. Weltweit arbeiten Pflege- und Geburtshilfekräfte rund um die Uhr in Krankenhäusern, oft mit begrenzter persönlicher Schutzausrüstung.

Zahl der Menschen, die an TB und Malaria starben, stieg. Um die Welt wieder auf Kurs zur Erreichung von Ziel 3 zu bringen, müssen umgehend konzertierte Maßnahmen ergriffen werden.

COVID-19 führte in den ersten beiden Pandemie Jahren direkt oder indirekt zum Tod von fast 15 Millionen Menschen

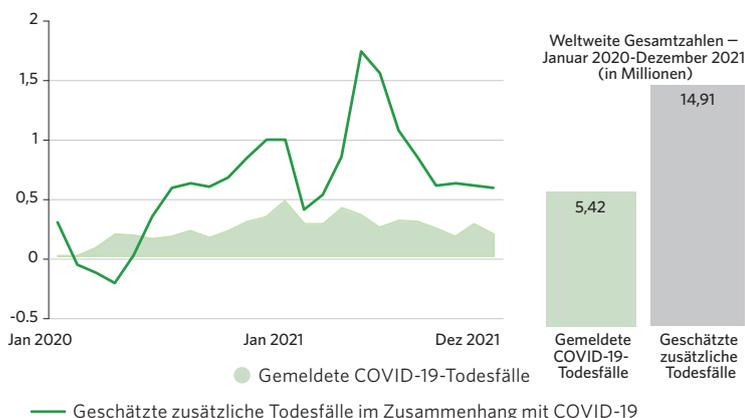
COVID-19 ist heute eine der häufigsten Todesursachen. Nach jüngsten Schätzungen starben 2020 und 2021 14,9 Millionen Menschen als direkte Folge von COVID-19 oder aufgrund der Auswirkungen der Pandemie auf Gesundheitssysteme und Gesellschaft. Das ist fast das Dreifache der 5,4 Millionen offiziell gemeldeten COVID-19-Todesfälle im selben Zeitraum. Etwa 84 Prozent dieser „zusätzlichen Todesfälle“ konzentrieren sich auf Südostasien, Europa und Gesamtamerika (gemäß WHO-Definition) und 68 Prozent auf nur zehn Länder.

Die Pandemie hat Gesundheitssysteme und grundlegende Gesundheitsdienste schwer beeinträchtigt. Von den Ende 2021 befragten 129 Ländern meldeten 92 Prozent Störungen ihrer Gesundheitsdienste. Diese Störungen betrafen alle wichtigen Gesundheitsbereiche, darunter die Gesundheit von Müttern und Kindern, Impfungen, Programme für psychische Gesundheit und die Behandlung von Krankheiten wie HIV, Hepatitis, TB und Malaria. Damit fanden die beeindruckenden Fortschritte bei der weltweiten Lebenserwartung

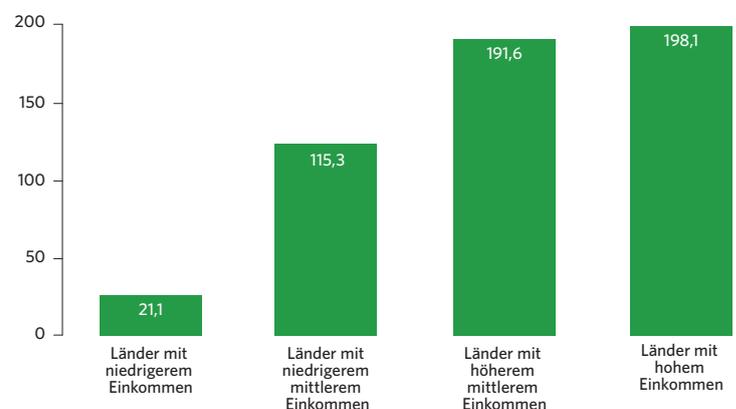
jäh ein Ende. In vielen Teilen der Welt ist die Lebenserwartung um ein bis zwei Jahre gesunken.

Um die Ausbreitung von COVID-19 wirksam einzudämmen und Zehntausende zusätzlicher Todesfälle zu verhindern, muss ein gleichberechtigter Zugang zu sicheren und wirksamen Impfstoffen sichergestellt werden. Die WHO fordert bis Mitte 2022 in allen Ländern die Impfung von 70 Prozent der Bevölkerung, doch die weltweite Impfstoffverteilung ist alles andere als ausgewogen. Im Mai 2022 hatten nur etwa 17 Prozent der Menschen in Ländern mit niedrigem Einkommen mindestens eine Impfdosis erhalten, in Ländern mit hohem Einkommen dagegen mehr als 80 Prozent. Im Interesse der Gesundheit aller müssen alle Länder und maßgeblichen Hersteller Patente aussetzen, COVAX vorrangig mit Impfstoffen versorgen und die notwendigen Voraussetzungen für die lokale Produktion von Tests, Impfstoffen und Behandlungen schaffen.

Gemeldete COVID-19-Todesfälle und geschätzte zusätzliche Todesfälle weltweit – 2020-2021 (in Millionen)



Anzahl der insgesamt verabreichten Impfdosen je 100 Menschen, nach Einkommensstand des Landes – Stand: 9. Mai 2022



Die Pandemie ließ Angstzustände und Depressionen vor allem bei jungen Menschen deutlich steigen

Die Daten zeigen keinen Anstieg der Selbstmordrate in den ersten Monaten der COVID-19-Krise. Dennoch hat die Pandemie die psychische Gesundheit und das Wohlergehen von Menschen in aller Welt deutlich verschlechtert. 2020 stieg die globale Prävalenz von Angstzuständen und Depression um etwa 25 Prozent; am stärksten bei Frauen und jungen Menschen. Gleichzeitig meldeten Länder, dass ihre grundlegenden Gesundheitsdienste in den Bereichen psychische und neurologische Störungen und Substanzgebrauch am stärksten beeinträchtigt waren, was die Lücken in der psychischen Gesundheitsversorgung noch vergrößerte. Ende 2021 war die Lage etwas besser, aber viele Menschen erhalten nach wie vor nicht die Versorgung und Unterstützung, die sie für bestehende wie neue psychische Störungen benötigen.

Schon vor der Pandemie waren viel zu viele Kinder von Depression, Angstzuständen und anderen Problemen der psychischen Gesundheit betroffen. 2019 hatten 86 Millionen Jugendliche zwischen 15 und

19 Jahren und 80 Millionen Kinder zwischen 10 und 14 Jahren – mehr als 13 Prozent der Angehörigen der zwei Altersgruppen – eine diagnostizierte psychische Störung gemäß der Definition der WHO. Die Pandemie mit weiterhin häufigen Schulschließungen, gestörten Tagesabläufen, Stresssituationen wegen Ernährungsunsicherheit und Verlust des Familieneinkommens und Zukunftsunsicherheiten hat die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zusätzlich belastet. Durch COVID-19 können die verwundbarsten Kinder darüber hinaus verstärkt vielfachen Formen von Gewalt und Ausbeutung ausgesetzt sein.

Die COVID-19-Maßnahmenpläne müssen psychische Gesundheit und psychosoziale Unterstützung zwingend einbeziehen. Verstärkte Aufmerksamkeit und Investitionen sind vor allem zur Verbesserung der psychischen Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen und zum Schutz der verwundbarsten Kinder nötig.

Die Gesundheit von Müttern und Kindern kommt voran, doch sind große regionale Unterschiede auszuräumen

Kompetente, qualifizierte Geburtshilfe ist der Schlüssel zur Verringerung der Morbidität und Mortalität von Müttern und Neugeborenen. Weltweit stieg der Anteil der von Gesundheitsfachkräften, darunter Arzt-, Pflege- und Geburtshilfepersonal, betreuten Geburten von 77 Prozent im Zeitraum 2008-2014 auf etwa 84 Prozent im Zeitraum 2015-2021, jedoch lagen die Werte in Afrika südlich der Sahara 20 Prozentpunkte unter dem Weltdurchschnitt.

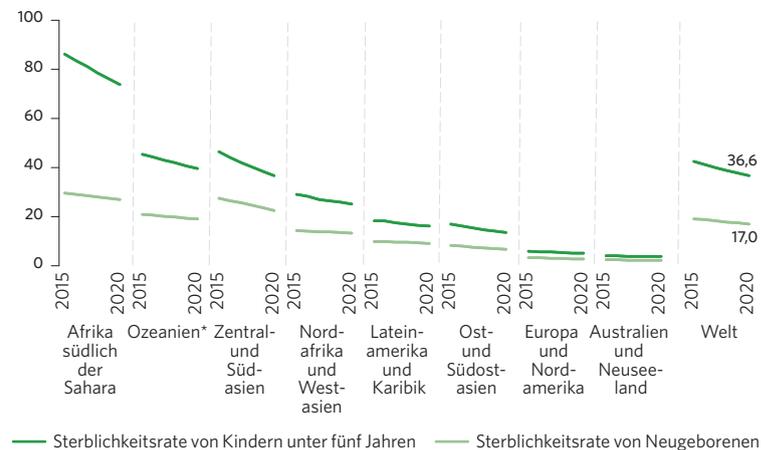
Fortschritte sind auch hinsichtlich der Sterblichkeit von Kindern unter 5 Jahren und Neugeborenen zu verzeichnen, obwohl noch immer zu viele Kinder sterben. Die weltweite Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren sank zwischen 2015 und 2020 um 14 Prozent – von 43 auf 37 Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten. Auch die Sterblichkeitsrate von Neugeborenen, also Kindern in den ersten 28 Lebens Tagen, ging im gleichen Zeitraum um 12 Prozent zurück – von 19 auf 17 Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten. Trotz dieser Fortschritte starben allein 2020 5 Millionen Kinder vor ihrem fünften Geburtstag – gegenüber 5,9 Millionen 2015. Fast die Hälfte dieser Kinder (2,4 Millionen) starb im ersten Lebensmonat. Afrika südlich der Sahara bleibt mit 74 Todesfällen je 1.000 Lebendgeburten im Jahr 2020 die Region mit der höchsten Sterblichkeit von Kindern unter 5 Jahren; dort liegt das Risiko 14-mal höher als in Europa und Nordamerika.

Auch die Geburtenrate bei Jugendlichen sank weltweit. Zwischen 2010 und 2020 sank sie von 47,9 auf 41,2 Geburten je 1.000 Jugendliche von 15 bis 19 Jahren. Den stärksten Rückgang verzeichnete in diesem Zeitraum Zentral- und Südasiens – von 43,6 auf 23,7 Geburten.

Mädchen von 10 bis 14 Jahren werden in den Ländern Afrikas südlich der Sahara, Lateinamerikas und der Karibik wesentlich häufiger Mütter als in anderen Teilen der Welt. Die meisten Länder, in denen frühe Mutterschaft messbar ist, verzeichnen seit 2000 einen Rückgang.

Obwohl noch keine Daten vorliegen, anhand deren sich die Gesamtauswirkungen von COVID-19 auf die Gesundheit von Müttern und Kindern und die Geburtenrate bei Jugendlichen bewerten ließen, wächst die Sorge, dass die Pandemie Erfolge in diesen Bereichen untergraben hat.

Sterblichkeitsrate von Kindern unter 5 Jahren und Neugeborenen, nach Region – 2015-2020 (Todesfälle je 1.000 Lebendgeburten)



— Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren — Sterblichkeitsrate von Neugeborenen

* ohne Australien und Neuseeland

Die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen von COVID-19 dürften Ungleichheiten auf dem Weg zur allgemeinen Gesundheitsversorgung noch verstärkt haben

Eine allgemeine Gesundheitsversorgung ist dann erreicht, wenn alle Menschen von ihnen benötigte hochwertige Gesundheitsdienste erhalten können, ohne dass sie wegen der damit verbundenen Kosten in finanzielle Bedrängnis geraten. Schon vor der Pandemie zeigten sich im Hinblick auf eine allgemeine Gesundheitsversorgung alarmierende Trends. Der Erfassungsindex für allgemeine Gesundheitsversorgung verbesserte sich von weltweit durchschnittlich 45 von 100 im Jahr 2000 auf 64 im Jahr 2015 und 67 im Jahr 2019. Allerdings wendeten 2017 fast 1 Milliarde Menschen mehr als 10 Prozent ihres Haushaltsbudgets für Gesundheitsausgaben auf, und mehr als eine halbe Milliarde wurden durch diese Eigenleistungen in extreme Armut gedrängt.

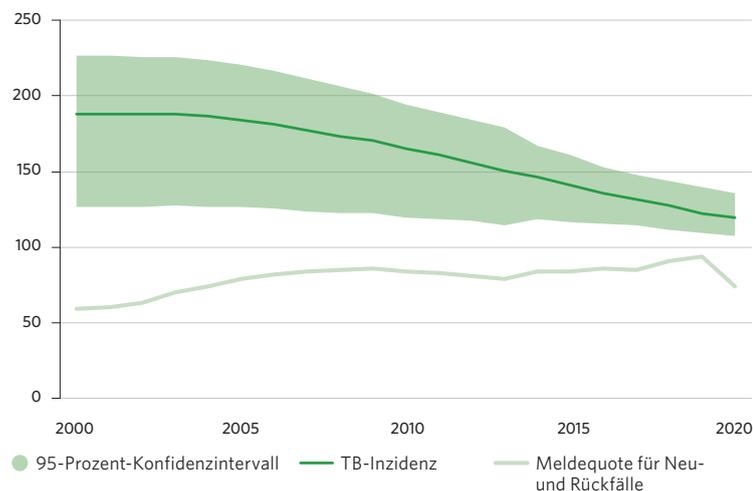
Daten für eine detaillierte und umfassende Betrachtung der Auswirkungen von COVID-19 auf Fortschritte in Richtung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung liegen noch nicht vor. Da die Pandemie jedoch zu erheblichen Störungen der grundlegenden Gesundheitsdienste geführt hat, dürften die stetigen Fortschritte der letzten beiden Jahrzehnte zum Erliegen gekommen sein. Durch die geballten gesundheitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie könnten sich die Menschen beim Zugang zu Gesundheitsversorgung verstärkt finanziellen Zwängen ausgesetzt sehen. Für Menschen, die ihre Gesundheitsausgaben selbst tragen, vor allem für die ohnehin schon Benachteiligten, dürften finanzielle Härten weiter zunehmen.

Ausgedehnte Störungen brachten Fortschritte im Kampf gegen HIV, TB und Malaria zum Erliegen

2020 wurde bei schätzungsweise 1,5 Millionen Menschen HIV neu diagnostiziert, und 680.000 starben an den Folgen von Aids. Die Inzidenz von HIV-Infektionen sank zwischen 2010 und 2020 weltweit um 39 Prozent, womit die von der Generalversammlung 2016 vereinbarte Zielvorgabe von 75 Prozent weit verfehlt wurde. Die Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 haben neben zusätzlichen Belastungen für die Gesundheitssysteme auch die HIV-Versorgung beeinträchtigt.

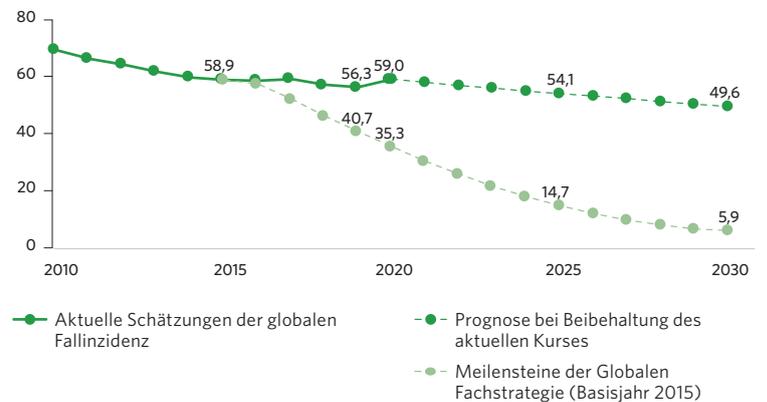
2020 erkrankten weltweit schätzungsweise 10 Millionen Menschen an TB. Die Meldequote von TB-Neu- und -Rückfällen sank von 72 Prozent im Vorjahr auf 59 Prozent. Durch die mit der Pandemie verbundenen Störungen stieg die Zahl der TB-Todesfälle merklich: von 1,2 Millionen im Jahr 2019 auf 1,3 Millionen im Jahr 2020 (ohne TB-Todesfälle bei Menschen mit HIV). Damit stiegen diese Todesfälle im Jahresvergleich erstmals seit 2005, und die Welt fiel auf das Niveau von 2017 zurück. Das Fortschrittstempo bei der Verringerung der TB-Inzidenz sank 2020 auf unter 2 Prozent pro Jahr. Dies liegt weit unter dem Rückgang von 4 bis 5 Prozent pro Jahr, der erforderlich ist, um den in der Strategie zur Beendigung der Tuberkulose vorgesehenen Rückgang von 80 Prozent bei den Neufällen bis 2030 zu erreichen. Zwischen 2018 und 2020 erhielten 20 Millionen Menschen eine TB-Behandlung, was nur der Hälfte der globalen Zielvorgabe entspricht. Wegen der Pandemie dürften TB-Inzidenz und -Mortalität vor allem 2021 und 2022 steigen.

TB-Inzidenz und -Meldequote – 2000-2020 (Neu- und Rückfälle je 100.000 Menschen)



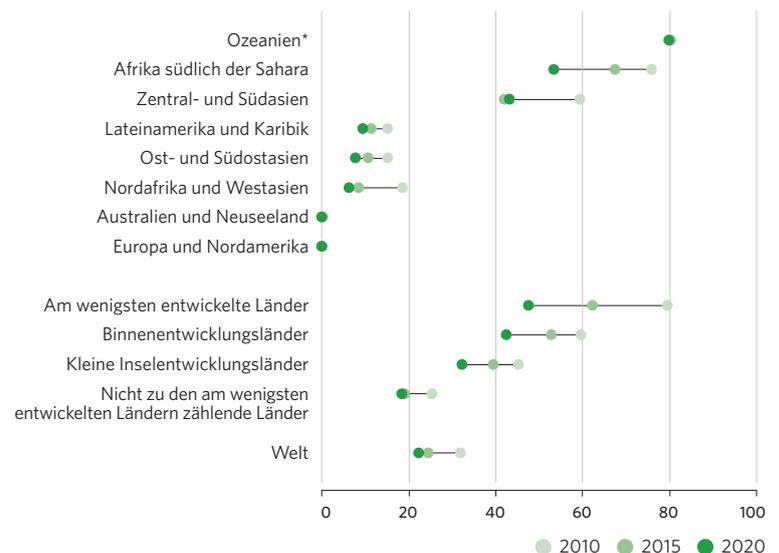
2020 wurden weltweit etwa 241 Millionen Malariafälle und 627.000 Malaria-Todesfälle gemeldet. Damit sind 14 Millionen Menschen mehr an Malaria erkrankt, und 69.000 Menschen mehr daran gestorben als 2019. Etwa zwei Drittel der zusätzlichen Todesfälle hingen mit Störungen der Malariaversorgung während der Pandemie zusammen. Schon vor der COVID-19-Pandemie flachten die weltweiten Erfolge bei der Malariabekämpfung ab, und die Welt war nicht auf Kurs, die Zielvorgaben der Globalen Fachstrategie der WHO gegen Malaria (2016-2030) zu erreichen. 2020 lag die Malaria-Inzidenz weltweit bei 59 Fällen je 1.000 gefährdete Personen, die Zielvorgabe bei 35. Damit wurde bei der Malariabekämpfung das Ziel um 40 Prozent verfehlt.

Zwei Fortschrittsszenarien für die globale Malaria-Inzidenz: Beibehaltung des aktuellen Kurses und Erreichung der Zielvorgaben der Globalen Fachstrategie – 2010-2030 (neue Fälle je 1.000 gefährdete Personen)



Bei der Verhütung, Eindämmung und Ausrottung vernachlässigter Tropenkrankheiten wurden 2020 trotz erheblicher Beeinträchtigungen der Gesundheitsdienste weitere Fortschritte erzielt. Zwischen 2010 und 2020 sank die Zahl der Menschen, die wegen dieser Krankheiten Behandlung und Versorgung benötigen, von 2,19 auf 1,73 Milliarden. Vor allem in den am wenigsten entwickelten Ländern sank der Anteil dieser Menschen an der Gesamtbevölkerung im selben Zeitraum von 79 auf 48 Prozent. Diese Fortschritte gingen vor allem auf die Beseitigung einiger dieser Krankheiten zurück: Ende 2020 war in 42 Ländern mindestens eine von ihnen beseitigt. Die Zahl der gemeldeten Fälle von Krankheiten, deren Beseitigung und Ausrottung angestrebt werden, darunter die afrikanische Trypanosomiasis (Schlafkrankheit) bei Menschen und die Drakunkulose (Guineawurm-Infektion), ist erheblich gesunken.

Anteil wegen vernachlässigter Tropenkrankheiten behandlungsbedürftiger Personen an der Gesamtbevölkerung – 2010, 2015 und 2020 (in Prozent)



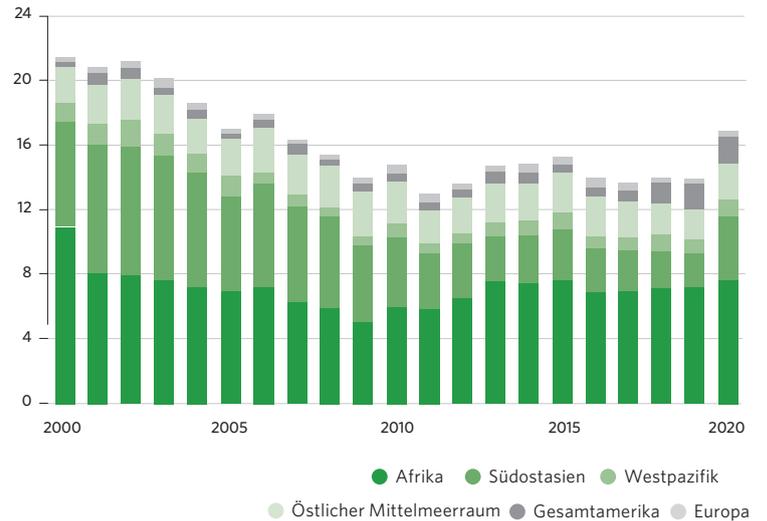
* ohne Australien und Neuseeland

Wegen der Pandemie versäumen mehr Kinder grundlegende Impfungen

Durch die Pandemie und die damit verbundenen Beeinträchtigungen haben mehr Kinder grundlegende Impfungen versäumt. Von 2019 bis 2020 sank der Impfschutz bei Säuglingen von 86 auf 83 Prozent. 2020 versäumten damit 22,7 Millionen Kinder Impfungen; 3,7 Millionen mehr als 2019 und so viele wie seit 2005 nicht mehr. Zudem erhielten 2020 17,1 Millionen ältere Kinder keine Routineimpfungen, gegenüber 13,6 Millionen im Vorjahr.

Die Folgen könnten verheerend sein. Masern beispielsweise sind eine hoch ansteckende Krankheit, und die derzeitige Impfquote von 70 Prozent mit zwei Dosen reicht nicht aus, um Krankheit, Behinderung und Tod aufgrund von Masernausbrüchen oder Komplikationen im Zusammenhang mit der Krankheit zu verhindern. Hinzu kommt, dass Maßnahmen und Impfungen gegen COVID-19 Ressourcen der Gesundheitssysteme von anderen grundlegenden Diensten abgezogen haben. So werden wahrscheinlich auch 2021 und darüber hinaus zu vielen Kindern Impfungen und andere Gesundheitsdienste entgehen. Die Wiedererreichung des Stands von vor der Pandemie muss eine dringende globale Priorität sein.

Zahl der Kinder, die nicht die erste Dosis des DTP-Impfstoffs gegen Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten erhalten haben – 2000-2020 (Schätzwerte in Millionen)



Anmerkung: Die regionale Zuordnung folgt den WHO-Regionen.

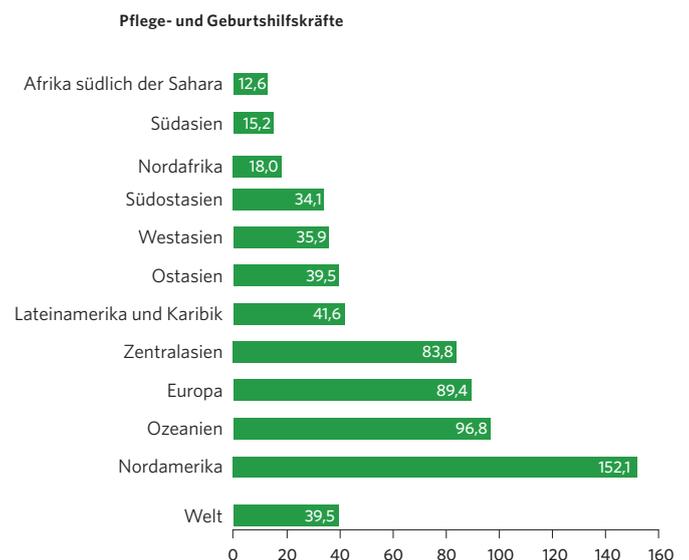
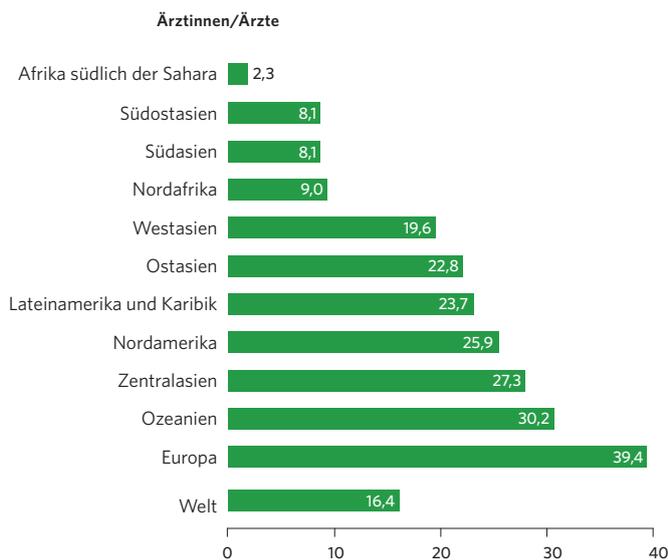
Die COVID-19-Pandemie fordert einen hohen Tribut von Gesundheits- und Pflegekräften, die in den meisten Regionen ohnehin schon überlastet sind

Gesundheits- und Pflegekräfte stehen bei den Maßnahmen gegen COVID-19 weiter an vorderster Front. Zwischen Januar 2020 und Mai 2021 könnte die Pandemie weltweit 115.500 von ihnen das Leben gekostet haben. Um sicherzustellen, dass sie Zugang zu Impfungen und persönlicher Schutzausrüstung haben, muss die gerechte Verteilung von COVID-19-Impfstoffen stärker betrieben werden.

Nach Daten für den Zeitraum 2014-2020 ist das Netz der Pflege- und Geburtshilfekräfte mit über 152 je 10.000 Menschen in Nordamerika

weiter weltweit am dichtesten. Das ist fast das Vierfache des Welt-durchschnitts und übersteigt die Durchschnittswerte in Nordafrika und Südasiens um das Achtfache und die in Afrika südlich der Sahara um mehr als das 15-Fache. Trotz eines stetigen weltweiten Anstiegs der Ärztedichte je 10.000 Menschen sind die Unterschiede zwischen Regionen nach wie vor groß und reichen von etwa 40 Ärztinnen und Ärzten je 10.000 Menschen in Europa bis zu nur 2 in Afrika südlich der Sahara.

Ausgewählte Gesundheitsfachkräfte je 10.000 Menschen – 2014-2020 (neueste verfügbare Daten)





Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

Die COVID-19-Pandemie hat die Bildungskrise verschärft und die Bildungssysteme weltweit schwer beeinträchtigt. Schulschließungen hatten alarmierende Folgen für das Lernen und das Wohl von Kindern, insbesondere von Mädchen und Kindern, die unter anderem aufgrund von Behinderungen, Leben auf dem Land und Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit benachteiligt sind. Etwa 147 Mio. Kinder versäumten in den letzten beiden Jahren über die Hälfte ihres Präsenzunterrichts. Dadurch könnte dieser Generation ein Lebenseinkommen von insgesamt 17 Bio. USD (Gegenwartswert) entgehen. Die Regierungen müssen ambitionierte Programme auflegen, um allen Kindern eine Rückkehr in die Schule, das Aufholen ihres Lernrückstands und die Befriedigung ihrer psychosozialen Bedürfnisse zu ermöglichen.



Mija Anjarasoa (17) besucht den Förderunterricht am Soanierana General Education College in Manantantely (Madagaskar). Nach dem Schulabschluss möchte sie Hebamme werden.

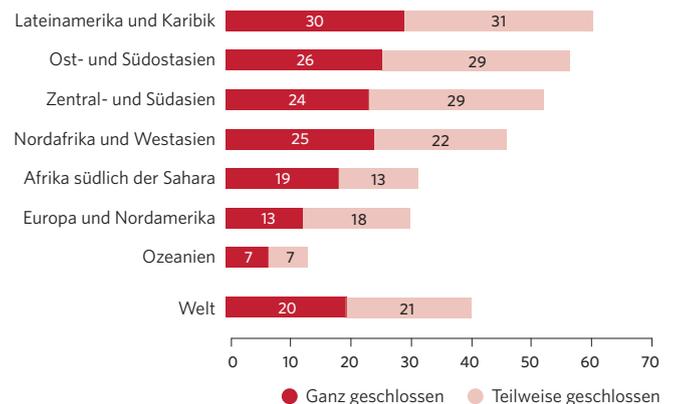
Längere Schulschließungen erhöhen das Risiko, dass Kinder nicht in die Schule zurückkehren

Die pandemiebedingten Schulschließungen drohen die jahrelangen Fortschritte beim Schulverbleib von Kindern zunichtezumachen. Vor der Pandemie besuchten 17 Prozent der Kinder und Jugendlichen weltweit keine Grund- oder Sekundarschule, verglichen mit 26 Prozent im Jahr 2000. Von März 2020 bis Februar 2022 waren die Schulen in aller Welt durchschnittlich 41 Wochen lang ganz oder teilweise geschlossen. In Lateinamerika und der Karibik dauerten die Schulschließungen mit mehr als 60 Wochen in den vergangenen zwei Jahren am längsten.

Je länger Kinder nicht zur Schule gehen, desto unwahrscheinlicher ist ihre Rückkehr. Nach einem Bericht der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) aus dem Jahr 2020 laufen 24 Mio. Lernende von der Vorschule bis zur Universität Gefahr, ihre Bildung abzuberechnen. Sozioökonomische Faktoren wie die Notwendigkeit, Geld zu verdienen, erhöhte Pflege- und Betreuungspflichten sowie Frühverheiratung oder Zwangsheirat erhöhen dieses Risiko für Lernende aus benachteiligten Verhältnissen.

Auch diejenigen, die während der Lockdowns keinen Zugang zu Fernunterricht hatten, brechen ihre Bildung eher ab.

Dauer der Schulschließungen (Ausfall von Präsenzunterricht) – März 2020–Februar 2022 (in Wochen)

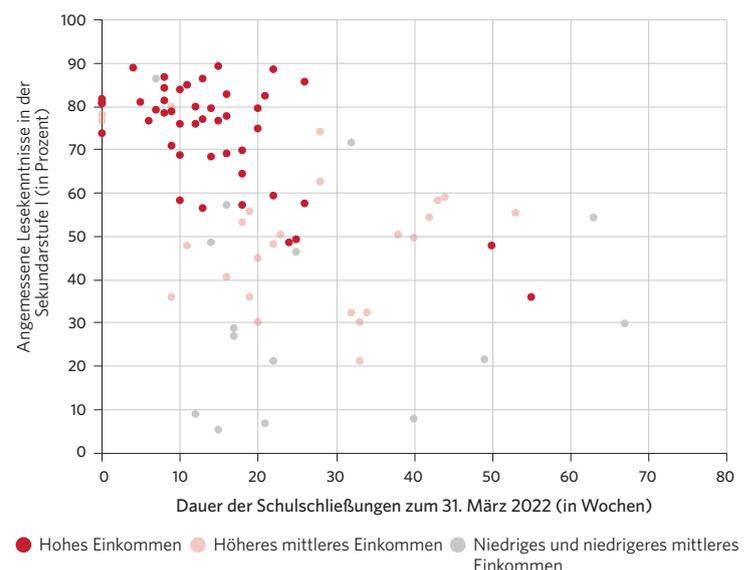


Durch COVID-19 hat sich das ohnehin düstere Bild bei den Lernergebnissen weiter verfinstert

Die COVID-19-Pandemie setzte zu einem Zeitpunkt ein, zu dem die Welt ohnehin schon mit einer Bildungskrise zu kämpfen hatte: Zu vielen Kindern mangelte es an Grundkenntnissen im Lesen und Rechnen. Vor der Pandemie (2015-2019) lag der Anteil der Kinder, die am Ende der Sekundarstufe I die Mindestanforderungen im Lesen erfüllten, in den meisten Ländern mit hohem Einkommen zwischen 70 und 90 Prozent. Dieser Anteil sank in fast allen Ländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen unter 60 Prozent, in einigen Ländern sogar auf weniger als 10 Prozent.

Lernauffälle aufgrund pandemiebedingter Schulschließungen wurden in 80 Prozent der 104 Länder, die solche Studien durchführten, dokumentiert. Zudem dürften Schulschließungen die Bildungskluft vertiefen: In vielen Ländern mit vor der Pandemie unbefriedigenden Bildungsergebnissen waren die Schulen tendenziell länger geschlossen.

Anteil der Kinder, die am Ende der Sekundarstufe I die Mindestanforderungen im Lesen erfüllen (2015-2019), und Dauer der Schulschließungen in den ersten beiden Pandemie Jahren, aufgeschlüsselt nach Länder-Einkommensgruppen



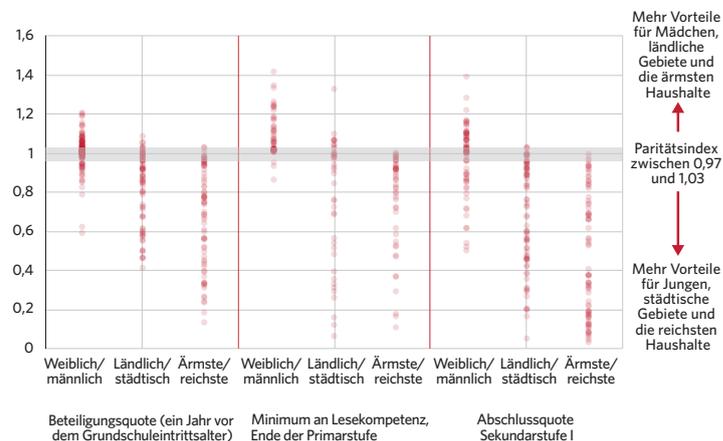
Die tief verwurzelten Bildungsdisparitäten haben sich während der Pandemie noch verschärft

Im Laufe der Jahre hat der Bildungszugang stark zugenommen. Dennoch ist er für unterschiedliche sozioökonomische Gruppen nach wie vor ungleich. So waren 2020 drei von vier Kindern ein Jahr vor dem offiziellen Grundschuleintrittsalter an einer Form des organisierten Lernens beteiligt. Allerdings wies diese Beteiligung in den Ländern, für die Daten vorlagen, erhebliche Unterschiede nach Geschlecht (39 Prozent), Standort (städtisch/ländlich) (76 Prozent) und Haushaltsvermögen (86 Prozent) auf. Den Daten zufolge erzielten Mädchen am Ende der Grundschule in der Regel bessere Leseergebnisse als Jungen. Außerdem waren Kinder in ländlichen Gebieten und aus den ärmsten Haushalten in Bezug auf Bildungsbeteiligung und -ergebnisse durchweg stärker benachteiligt als städtische, vermögendere Gleichaltrige.

Schulschließungen während der COVID-19-Pandemie haben die Ungleichheit im Bildungsbereich verschärft, und marginalisierte Bevölkerungsgruppen sind davon am stärksten betroffen. Im Kontext des Fernunterrichts etwa verfügen Kinder aus ärmeren Verhältnissen seltener über die für den Online-Zugang benötigten Geräte und

Computerkenntnisse oder über ein förderliches häusliches Lernumfeld. In der bevorstehenden schwierigen Übergangszeit gilt es, prioritär eine sichere Rückkehr in die Schule sowie Bildungsgerechtigkeit zu gewährleisten.

Paritätsindex, nach Geschlecht, Wohnort und Vermögen – 2015-2020



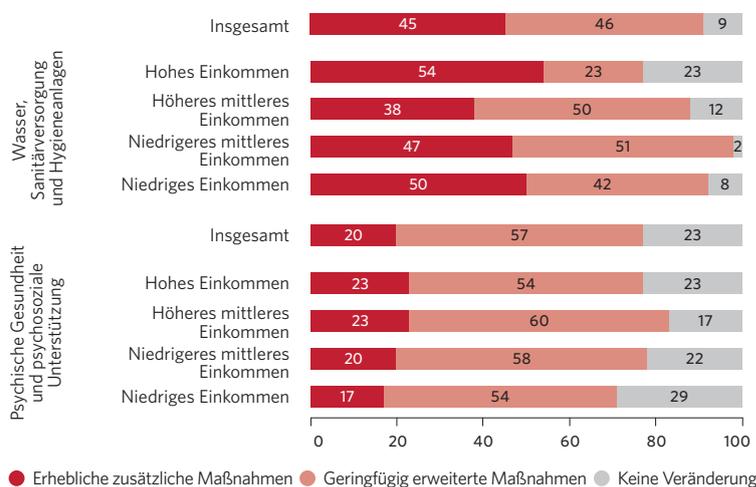
Manche Länder haben die Schulen zur Wiederöffnung verbessert, doch psychosoziale Unterstützung der Schülerschaft wird oft vernachlässigt

Eine zentrale Voraussetzung für die Förderung von Schulbesuch und -verbleib ist die Bereitstellung angemessener Einrichtungen und Dienste. Doch selbst eine Basisinfrastruktur ist in den Schulen längst nicht überall vorhanden. Im Zeitraum 2019-2020 hatte etwa ein Viertel der Grundschulen weltweit keinen Zugang zu Strom, Trinkwasser und grundlegenden sanitären Einrichtungen. Nur die Hälfte der Grundschulen verfügte über Computer und Internetanschlüsse oder – auch für Kinder mit Behinderungen barrierefrei zugängliche Einrichtungen. In allen diesen Bereichen liegen die am wenigsten entwickelten Länder am weitesten zurück.

Für eine Erholung von der Pandemie – und einen besseren Wiederaufbau – sind beträchtliche Investitionen in Infrastrukturen und Dienste in den Schulen erforderlich. Nach einer neueren Erhebung des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF) hat etwa die Hälfte der Länder, zu denen Daten vorliegen, eigenen Angaben zufolge im Rahmen der Wiederöffnung der Schulen „erhebliche zusätzliche Maßnahmen“ (im Gegensatz zu „geringfügig erweiterten Maßnahmen“) in Bezug auf Wasser- und Sanitärversorgung und Hygieneanlagen ergriffen. Dieser Anteil ist in Ländern unterschiedlicher Einkommensgruppen ähnlich. Allerdings haben nur 20 Prozent der Länder erhebliche Maßnahmen

ergriffen, um zusätzliche Angebote für die psychische Gesundheit und die psychosoziale Unterstützung der Schülerschaft bereitzustellen. In Anbetracht der jüngsten Zunahme von Angstzuständen und Depressionen unter den Lernenden ist dies beunruhigend.

Zusätzliche Maßnahmen zur Förderung des Wohls der Schülerschaft nach Wiederöffnung der Schulen – 2022 (in Prozent)



Online-Unterricht vermittelt ukrainischen Kindern in den Kriegswirren ein Gefühl der Normalität

Der Krieg in der Ukraine schadet ihren jüngsten Bürgerinnen und Bürgern ganz besonders. Mit Stand vom Mai 2022 waren zwei Drittel der Kinder des Landes aus ihren Häusern vertrieben, rund 130 Bildungseinrichtungen zerstört und mehr als 1.500 Schulen beschädigt. Trotz dieser Schwierigkeiten geht die Bildung in der Ukraine mit Fernunterricht für Millionen Lernende weiter, wenn auch mit häufigen Unterbrechungen durch Luftschutzalarm. Im April 2022 nahmen fast drei Millionen Kinder (die Mehrheit der Kinder im Schulalter) am Online-Unterricht teil. Auch im Fernsehen wurden aufgezeichnete Lehrveranstaltungen gezeigt. Fernunterricht bietet vom Krieg betroffenen Kindern einen sicheren Raum und eine gewisse Normalität. Er kann auch lebensrettend sein, etwa wenn er

Kindern die Gefahren tödlicher Sprengkörper nahebringt und ihnen und ihren Eltern den Kontakt zu wichtigen medizinischen und psychosozialen Diensten vermittelt.

Weltweit wurde die Bildung von Millionen Kindern und Jugendlichen, ähnlich wie in der Ukraine, durch Krieg, Katastrophen und andere Krisen unterbrochen. Eine sichere, inklusive und kontinuierliche Bildung für diese Mädchen und Jungen trägt entscheidend dazu bei, dass sie aktuelle und künftige Krisen bewältigen können. Sie ist eine der sinnvollsten und wichtigsten Investitionen in die menschliche und sozioökonomische Entwicklung überhaupt.



Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen

Die Welt liegt nicht auf Kurs, die Gleichstellung der Geschlechter bis 2030 zu erreichen, und die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie trüben die Aussichten noch mehr. In vielerlei Hinsicht, etwa beim Zeitaufwand für unbezahlte Pflege-, Betreuungs- und Hausarbeit, bei Entscheidungen über sexuelle und reproduktive Gesundheit und bei der geschlechtergerechten Haushaltsplanung, bleiben die Fortschritte hinter den Erwartungen zurück. Die ohnehin unterfinanzierten Gesundheitsdienste für Frauen mussten erhebliche Beeinträchtigungen hinnehmen. Gewalt gegen Frauen ist nach wie vor weit verbreitet. Und Frauen sind trotz ihrer Führungsrolle bei der Bewältigung von COVID-19 noch immer im Nachteil gegenüber Männern, wenn es darum geht, die ihnen zustehenden Entscheidungspositionen zu erlangen. Für raschere Fortschritte sind Engagement und kühnes Handeln vonnöten, auch indem Gesetze, Politikkonzepte, Haushalte und Institutionen gefördert werden, die die Geschlechtergleichstellung voranbringen.



Arulrahini betreibt seit über vier Jahrzehnten Landwirtschaft. In dieser nördlichen Provinz Sri Lankas sind selbständige Landwirtinnen wie Arulrahini eine Seltenheit.

Da derzeit nicht einmal die Hälfte der für die Überwachung von Ziel 5 erforderlichen Daten verfügbar ist, muss unbedingt stärker in geschlechtsspezifische Statistiken investiert werden.

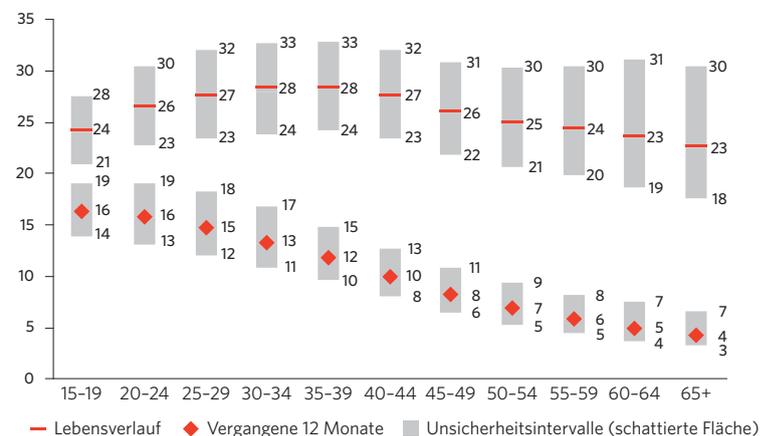
Das Bewusstsein für Gewalt gegen ältere Frauen wächst, doch die Daten sind nach wie vor mager

Gewalt gegen Frauen und Mädchen jeden Alters gibt es in allen Ländern. Weltweit haben 26 % der Frauen ab 15 Jahren, die jemals in einer Partnerschaft waren (641 Mio.) mindestens einmal in ihrem Leben körperliche und/oder sexuelle Gewalt in Ehe oder Partnerschaft erfahren. Begrenzte Daten deuten auf eine Verschärfung der Gewalt gegen Frauen während der Pandemie hin. Bei einer von UN-Frauen 2021 durchgeführten Schnellumfrage zur Bewertung der Geschlechterverhältnisse in 13 Ländern gaben 45 % der Frauen an, sie oder eine ihnen bekannte Frau hätten seit Pandemiebeginn Gewalt erlebt.

Weltweit wächst das Bewusstsein für Gewalt gegen ältere Frauen, doch sind Daten knapp, und das Wesen, das Ausmaß, die Schwere und die Komplexität dieser Form der Gewalt werden möglicherweise unterschätzt. Weniger als 10 % der relevanten Daten zu Gewalt in der Partnerschaft erfassen die Prävalenz dieser Gewalt für Frauen ab 50 Jahren. Begrenzte Daten aus dem Zeitraum 2000-2018 lassen erkennen, dass zwischen 4 und 7 % der Frauen in dieser Altersgruppe in den letzten 12 Monaten körperliche und/oder sexuelle Gewalt in der Partnerschaft erfahren haben. Ältere Frauen können jedoch spezifischen Formen von Gewalt ausgesetzt sein, die in Erhebungen über

Gewalt gegen Frauen normalerweise nicht erfasst werden, etwa wirtschaftliche Ausbeutung, Ächtung oder Vernachlässigung. Zu den Verantwortlichen für derartige Gewalt zählen neben Intimpartnern und -partnerinnen auch erwachsene Kinder und andere Verwandte sowie Fremde, Betreuungspersonen und Menschen aus der Nachbarschaft.

Globale Prävalenz körperlicher und/oder sexueller Intimpartnergewalt gegen Frauen, nach Altersgruppe – 2018 (in Prozent)



Kinderheirat und die Verstümmelung weiblicher Genitalien sind Menschenrechtsverletzungen, die fortbestehen und Fortschritte für Mädchen und Frauen hemmen

2021 war fast jede fünfte junge Frau vor ihrem vollendeten 18. Lebensjahr verheiratet. Am häufigsten sind Kinderheiraten in Afrika südlich der Sahara und in Südasien, wo 35 bzw. 28 % der jungen Frauen im Kindesalter verheiratet wurden. Die Prävalenz von Kinderheiraten ist in den letzten fünf Jahren global um etwa 10 % gesunken. Allerdings ist dieses Risiko für Mädchen durch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie mit wirtschaftlichen Schocks, Schulschließungen und Unterbrechungen der sozialen Dienste gestiegen. Bis 2030 dürften zu den 100 Mio. Mädchen, denen Kinderheirat schon vor der Pandemie drohte, weitere 10 Mio. hinzukommen.

Eine weitere anhaltende schädliche Praxis und Menschenrechtsverletzung ist die Verstümmelung weiblicher Genitalien. Mindestens

200 Mio. der heute lebenden Mädchen und Frauen wurden ihr unterzogen, vor allem in den 31 Ländern, in denen diese Praxis konzentriert ist. In vielen Ländern ist sie heute noch genauso verbreitet wie vor dreißig Jahren. Selbst in den Ländern, in denen sie mittlerweile seltener ist, müsste das Fortschrittstempo mindestens um das Zehnfache steigen, damit die globale Zielvorgabe, diese Praxis bis 2030 zu beseitigen, erreicht wird. Ein Weg dorthin ist Bildung. Die Quote derer, die die Verstümmelung weiblicher Genitalien ablehnen, ist unter Frauen und Mädchen mit Bildung am höchsten. Die Töchter von Müttern mit Grundschulbildung sind um 40 % seltener beschnitten als die von Müttern ohne Bildung.

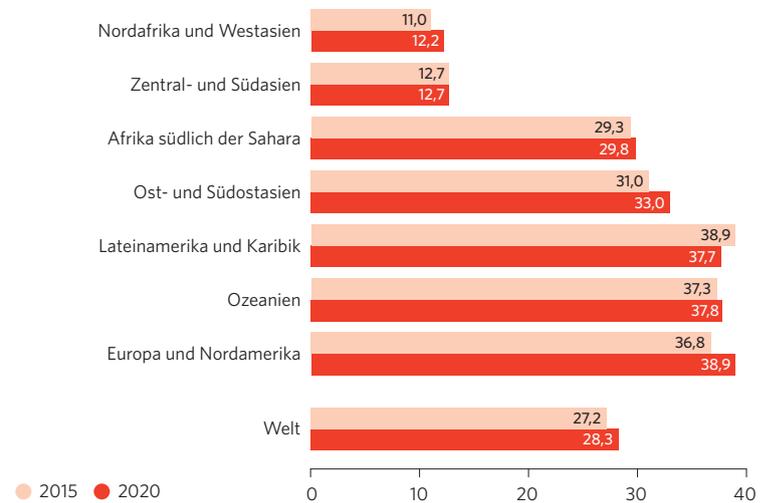
Der Zugang von Frauen zu Führungspositionen in Politik und Wirtschaft kommt weiter nur schleppend voran

Während der Pandemie haben Frauen in Führungspositionen Maßnahmen zur Bekämpfung und Überwindung von COVID-19 entschlossen und effektiv gesteuert und umgesetzt und dabei vorrangig auf Maßnahmen für die schwächsten Gruppen gesetzt. Trotz dieses weithin anerkannten Erfolgs kommt die Vertretung von Frauen in Entscheidungspositionen entmutigend langsam voran. So lag der Frauenanteil in den nationalen Parlamenten (Unterhäuser und Einkammerparlamente) zum 1. Januar 2022 weltweit bei 26,2 % und damit nur leicht höher als 2015 (22,4 %). In den Kommunalverwaltungen liegt der Frauenanteil bei etwas über einem Drittel. Bei diesem Tempo würde es weitere 40 Jahre dauern, bis Frauen und Männer in den nationalen Parlamenten paritätisch vertreten sind.

Berufstätige Frauen, auch in Führungspositionen, waren unverhältnismäßig stark von der COVID-19-Pandemie betroffen. Viele mussten Arbeitszeitverkürzungen hinnehmen oder schieden aufgrund wachsender häuslicher Pflege- und Betreuungspflichten ganz aus dem Arbeitsmarkt aus. Vor der Pandemie (2019) waren 39,4 % aller Beschäftigten Frauen, doch von den weltweiten Arbeitsplatzverlusten 2020 entfielen fast 45 % auf sie. Der Frauenanteil in Führungs-

positionen stieg global zwischen 2015 und 2019 nur leicht von 27,2 auf 28,3 % und blieb von 2019 auf 2020 unverändert. Damit wurde 2020 erstmals seit 2013 kein Anstieg verzeichnet.

Frauenanteil in Führungspositionen – 2015 und 2020 (in Prozent)



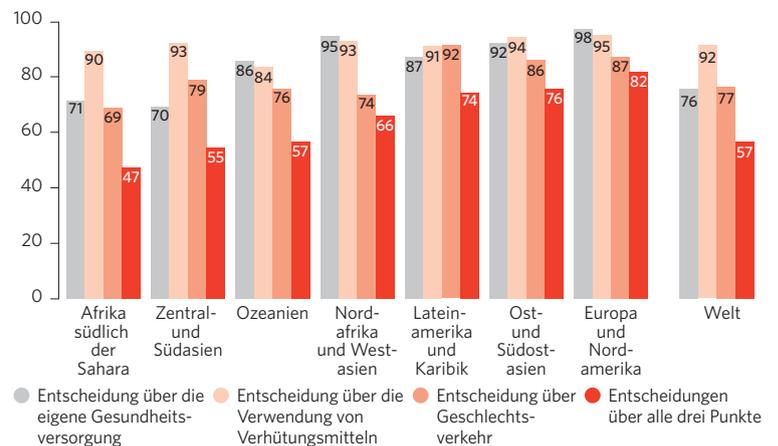
In vielen Ländern haben Frauen weiter keinen Rechtsanspruch darauf, frei über ihren Körper zu bestimmen

Nach Daten aus 64 Ländern für 2007-2021 treffen nur 57 % der verheirateten oder in einer Partnerschaft lebenden 15- bis 49-jährigen Frauen ihre eigenen sachlich fundierten Entscheidungen über sexuelle Beziehungen, die Verwendung von Verhütungsmitteln und die reproduktionsmedizinische Versorgung. Für solche Entscheidungen ist ausschlaggebend, inwieweit der Zugang zu entsprechenden Gesundheitsdiensten und -informationen gesetzlich verhindert oder ermöglicht wird. Von den 115 Ländern mit Daten verfügten durchschnittlich 76 % über die erforderlichen Gesetze und sonstigen Vorschriften, um den vollen und gleichberechtigten Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und den entsprechenden Rechten zu garantieren.

Die COVID-19-Pandemie dürfte sich erheblich auf die Fähigkeit von Frauen auswirken, selbst über ihren Körper zu bestimmen. Im ersten Pandemiejahr kam es in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu etwa 1,4 Mio. zusätzlichen ungewollten Schwangerschaften. Dafür könnten mehrere Faktoren die Ursache sein. So könnten finanzielle Härten Frauen daran gehindert haben, selbst über die Inanspruchnahme von Gesundheitsversorgung und Verhütungsmitteln zu entscheiden. Größere häusliche Spannungen im Zusammenhang mit Gesundheit, Finanzen und sozialer Isolation während der Lockdowns

machten es für Frauen teils schwieriger, Geschlechtsverkehr abzulehnen. Schließlich sorgten Störungen oder Unterbrechungen der sexual- und reproduktionsmedizinischen Versorgung dafür, dass Frauen zu diesen grundlegenden Diensten keinen Zugang mehr hatten.

Anteil der 15- bis 49-jährigen Frauen, die ihre eigenen sachlich fundierten Entscheidungen über sexuelle Beziehungen, die Verwendung von Verhütungsmitteln und die reproduktionsmedizinische Versorgung treffen – letzte verfügbare Daten 2007-2021 (in Prozent)



Der Weg zum Schutz der Land- und Eigentumsrechte von Frauen ist noch weit

Rechte auf Eigentum an Grund und Boden, insbesondere landwirtschaftlichen Flächen, machen Frauen weniger abhängig von männlichen Partnern und Verwandten. Nach Daten aus 36 Ländern für 2009-2020 hatte jedoch in 30 Ländern weniger als die Hälfte der Frauen Eigentums- oder sichere Nutzungs- und Besitzrechte an landwirtschaftlichen Flächen. In 18 dieser Länder lag der Eigentumsanteil bei Männern doppelt so hoch wie bei Frauen. Für die Förderung der Rechte von Frauen auf Grund und Boden ist ein geschlechtergerechter Politik- und Rechtsrahmen unverzichtbar. Ausreichende Bestimmungen, die Frauen in dieser Hinsicht guten Schutz bieten, sind allerdings nur in 15 der 52 berichtenden Länder Teil des Rechtsrahmens. Positive Ergebnisse werden vor allem im Erbrecht und beim Schutz vor Veräußerung bei Grundstücksgeschäften verzeichnet.

Raschere Fortschritte sind vonnöten, um die öffentliche Finanzierung an den Gleichstellungszielen auszurichten

Ein besserer Wiederaufbau nach COVID-19 bedeutet auch, die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Frauen voranzutreiben. Dafür gilt es unbedingt, bei der Zuweisung und Verwendung öffentlicher Mittel der Geschlechtergleichstellung Rechnung zu tragen. Nach den von 105 Ländern und Gebieten für den Zeitraum 2018-2021 gemeldeten Daten verfügen nur 26 % der Länder über umfassende Systeme, mit denen die Zuweisung öffentlicher Mittel zugunsten der Geschlechtergleichstellung verfolgt wird. In 59 % der Länder sind einige Merkmale solcher Systeme vorhanden, in 15 % nicht einmal die Mindestelemente. Rascheres Handeln ist nötig, um eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik umfassend einzuführen und auszuweiten und ihre Überwachung und Evaluierung zu stärken.



Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

Je länger die COVID-19-Pandemie dauert, desto deutlicher wird, dass eine sicher verwaltete Trinkwasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung für die menschliche Gesundheit wesentlich ist. Wenn das Fortschritts-tempo jedoch nicht deutlich steigt, werden auch 2030 noch Milliarden Menschen ohne diese Versorgung sein. Wasser ist für viele andere Aspekte der nachhaltigen Entwicklung grundlegend, aber be-droht. Der Wasserbedarf steigt durch rasches Bevölkerungswachstum, Verstädterung und zunehmenden Druck durch Landwirtschaft, Industrie und den Energiesektor. Jahrzehntelange Fehlnutzung und Misswirtschaft sowie übermäßige Entnahme und Verunreinigung von Süß- und Grundwasser haben den Wasserstress erhöht und die Wasserökosysteme geschädigt. Dies beeinträchtigt die menschliche Gesundheit, die Wirtschaftstätigkeit und die Nahrungsmittel- und Energieversorgung. Eine Trendwende ist unabdingbar. Um den gesam-ten Wasserbedarf durch eine nachhaltige und ausgewogene Verteilung zu decken, gilt es die durchschnittliche globale Umsetzungsquote



Nach drei ausgefallenen Regenzeiten in Folge seit Ende 2020 erlebt Äthiopien eine der schwersten durch La Niña verursachten Dürren der letzten Jahrzehnte. Millionen Menschen brauchen dringend humanitäre Hilfe.

für eine verbesserte Wasserbewirtschaftung zu verdoppeln. Mehr Anstrengungen sind nötig, um die Investitionen in die Wasser- und Sanitärversorgung zu steigern und die Kooperation zwischen Ländern mit gemeinsamen grenzüberschreitenden Gewässern zu fördern.

Zur Einhaltung der Zielvorgaben in den Bereichen Trinkwasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung bis 2030 muss das Fortschrittstempo vervierfacht werden

Der Anteil der Weltbevölkerung, der eine sicher verwaltete Trinkwasserversorgung nutzt, stieg zwischen 2015 und 2020 von 70 auf 74 Prozent. Dennoch fehlte 2020 diese Versorgung für 2 Milliarden Menschen, und 1,2 Milliarden hatten nicht einmal eine einfache Versorgung. Von den Menschen ohne einfache Trinkwasserversorgung leben 80 Prozent in ländlichen Gebieten und etwa die Hälfte in den am wenigsten entwickelten Ländern. Beim derzeitigen Fortschritts-tempo wird die weltweite Versorgung 2030 bei 81 % liegen, womit die Zielvorgabe verfehlt wird und 1,6 Milliarden Menschen weiter ohne sicher verwaltete Trinkwasserversorgung sein werden.

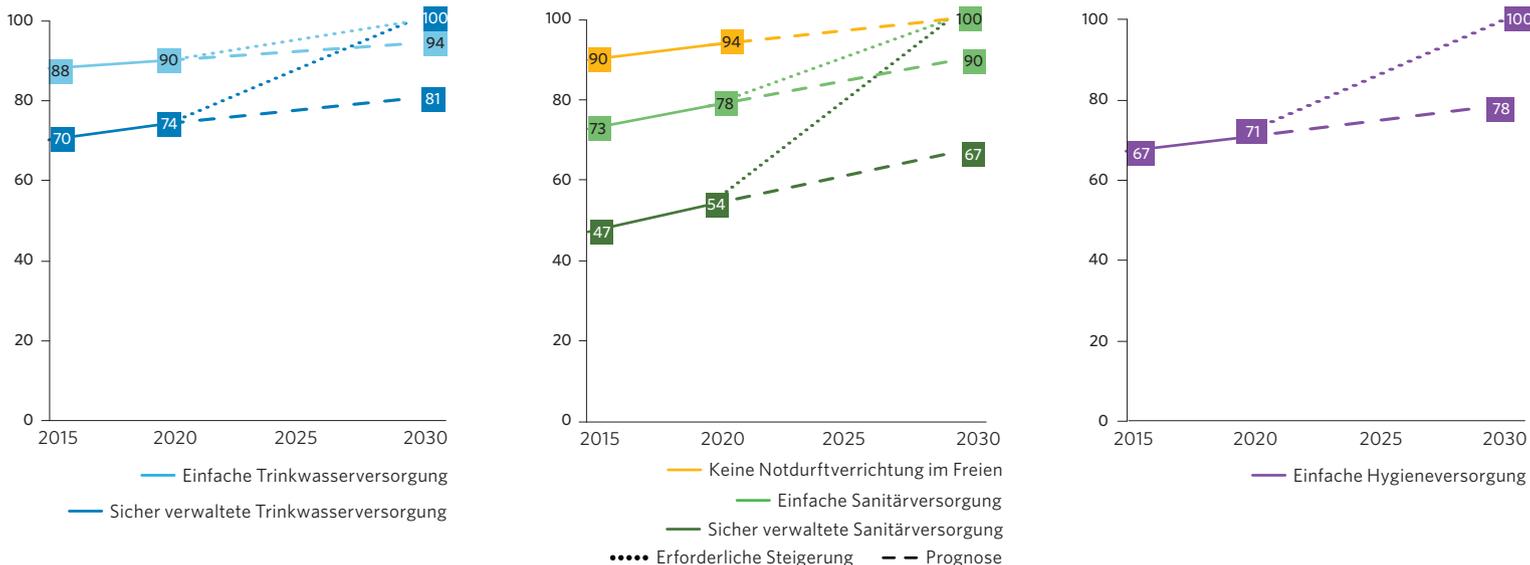
Zwischen 2015 und 2020 stieg der Anteil der Weltbevölkerung, der eine sicher verwaltete Sanitärversorgung nutzt, von 47 auf 54 %. Sollten die bisherigen Fortschritte anhalten, werden bis 2030 67 % der Weltbevölkerung versorgt, jedoch 2,8 Milliarden Menschen weiter ohne Zugang sein. Im selben Zeitraum sank die Zahl der Menschen, die ihre Notdurft im Freien verrichten, um ein Drittel, von 739 auf

494 Millionen. Die Welt liegt auf Kurs, die Notdurftverrichtung im Freien bis 2030 zu beseitigen.

Eine häufige und richtige Händehygiene ist für die Eindämmung von COVID-19 und anderen Infektionskrankheiten unerlässlich. Dennoch hat noch immer etwas mehr als ein Viertel der Menschen zu Hause keine Möglichkeit, sich die Hände mit Wasser und Seife zu waschen. Der Anteil derer, denen dies möglich ist, stieg zwischen 2015 und 2020 von 67 auf 71 %.

Der universelle Zugang zu Trinkwasser, Sanitärversorgung und Hygiene ist für die globale Gesundheit unabdingbar. Um ihn bis 2030 zu erreichen, müssten die aktuellen Fortschritte um das Vierfache gesteigert werden. Würden diese Zielvorgaben erreicht, könnten jährlich 829.000 Menschenleben gerettet werden. So viele Menschen nämlich sterben derzeit jedes Jahr an Krankheiten, die direkt auf den Kontakt mit verunreinigtem Wasser, unzureichende sanitäre Verhältnisse und mangelnde Hygiene zurückgehen.

Globale Trinkwasser-, Sanitär- und Hygieneversorgung – 2015-2020 (in Prozent) und für die allgemeine Versorgung bis 2030 erforderliche Steigerungsrate



Die Feuchtgebiete der Welt schwinden erschreckend schnell; es ist an der Zeit, sie in massivem Umfang zu schützen und zu sanieren

Feuchtgebiete gelten als das biologisch vielfältigste aller Ökosysteme und sind die Kinderstube für 40 % aller Pflanzen- und Tierarten der Welt. Eine nicht nachhaltige Nutzung und unsachgerechte Bewirtschaftung von Feuchtgebieten führt nicht nur zum Verlust von Ökosystemleistungen, sondern kann auch direkte Risiken, darunter Krankheiten, mit sich bringen. Zudem setzt die Zerstörung von Feuchtgebieten gespeicherten Kohlenstoff frei und fördert somit den Klimawandel. In den letzten 300 Jahren gingen über 85 % der Feuchtgebiete der Erde verloren, hauptsächlich durch Entwässerung und Flächenumwandlung, und viele der verbleibenden Feuchtgebiete sind geschädigt. Seit 1970 sind 81 % der von Binnenfeuchtgebieten abhängigen Arten schneller zurückgegangen als auf andere Biome angewiesene Arten, und immer mehr Arten sind vom Aussterben bedroht.

Auch andere Wasserökosysteme in aller Welt, darunter Seen, Flüsse und Stauseen, verändern sich rasch. In einem Fünftel aller Flussbecken wies das Oberflächenwasser in den vergangenen fünf Jahren eine größere als die natürliche Schwankungsbreite auf. Grund dafür sind vor allem Bevölkerungswachstum, Veränderungen der Bodenbedeckung und -nutzung sowie der Klimawandel. Dringende Anstrengungen sind erforderlich, um diese Flussbecken zu schützen und eine weitere Schädigung dieser wertvollen biologischen Lebensräume zu verhindern.

Die Beanspruchung der Wasserressourcen in Nordafrika und Westasien hat bereits ein gefährliches Ausmaß erreicht

Wasserstress tritt ein, wenn das Verhältnis des entnommenen Süßwassers zu den gesamten erneuerbaren Süßwasserressourcen über 25 % liegt. Hoher Wasserstress kann verheerende Umweltfolgen haben. Zudem kann er die wirtschaftliche und soziale Entwicklung bremsen oder gar aufheben und dadurch die Konkurrenz und potenzielle Konflikte zwischen den Nutzergruppen verstärken. Weltweit gesehen lag die Entnahmerate 2019 bei 18,6 %. Damit lag sie zwar im Durchschnitt weiter auf sicherem Stand (unter 25 %), doch sind die regionalen Unterschiede erheblich. In Nordafrika und Westasien erreichte der Wasserstress 2019 mit 84,1 % – 13 % mehr als 2015 – ein kritisches Maß. Mehr als 733 Millionen Menschen oder 10 % der Weltbevölkerung leben in Ländern, in denen hoher bis kritischer Wasserstress (über 75 %) herrscht.

Durch die Förderung und Steigerung der Wassernutzungseffizienz lässt sich Wasserstress verringern. Zwischen 2015 und 2019 stieg die Wassernutzungseffizienz um 12 % – von 17,4 auf 19,4 USD pro m³. In der Landwirtschaft, dem Sektor mit dem größten Wasserverbrauch, lag sie 2019 jedoch nur bei 0,63 USD pro m³. Die Steigerung der Wasserproduktivität in der Landwirtschaft ist für die Verbesserung

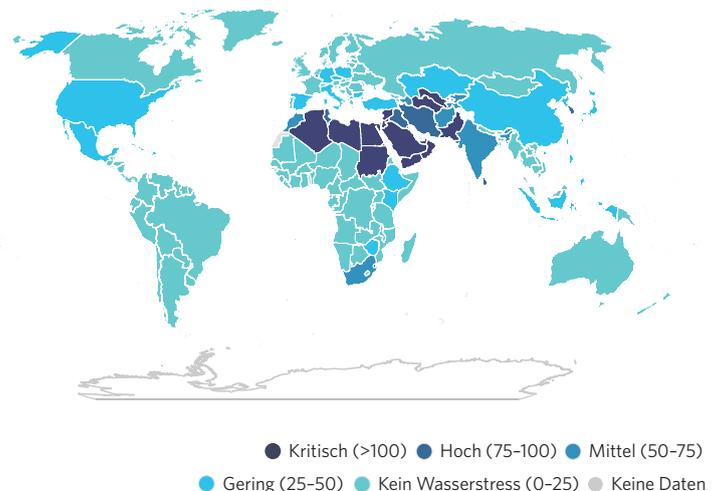
Eine rasche Sanierung verschmutzter Gewässer erfordert eine aktive Überwachung, die in den ärmsten Ländern fehlt

Die Verbesserung der Wasserqualität ist für den Schutz der Gesundheit von Menschen und Ökosystemen unerlässlich. 2020 ergaben Bewertungen von Flüssen, Seen und Grundwasserleitern in 97 Ländern für 60 % des Wassers eine gute Qualität. Von den 76.000 bewerteten Gewässern lag allerdings nur 1 % in den ärmsten Ländern. Aufgrund fehlender Überwachung ist für mindestens 3 Milliarden Menschen unbekannt, welche Qualität das von ihnen genutzte Wasser hat. Daten zum Grundwasser, das häufig den größten Anteil des Süßwassers in einem Land ausmacht, sind ebenfalls knapp. Von allen Ländern, die Bericht erstatteten, machten nur etwa 60 % Angaben zum Grundwasser.

Zwei der schwersten Bedrohungen für die Wasserqualität weltweit sind landwirtschaftliche und unbehandelte Abwässer, die durch den übermäßigen Nährstoffeintrag in Flüsse, Seen und Grundwasserleiter die Ökosystemfunktion beeinträchtigen. Um die Qualität des Süßwassers, insbesondere in Regionen mit hohem Bevölkerungswachstum wie Afrika, zu schützen, müssen die landwirtschaftliche Bewirtschaftungspraxis und die Abwasseraufbereitung rascher verbessert werden. Mit einem gut ausgebauten Überwachungssystem könnten Probleme bei der Wasserqualität frühzeitig erkannt und vor Eintreten einer gravierenden Verschlechterung Maßnahmen zur Schadensbegrenzung eingeleitet werden.

der Wassernutzungseffizienz entscheidend, insbesondere in ariden Agrarstaaten.

Grad an Wasserstress: Süßwasserentnahme im Verhältnis zu den gesamten erneuerbaren Süßwasserressourcen – 2019 (in Prozent)



Die meisten Länder haben noch immer keine Kooperationsvereinbarungen über gemeinsame Wasserressourcen – eine potenzielle Konfliktsache

153 Länder in aller Welt teilen sich grenzüberschreitende Flüsse, Seen und Grundwasserleiter. Eine gerechte, nachhaltige und friedliche Bewirtschaftung dieser Gewässer, insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels, erfordert operative Vereinbarungen zur Zusammenarbeit im Wasserbereich zwischen den Ländern. Von den 129 Ländern, in denen Daten erhoben wurden, gaben 32 an, dass mindestens 90 % ihrer grenzüberschreitenden Gewässer 2020 durch operative Vereinbarungen erfasst waren; 2017 waren es nur 22 Länder. In Europa und Nordamerika weisen 24 von 42 Ländern

eine Erfassung in der genannten Dichte auf, verglichen mit 5 von 42 Ländern in Afrika südlich der Sahara und insgesamt drei Ländern in der übrigen Welt. Für raschere Fortschritte müssen die Länder Datenlücken schließen (insbesondere in Bezug auf grenzüberschreitende Grundwasserleiter), den Kapazitätsaufbau und die Finanzierung ausweiten, sich die globalen Übereinkünfte im Wasserbereich und den Entwurf von Artikeln über das Recht der grenzüberschreitenden Grundwasserleiter zunutze machen und politischen Willen mobilisieren.

7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE



Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern

Die Welt kommt den Zielvorgaben in Bezug auf nachhaltige Energie weiter näher. Das gegenwärtige Fortschrittstempo reicht jedoch nicht aus, um Ziel 7 bis 2030 zu verwirklichen. So muss die Energieeffizienz rascher steigen, damit das Klimaschutzziel einer Senkung der Treibhausgasemissionen erreicht wird. Hunderte Millionen Menschen haben noch immer keinen Zugang zu Strom, und die Gesundheit von 2,3 Mrd. Menschen ist gefährdet, weil der Übergang zu sauberen Kochmethoden nur schleppend vorankommt. Beim Zugang zu moderner, nachhaltiger Energie bestehen nach wie vor gewaltige Unterschiede, und die Schwächsten fallen noch weiter zurück. In einigen Ländern hat die COVID-19-Pandemie bereits erzielte Fortschritte gemindert oder aufgehoben. Steigende Rohstoff-, Energie- und Versandpreise haben die Kosten für die Herstellung und den Transport von Solarmodulen (Photovoltaik), Windturbinen und Biobrennstoffen weltweit in die Höhe getrieben und damit einen ohnehin weit hinter dem Anspruch des Ziels 7 zurückbleibenden Entwicklungskurs



Martha Alicia Benavente aus Tukurú (Guatemala) absolvierte eine sechsmonatige Ausbildung zur Solartechnikerin, einem traditionell von Männern dominierten Berufsfeld. Sie kann es kaum erwarten, Solarlampen für ihre Gemeinde zu bauen.

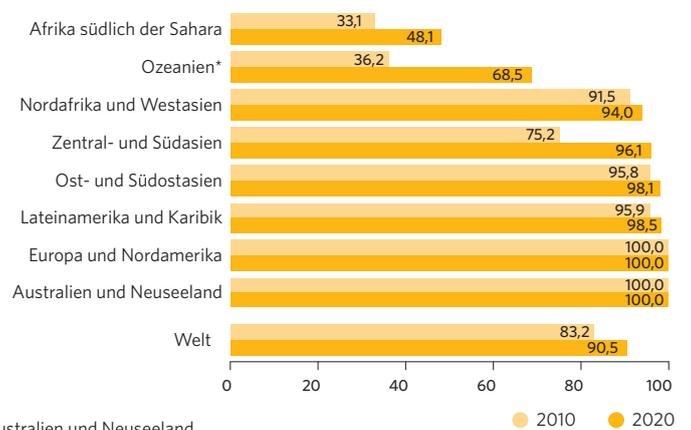
noch unsicherer gemacht. Um die Energie- und Klimaschutzziele zu erreichen, bedarf es fortgesetzter politischer Unterstützung und einer massiven Mobilisierung öffentlichen und privaten Kapitals für saubere und erneuerbare Energien, insbesondere in den Entwicklungsländern.

Die Elektrifizierung kommt langsamer voran, wobei die Herausforderung in der Versorgung der am schwersten zu erreichenden Menschen besteht

Die globale Stromzugangsrate stieg zwischen 2010 und 2020 von 83 auf 91 %. Zugleich sank die Zahl der Menschen ohne Strom von 1,2 Mrd. auf 733 Mio. COVID-19 und die kompliziertere Versorgung der am schwersten zu erreichenden Menschen haben die Fortschritte in den letzten Jahren jedoch verlangsamt. Im Zeitraum 2018-2020 stieg die Stromzugangsrate im Schnitt um 0,5 Prozentpunkte jährlich, während es im Zeitraum 2010-2018 noch 0,8 Prozentpunkte waren. 2020 lebten mehr als drei Viertel (77 %) aller Menschen ohne Stromzugang in Afrika südlich der Sahara, vor allem auf dem Land. Wegen des pandemiebedingten wirtschaftlichen Drucks war 2020 für bis zu 90 Mio. in Afrika und den Entwicklungsländern Asiens lebende Menschen mit Stromanschluss ein umfassendes Leistungspaket unerschwinglich. Sollten die derzeitigen Trends anhalten, werden 2030 nur 92 % der Weltbevölkerung Stromzugang haben und 670 Mio. Menschen weiter unversorgt sein. Es bedarf erheblicher Anstrengungen,

um die Menschen zu erreichen, die in den am wenigsten entwickelten Ländern sowie in fragilen und konfliktbetroffenen Ländern leben.

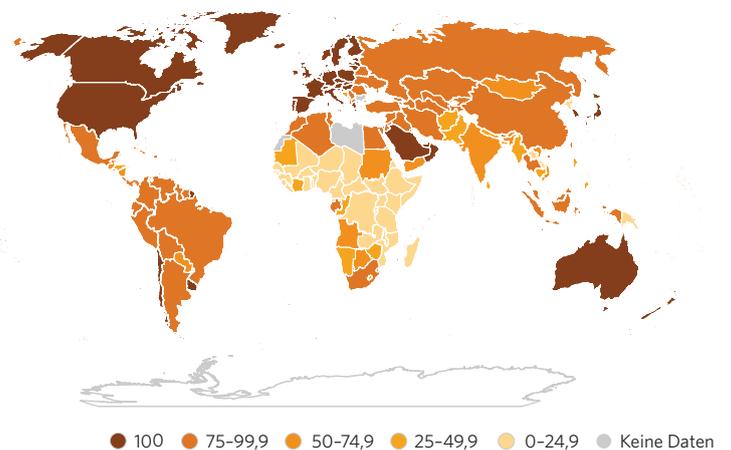
Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu Strom – 2010 und 2020 (in Prozent)



In den am wenigsten entwickelten Ländern sind verstärkte Anstrengungen für einen rascheren Zugang zu sauberen Brennstoffen und Technologien zum Kochen vonnöten

Von 2010 bis 2020 stieg der Anteil der Menschen mit Zugang zu sauberen Brennstoffen und Kochtechnologien um 12 Prozentpunkte auf 69 %. Damit nutzten 2020 noch immer etwa 2,4 Mrd. Menschen ineffiziente und umweltbelastende Kochsysteme. Fortschritte konzentrierten sich auf fünf Länder (Brasilien, China, Indien, Indonesien und Pakistan), ohne die die weltweite Zugangsrate in diesem Zeitraum gleich geblieben wäre. Zwar lebt mehr als die Hälfte der Menschen ohne Zugang in Asien, doch von den 20 Ländern mit dem niedrigsten Bevölkerungsanteil mit Zugang sind 19 am wenigsten entwickelte Länder in Afrika. Nach aktuellen Trends werden bis 2030 nur 76 % der Weltbevölkerung Zugang zu den sauberen Brennstoffen und Kochtechnologien haben, die die von häuslicher Luftverschmutzung ausgehenden Gesundheitsrisiken verringern, eine umweltfreundliche und gesunde Erholung stützen und das Wirtschaftswachstum in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen fördern.

Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu sauberen Kochsystemen – 2020 (in Prozent)

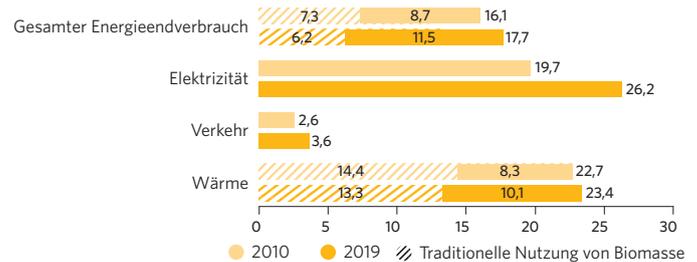


Um die globalen Energie- und Klimaziele zu erreichen, müssen erneuerbare Energien deutlich Vorschub erhalten, was eine massive Mobilisierung von Finanzmitteln erfordert

Der Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Energieendverbrauch erreichte 2019 17,7 % und lag damit um 1,6 Prozentpunkte über dem Wert von 2010. Der Gesamtverbrauch an erneuerbaren Energien stieg in diesem Zeitraum jedoch um ein Viertel. Die raschesten Fortschritte verzeichnete nach wie vor der Elektrizitätssektor, wo sich der Anteil der erneuerbaren Energien zwischen 2010 und 2019 von 19,7 auf 26,2 % erhöhte. Allerdings machte er 2019 nur ein Fünftel des globalen Energieendverbrauchs aus. Die Hälfte dieses globalen Verbrauchs entfiel auf den Wärmesektor, doch waren Fortschritte gering: Der Anteil moderner erneuerbarer Energien betrug 2019 insgesamt 10,1 % und damit nicht einmal 2 Prozentpunkte mehr als 2010. Im Verkehrssektor stieg der Anteil der erneuerbaren Energien zwischen 2010 und 2019 von 2,6 auf 3,6 %. Die traditionelle Nutzung von Biomasse – etwa das Heizen mit Brennholz – blieb stabil und machte 2019 noch immer mehr als ein Drittel der Gesamtnutzung

erneuerbarer Energien aus. Wirksame Klimamaßnahmen erfordern eine stärkere politische Unterstützung in allen Sektoren sowie wirksame Instrumente zur weiteren Mobilisierung von Privatkapital, insbesondere für Entwicklungsländer.

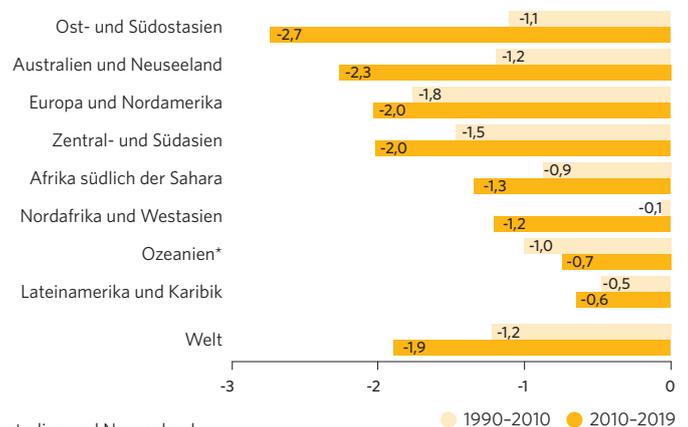
Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten Energieendverbrauch und nach Endnutzung – 2010 und 2019 (in Prozent)



Die Zielvorgabe in Bezug auf weltweite Energieeffizienz ist nach wie vor erreichbar, jedoch nur mit hohen und systematischen Investitionen

Eine höhere Energieeffizienz ist für die Erreichung der globalen Klimaziele grundlegend. Nach der Zielvorgabe für 2030 soll die Energieintensität um 2,6 % jährlich steigen und sich damit gegenüber dem Zeitraum 1990-2010 verdoppeln. Die globale Primärenergieintensität, definiert als das Verhältnis des gesamten Energieverbrauchs je BIP-Einheit, verbesserte sich zwischen 2010 und 2019 von 5,6 auf 4,7 Megajoule pro USD (Kaufkraftparität von 2017), wobei die durchschnittliche jährliche Verbesserungsrate 1,9 % betrug. Um die Zielvorgabe zu erreichen und die verlorene Zeit aufzuholen, muss die Energieintensität bis 2030 jedes Jahr um durchschnittlich 3,2 % verbessert werden. Die Zielvorgabe ist erreichbar, jedoch nur mit hohen und systematischen Investitionen in kostenwirksame Verbesserungen der Energieeffizienz. Aufgrund von Unterschieden in Bezug auf Wirtschaftsstruktur, Energieversorgung und Elektrifizierung sind die Fortschritte regional verschieden. Die einzige Region, die die Zielvorgabe bisher erreicht hat, ist Ost- und Südostasien. Dort sorgte ein starkes Wirtschaftswachstum im Zeitraum 2010-2019 für eine durchschnittliche jährliche Verbesserungsrate von 2,7 %.

Durchschnittliche jährliche Verbesserungsrate der Primärenergieintensität – 1990-2010 und 2010-2019 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

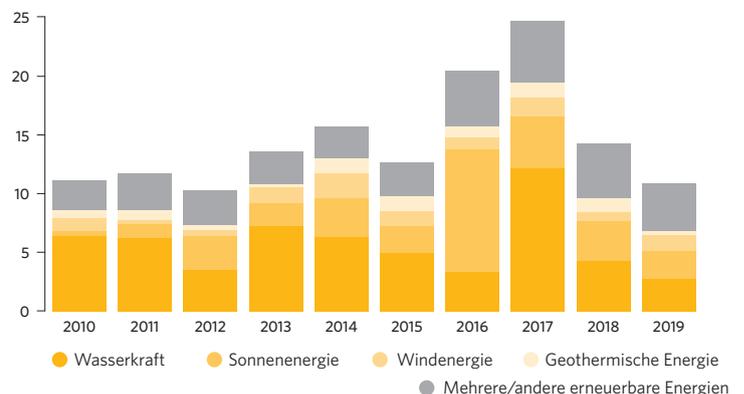
Die internationale öffentliche Finanzierung für erneuerbare Energien war bereits vor der Pandemie ins Stocken geraten, obwohl das Problem des Klimawandels immer dringlicher wird

Die internationalen öffentlichen Finanzströme zur Unterstützung sauberer Energien in den Entwicklungsländern waren im zweiten Jahr in Folge rückläufig. 2019 lagen sie mit 10,9 Mrd. USD um fast 24 % unter dem Wert des Vorjahrs. Auch der gleitende Fünfjahresdurchschnitt sank erstmals seit 2008, und zwar von 17,5 Mrd. USD im Zeitraum 2014-2018 auf 16,6 Mrd. USD im Zeitraum 2015-2019. Die COVID-19-Pandemie könnte 2020 einen weiteren Rückgang bewirken.

Darlehen machten 2019 mehr als 52 Prozent der zugesagten Mittel aus. Der Zuschussanteil von knapp 17 Prozent deutet auf eine wachsende Nutzung schuldenfreier Instrumente zur Unterstützung der Entwicklungsländer hin. Ein weiteres Instrument, das zunehmend an Verbreitung gewinnt, sind Anteile an gemeinsamen Anlageinstrumenten, etwa Investmentfonds, die 2019 auf 191 Mio. USD anwuchsen und damit im Vergleich zu 2018 um 91 % zunahmen. Auf die am wenigsten

entwickelten Länder entfielen 2019 zwar 25,2 % der Zusagen (2018: 21 %), doch sank ihr Umfang von 3,0 auf 2,7 Mrd. USD.

Internationale Finanzströme zur Unterstützung sauberer und erneuerbarer Energien in den Entwicklungsländern, nach Technologie – 2000-2019 (in Milliarden US-Dollar zu Preisen und Wechselkursen von 2019)





Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

Die COVID-19-Pandemie löste die schlimmste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten aus und hob die Fortschritte bei der Verwirklichung menschenwürdiger Arbeit für alle auf. Obwohl die Weltwirtschaft 2021 allmählich wieder Fahrt aufnahm und die Arbeitslosigkeit dadurch leicht zurückging, tritt die Erholung nur sehr zögerlich ein und bleibt fragil. Zudem verläuft sie je nach Region, Land, Sektor und Arbeitsmarktgruppe nach sehr unterschiedlichen Mustern. Die entwickelten Länder verzeichnen eine kräftigere Erholung, während die am wenigsten entwickelten Länder nach wie vor mit einem schwachen Wirtschaftswachstum und den durch Betriebseinstellungen bedingten Arbeitsmarktfolgen zu kämpfen haben. Viele kleine Unternehmen, insbesondere in Ländern mit niedrigem und niedrigerem mittlerem Einkommen, sind besonders benachteiligt und nur begrenzt in der Lage, ihr Überleben zu sichern. Für die am stärksten von der Krise betroffenen Arbeitsmarktgruppen – Frauen, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen – kommt die Erholung zuletzt. Ende 2021 litt



Lala verkaufte auch in der COVID-19-Pandemie Obst auf dem Markt in Antananarivo (Madagaskar), allerdings mit Schutzmaske.

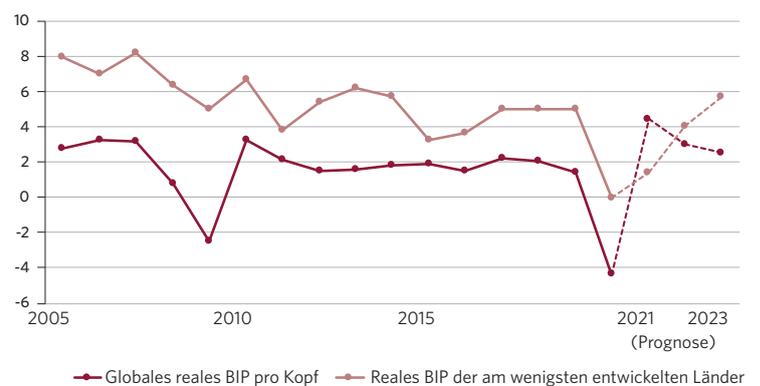
die Erholung der Weltwirtschaft unter neuen COVID-19-Infektionswellen, steigendem Inflationsdruck, erheblichen Unterbrechungen der Lieferketten, politischen Unwägbarkeiten und anhaltenden Arbeitsmarktproblemen. Der Konflikt in der Ukraine dürfte das globale Wirtschaftswachstum 2022 deutlich bremsen.

Verschiedene Schocks, darunter der Krieg in der Ukraine, behindern weiter eine robuste wirtschaftliche Erholung

Die Weltwirtschaftslage verbessert sich langsam, doch die Erholung bleibt fragil und ungleichmäßig. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf stieg 2019 um 1,4 %, sank 2020 stark, nämlich um 4,4 %, und zog 2021 mit einer Wachstumsrate von etwa 4,4 % wieder an. Prognosen vor dem Krieg in der Ukraine zufolge sollte das globale reale Pro-Kopf-BIP 2022 um 3,0 %, 2023 um 2,5 % steigen. Die Krise dürfte das Wachstum 2022 jedoch auf 2,1 % drücken.

Die am wenigsten entwickelten Länder verzeichneten 2019 einen Anstieg des realen BIP um 5,0 %, 2020 aufgrund pandemiebedingter Störungen dagegen ein Nullwachstum und 2021 einen Anstieg um etwa 1,4 %. Für 2022 wird ein Zuwachs von 4,0 % und für 2023 von 5,7 % erwartet, was weiter deutlich unter dem in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung vorgesehenen Zielwert von 7 % liegt.

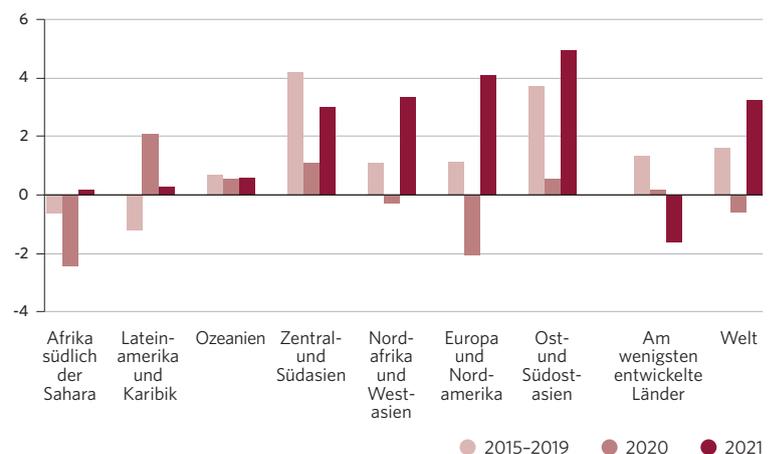
Jährlicher Zuwachs des globalen realen Pro-Kopf-BIP und jährlicher Zuwachs des realen BIP in den am wenigsten entwickelten Ländern – 2005-2023 (in Prozent)



Die Pandemie hat zu starken Schwankungen der Arbeitsproduktivität geführt, die kleine Unternehmen und die ärmsten Länder am stärksten treffen

Die COVID-19-Pandemie hat zu beispiellosen Schwankungen der globalen Arbeitsproduktivität geführt. 2020 gingen sowohl Produktion als auch Beschäftigung deutlich zurück, und die globale Produktion je Beschäftigten sank erstmals seit 2009 (um 0,6 %). Da die Arbeitsstunden jedoch um 8,9 % zurückgingen, stieg die auf Stundenbasis gemessene Produktivität um 4,9 %. Unternehmen und Sektoren mit geringerer Produktivität sowie Erwerbstätige mit niedrigerem Einkommen waren von der Pandemie besonders stark betroffen, während die Belastung für produktivitätsstarke Unternehmen und Gutverdienende viel geringer war. Viele kleine Unternehmen sind benachteiligt und nur begrenzt in der Lage, ihr Überleben über einen längeren Zeitraum zu sichern. 2021 stieg die globale Produktion je Beschäftigten mit 3,2 % wieder spürbar an; dagegen sank die Produktivität in den am wenigsten entwickelten Ländern um 1,6 %. Im Durchschnitt produzierten Beschäftigte in Ländern mit hohem Einkommen 2021 pro Kopf 13,6 Mal mehr als Beschäftigte in Ländern mit niedrigem Einkommen.

Wachstum der Produktion je Beschäftigten – 2015-2021 (in Prozent)

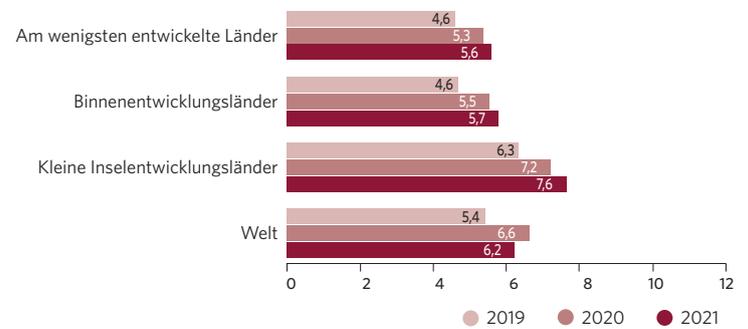


Die Erholung auf dem Arbeitsmarkt ist weiter labil

Die globale Arbeitslosenquote dürfte mindestens bis 2023 über den 5,4 % von 2019 verharren. Trotz ihres leichten Rückgangs auf 6,2 % waren 2021 noch immer 28 Mio. mehr Menschen als 2019 arbeitslos. Zudem lässt die Arbeitslosenquote die Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die Vollbeschäftigung geringer erscheinen als sie sind, da viele, die den Arbeitsmarkt verlassen hatten, nicht zurückgekehrt sind. Auch die Verringerung der Arbeitsstunden für die weiterhin erwerbstätigen Personen schlägt sich darin nicht nieder. 2021 gingen gegenüber dem vierten Quartal 2019 weltweit 4,3 % der Arbeitsstunden verloren – das entspricht bei einer 48-Stunden-Woche einem Defizit von 125 Mio. Vollzeitstellen. Die Erholung auf dem Arbeitsmarkt war bisher unzureichend und unausgewogen. Die Arbeitslosenquote sank 2021 in den Ländern mit hohem Einkommen am stärksten, während sie in den am wenigsten entwickelten Ländern, den Binnenentwicklungsländern und den kleinen Inselentwicklungsländern stieg.

Für die seit Pandemiebeginn am stärksten betroffenen Gruppen, nämlich Frauen, Jugendliche und Menschen mit Behinderungen, gestaltet sich die Erholung am schwierigsten.

Arbeitslosenquote – 2019-2021 (in Prozent)



Informelle Erwerbstätigkeit war für zu Beginn der Pandemie freigesetzte Beschäftigte oft keine Option

2019 arbeiteten weltweit 2 Mrd. Menschen im informellen Sektor (60 % der globalen Erwerbstätigen). Wenngleich diese Arbeitsplätze von geringer Qualität sind und keinen Sozialschutz bieten, stellen sie doch eine Einkommensquelle für Beschäftigte dar, die aus dem formellen Sektor verdrängt wurden. In den ersten Pandemienonaten traf dies aufgrund der Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 und der eingeschränkten Bewegungsfreiheit nicht zu. Anstatt sich wie in früheren Krisen arbeitslos zu melden oder auf informelle Arbeitsplätze auszuweichen, schieden entlassene Beschäftigte und Selbständige aus der Erwerbsbevölkerung aus. Wie neue Daten aus 29 Ländern zeigen, waren informell Erwerbstätige 2020 in den meisten dieser Länder übermäßig stark von Arbeitsplatzverlusten betroffen. In Lateinamerika und der Karibik verloren informell Beschäftigte doppelt so häufig wie formell Beschäftigte ihren Arbeitsplatz. Mit der schrittweisen Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit erholte sich die informelle Erwerbstätigkeit, insbesondere die Selbständigkeit, in einigen Regionen kräftig, und viele informell Beschäftigte kehrten aus der Nichterwerbstätigkeit zurück. In vielen lateinamerikanischen Ländern etwa waren über 70 % der seit Mitte 2020 netto neu geschaffenen Arbeitsplätze informeller Art.

Wachsende Armut und pandemiebedingte Störungen treiben Millionen von Kindern in Kinderarbeit

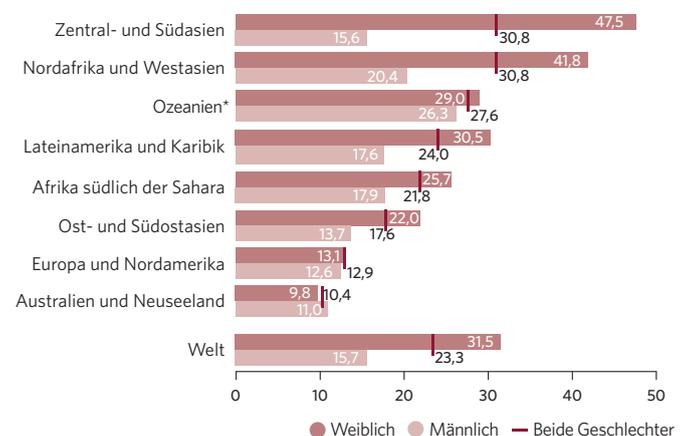
Anfang 2020 leisteten weltweit 160 Mio. Kinder (63 Mio. Mädchen und 97 Mio. Jungen) Kinderarbeit, 8,4 Mio. mehr als 2016. Damit ist weltweit fast jedes zehnte Kind betroffen. Nahezu die Hälfte dieser Kinder verrichtet gefährliche Tätigkeiten, die ein unmittelbares Risiko für ihre Gesundheit, Sicherheit oder Sittlichkeit darstellen. Zusätzliche wirtschaftliche Schocks und Schulschließungen wegen COVID-19 haben zur Folge, dass Kinder, die ohnehin schon Kinderarbeit verrichten, teils länger oder unter sich verschlechternden Bedingungen arbeiten; viele weitere könnten aufgrund von Arbeitsplatz- und Einkommensverlusten in verwundbaren Familien in die schlimmsten Formen der Kinderarbeit gezwungen werden. Von den neuesten Erkenntnissen geht die Warnung aus, dass infolge der pandemiebedingt steigenden Armut bis Ende 2022 weltweit 9 Mio. Kinder mehr als 2020 in Kinderarbeit gedrängt werden könnten.

Die allgemeine und berufliche Bildung und die Erwerbstätigkeit von Jugendlichen wurden massiv beeinträchtigt, am stärksten für weibliche

Weltweit stieg durch die Pandemie der Anteil der Jugendlichen beider Geschlechter im Alter von 15 bis 24 Jahren, die weder eine allgemeine oder berufliche Bildung durchlaufen noch erwerbstätig sind, von 21,8 % im Zeitraum 2015-2019 auf 23,3 % im Jahr 2020, was einem Zuwachs um fast 20 Mio. entspricht. Obwohl Jugendliche vor der Krise nur 13 % aller Erwerbstätigen stellten, lag ihr Anteil an dem Beschäftigungsrückgang von 2020 bei 34,2 %. Zugleich waren sowohl Fach- und Berufsausbildung als auch die Ausbildung am Arbeitsplatz stark beeinträchtigt, und viele junge Menschen mussten ihre Ausbildung abbrechen. Weltweit ist es für junge Frauen weit wahrscheinlicher als für junge Männer, dass sie arbeitslos werden und dass sie zur Überbrückung weder ein allgemeines noch ein berufliches Bildungsprogramm absolvieren können. 2020 betrug der Anteil der jungen Frauen, die weder eine allgemeine oder berufliche Bildung durchliefen noch erwerbstätig waren, 31,5 %, für junge Männer dagegen 15,7 %. In den meisten Regionen werden häufiger nationale Jugendbeschäftigungsstrategien erarbeitet und umgesetzt. Von den 81 Ländern, die 2021 Bericht erstatteten, hat mehr als die Hälfte derartige Strategien auf

den Weg gebracht, während etwas weniger als ein Drittel eine solche Strategie erarbeitet, ihre Umsetzung jedoch nicht schlüssig belegt hat.

Anteil der Jugendlichen, die weder eine allgemeine oder berufliche Bildung durchlaufen noch erwerbstätig sind, nach Geschlecht – 2020 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland



Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

Die COVID-19-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig Industrialisierung, technologische Innovationen und eine widerstandsfähige Infrastruktur für einen besseren Wiederaufbau und die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele sind. In Volkswirtschaften mit einem diversifizierten Industriesektor und einer leistungsfähigen Infrastruktur (z. B. Verkehr, Internet-Anbindung und Versorgungsleistungen) waren die Schäden geringer und der Wiederaufschwung zügiger. 2021 vollzog sich im verarbeitenden Gewerbe global eine – wenn auch weiter unvollständige und ungleichmäßige – Erholung von der Pandemie. In den am wenigsten entwickelten Ländern verläuft die Erholung weiter schleppend und ungewiss, und nahezu jeder dritte Arbeitsplatz in diesem Sektor wurde durch die Krise beeinträchtigt. Frauen, Jugendliche sowie Gering- und Mittelqualifizierte mussten die größten Einbußen hinnehmen. Insgesamt schnitten die Branchen mit einem höheren



Dieser Arbeiter in einer Fabrik in Bulawayo (Simbabwe) fertigt Betten für das Krankenhaus Ekusileni, das als Isolierzentrum für COVID-19-Infizierte dient.

Technisierungsgrad besser ab und erholten sich schneller, was eindrucksvoll veranschaulicht, wie wichtig technologische Innovationen für die Erreichung von Ziel 9 sind.

Das verarbeitende Gewerbe in den höher entwickelten Ländern erholt sich wieder, während die am wenigsten entwickelten Länder zurückbleiben

Nachdem der globale Ausstoß der Verarbeitungsindustrie 2020 um 1,3 % gesunken war, stieg er 2021 um 7,2 % und lag damit höher als vor der Pandemie. Allerdings vollzieht sich die Erholung im Ländervergleich weiter ungleichmäßig. In Hocheinkommensländern zahlten sich die massive politische Unterstützung für Unternehmen und Haushalte und die rasche Einführung wirksamer Impfstoffe aus. Demgegenüber verläuft die Erholung in den am wenigsten entwickelten Ländern aufgrund der gedämpften und stark schwankenden globalen Nachfrage, der Störungen des Welthandels und der restriktiveren innerstaatlichen Wirtschaftspolitik nur schleppend.

Zwischen 2015 und 2021 stieg der Anteil der Wertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe am BIP weltweit von 16,2 auf 16,9 %. Ost- und Südostasien konnte seinen Anteil dank der starken weltweiten Nachfrage nach Industrie- und Exporterzeugnissen aus der Region im gleichen Zeitraum von 25,5 auf 26,1 % steigern. Der Anteil der am wenigsten entwickelten Länder betrug 2021 jedoch nur 12,5 %. Die gleichen Disparitäten zeigen sich auch bei der industriellen Wertschöpfung pro Kopf. Während Europa und Nordamerika 2021 einen

historischen Höchststand von 5.000 USD erreichten, sank die industrielle Wertschöpfung pro Kopf in den am wenigsten entwickelten Ländern auf 135 USD – ein mit 2018 vergleichbarer Betrag.

Wachstum im verarbeitenden Gewerbe – 2006-2021 (in Prozent)

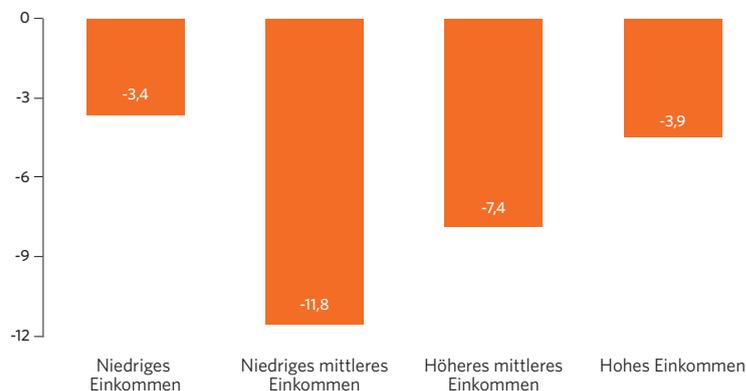


Die pandemiebedingten Arbeitsplatzverluste im verarbeitenden Gewerbe konnten nicht wettgemacht werden

Infolge langer Lockdowns und Reiseverbote war fast jeder dritte Arbeitsplatz in den Lieferketten des verarbeitenden Gewerbes weltweit von Kündigung, Verringerung der Arbeitszeit oder des Arbeitsentgelts oder sonstigen Kürzungen betroffen. Der globale Anteil der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe an der Gesamtbeschäftigung fiel zwischen 2019 und 2020 von 13,7 auf 13,1 %. Besonders stark sind die Länder mit mittlerem Einkommen betroffen, für die die Beteiligung an Produktionsketten eine wichtige Quelle von Beschäftigung und Wachstum darstellt. Der Beschäftigungsrückgang im verarbeitenden Gewerbe betrug 2020 in den Ländern mit mittlerem Einkommen 8,9 %, verglichen mit 3,4 % in den Ländern mit niedrigem und 3,9 % in den Ländern mit hohem Einkommen. Mit am schlimmsten traf es die Lieferketten der Bekleidungsbranche, wo der Frauenanteil unter den Beschäftigten sehr hoch ist. Zwar hat sich die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe 2021 erholt, jedoch nicht genug, als dass der Stand von vor der Pandemie wieder erreicht wäre. Fiskalische Anreize

und Impfdichte waren Faktoren, die 2021 die Arbeitsmarkterholung maßgeblich mitbestimmten.

Wachstum der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe – 2019-2020, nach Ländereinkommensgruppen (in Prozent)



Die Passagierluftfahrt hat noch immer Mühe, die verheerenden Verluste wettzumachen

Die Fluggastzahlen im internationalen Flugverkehr sind 2020 mit insgesamt 1,8 Mrd. gegenüber dem Vorjahr um 60 % gesunken. Die Sitzplatzkapazität fiel um die Hälfte, wodurch das Luftverkehrsaufkommen so niedrig wie seit 2003 nicht mehr lag. Die Luftfahrtindustrie erlitt 2020 finanzielle Einbußen von insgesamt 370 Mrd. USD, und Flughäfen und Flugsicherungsdienste verbuchten Verluste von weiteren 115 bzw. 13 Mrd. USD. Im weltweiten Fluggastverkehr gab es 2021 mit 2,3 Mrd. Fluggästen zwar eine gewisse Erholung, doch gegenüber den 4,5 Mrd. Fluggästen von 2019 lagen die finanziellen Einbußen bei 324 Mrd. USD. 2021 erreichte der Inlandsflugverkehr 68 % des Stands von 2019, während der internationale Verkehr mit 28 % schwach blieb, zumeist wegen sporadischer Ausbrüche von COVID-19-Varianten und Reisebeschränkungen.

Im Gegensatz zum Passagierverkehr lag der Luftfrachtverkehr Anfang 2021 höher als vor der Pandemie und wächst weiter kräftig. Dies wurde von einer Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit und dem Boom im elektronischen Handel während der Pandemie getragen.

Mangel an Krediten und anderer Hilfe hat vielen kleinen Industrieunternehmen den Todesstoß versetzt

Kleine Unternehmen wurden von der Pandemie hart getroffen, und viele sind untergegangen. Aufgrund ihrer geringen Größe, begrenzten finanziellen Mittel und stärkeren Abhängigkeit von Lieferketten sind diese Unternehmen im Vergleich zu größeren anfälliger für Konjunkturschwächen. Noch gravierender waren die Auswirkungen für kleine informelle Unternehmen, zum Teil weil sie keinen Zugang zu formellen Kreditlinien oder staatlicher Unterstützung im Zusammenhang mit COVID-19 hatten.

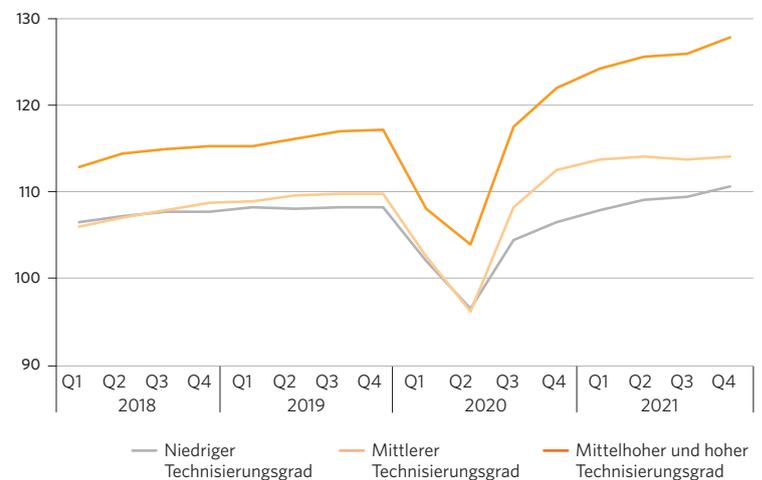
Staatliche Unterstützung ist ausschlaggebend dafür, dass kleine Unternehmen während und nach Krisen überleben und florieren können. Wie aus den begrenzten, im Zeitraum 2020-2021 erhobenen Daten hervorgeht, kann allerdings nur etwa jeder dritte kleine Fertigungsbetrieb ein Darlehen oder eine Kreditlinie in Anspruch nehmen. In Ländern mit niedrigem Einkommen sind solche Stimuli nur selten verfügbar. In Afrika hatten nur 15,7 % der kleinen Industrieunternehmen Zugang zu diesen Formen von Krediten, verglichen mit 44,2 % in Lateinamerika und der Karibik.

Branchen mit höherem Technisierungsgrad erweisen sich als weitaus krisenfester als weniger technisierte

Im verarbeitenden Gewerbe schnitten höher technisierte Branchen besser ab als weniger technisierte und erholten sich schneller. Die meisten Industrien mit mittlerem und hohem Technisierungsgrad – etwa Computer, Elektronik und Pharmazeutika – produzieren wieder so viel wie vor der Pandemie, mit Ausnahme des Baus von Kraftfahrzeugen und anderen Transportmitteln. Unterbrochene Lieferketten für Rohstoffe und Zwischenprodukte stellen den Kraftfahrzeugbau weltweit vor größere Probleme. Weniger technologieintensive Wirtschaftszweige wie die Textil- und Bekleidungsindustrie oder die Kokerei und Mineralölverarbeitung liegen weiter unter dem Stand von vor der Pandemie. Grundbedarfsgüter wie Lebensmittel verzeichneten seit der Pandemie ein stabiles Wachstum mit begrenzten Einbußen.

Nach Daten für 2019 lag der Anteil des Mittel- und Hochtechnologie-sektors am gesamten verarbeitenden Gewerbe in Europa und Nordamerika bei 47,7 %, verglichen mit 21,4 % in Afrika südlich der Sahara und 10,5 % in den am wenigsten entwickelten Ländern.

Ausstoß der Verarbeitungsindustrie, erstes Quartal 2018 bis letztes Quartal 2021 (Index 2015=100)



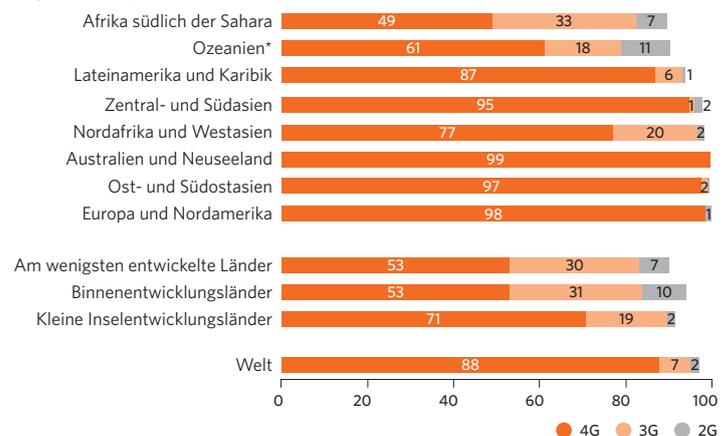
Der Großteil der Weltbevölkerung lebt in Reichweite eines mobilen Breitbandsignals, doch gibt es nach wie vor Lücken im Netz

In den meisten Entwicklungsländern ist mobiles Breitband (3G oder höher) die wichtigste und oft einzige Möglichkeit des Internetzugangs. Zusätzlich zur Anbindung müssen auch internetfähige Geräte und entsprechende Fertigkeiten vorhanden sein. Hohe Gerätekosten, mangelnde Lese-/Schreibkenntnisse und digitale Kompetenzen erschweren die Einführung und Nutzung des mobilen Internets weiter sehr. Zwischen 2015 und 2021 verdoppelte sich der Anteil der Bevölkerung mit Anschluss an das 4G-Netz weltweit auf 88 %. Wenngleich 2021 etwa 95 % der Weltbevölkerung in Reichweite eines mobilen Breitbandnetzes lebten, war die Lücke in den am wenigsten entwickelten Ländern und den Binnenentwicklungsländern, wo 17 % der Bevölkerung nicht erfasst waren, nach wie vor beträchtlich. Somit wurde die Zielvorgabe 9.c der Nachhaltigkeitsziele – die Bereitstellung eines allgemeinen und erschwinglichen Zugangs zum Internet in den am wenigsten entwickelten Ländern bis 2020 – verfehlt.

Während weltweit praktisch alle städtischen Gebiete von einem mobilen Breitbandnetz erfasst sind, gibt es in ländlichen Gebieten noch Lücken. In den am wenigsten entwickelten Ländern haben 14 % der

ländlichen Bevölkerung überhaupt keinen Zugang zum Mobilfunknetz; weitere 12 % nur zum 2G-Netz.

Anteil der Bevölkerung, der durch ein Mobilfunknetz abgedeckt ist – Schätzung für 2021 (in Prozent)



*ohne Australien und Neuseeland

Anmerkung: Die Werte für die 2G- bzw. 3G-Netze bilden den Anteil der Bevölkerung ab, der jeweils nicht durch eine fortschrittlichere Technologie abgedeckt ist.



Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern

Vor der COVID-19-Krise waren bei mehreren Indikatoren ermutigende Anzeichen für eine Verringerung der Einkommensungleichheit zu erkennen. So stiegen in vielen Ländern die Einkommen der ärmsten Menschen schneller als der nationale Durchschnitt, wenngleich Ungleichheiten in anderen Bereichen fortbestanden. Nun sieht es so aus, als würden die Auswirkungen der Pandemie alle positiven Trends aufheben. Menschen mit relativ geringem Einkommen laufen Gefahr, den Anschluss zu verlieren. Auch die strukturelle und systemische Diskriminierung nahm durch die Pandemie zu. In den Schwellen- und Entwicklungsländern setzt die Erholung nur zögerlich ein, was die Einkommensunterschiede zwischen den Ländern vergrößert. 2021 war die absolute Zahl der Flüchtlinge weltweit höher denn je, und die Migration forderte mehr Menschenleben als je zuvor. Gleichzeitig wütet weiter ein Krieg in der Ukraine, der noch mehr Menschen aus ihrer

Der Krieg in der Ukraine treibt die ohnehin historisch hohe Zahl der Flüchtlinge weltweit noch höher

Mitte 2021 hatten 24,5 Mio. Menschen – mehr als je zuvor – ihre Heimat aufgrund von Krieg, Konflikten, Verfolgung, Menschenrechtsverletzungen und schweren Beeinträchtigungen der öffentlichen Ordnung verlassen. Der Anteil der Menschen, die sich als Flüchtlinge außerhalb ihres Heimatlands aufhalten, liegt weltweit bei 311 von 100.000 und damit um 44 % höher als 2015 (216 von 100.000). Absolut gesehen stammten die meisten Flüchtlinge aus Ländern der Region Nordafrika und Westasien (8,4 Mio.), gefolgt von Afrika südlich der Sahara (6,7 Mio.) und Lateinamerika und der Karibik (4,5 Mio.).

Der anhaltende Krieg in der Ukraine hat die schlimmste Flüchtlingskrise der jüngeren Geschichte ausgelöst. Per 23. Mai 2022 waren mehr als 6 Mio. Fluchtbewegungen, mehrheitlich von Frauen und Kindern, aus der Ukraine in andere Länder registriert. Darüber hinaus wurden mindestens 8 Mio. Menschen auf der Flucht vor dem Konflikt zu Binnenvertriebenen.

COVID-19 erhöhte die relative Armut in vielen Ländern, während andere sich dem Trend widersetzen konnten

Der Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen von weniger als der Hälfte des nationalen Medians ist ein wichtiges Maß für soziale Ausgrenzung, relative Armut und Ungleichheit der Einkommensverteilung innerhalb eines Landes. Steigt dieser Anteil, fallen die Ärmsten relativ gesehen zurück. Vor COVID-19 mussten im Durchschnitt 13 % der Menschen mit weniger als der Hälfte des nationalen Medianeinkommens auskommen. Hinter diesem Wert verbergen sich allerdings große Unterschiede, die von weniger als 5 % in Kasachstan und Kirgisistan bis zu rund 25 % in Brasilien und Südafrika reichen.

Daten für 2020 liegen derzeit nur für 18 Länder, zumeist in Lateinamerika und der Karibik, vor. In zwei Dritteln dieser Länder nahm die relative Einkommensarmut 2020 zu, was darauf hindeutet, dass die Pandemie eine stärkere soziale Ausgrenzung bewirkt hat. In anderen Ländern war dieser Wert dagegen stark rückläufig. Brasilien etwa konnte den Anteil der von weniger als der Hälfte des Medianeinkommens lebenden Menschen dank umfangreicher Sozialtransfers speziell für die Ärmsten in dem Land von 24,1 auf 18,3 % senken.



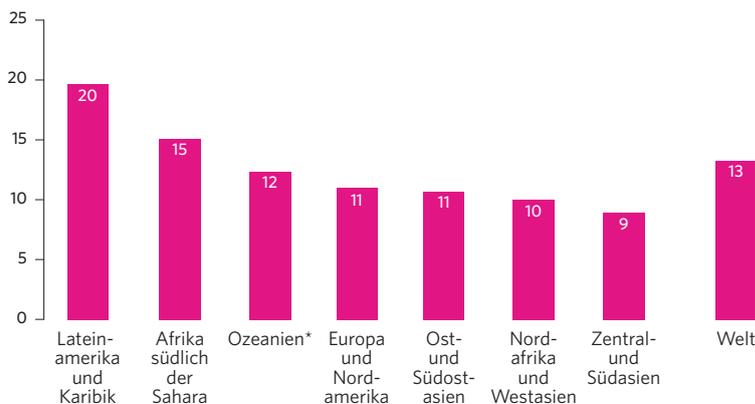
Seit Ende 2020 nehmen Flächenausdehnung und Intensität der Dürre in Somalia zu. Sie hat bereits rund 667.000 Menschen aus ihrer Heimat vertrieben, darunter auch Maryam, die früher Agropastoralistin war.

Heimat vertreibt und eine der größten Flüchtlingskrisen der jüngeren Vergangenheit verursacht hat.

Letztes Jahr kamen viele Migrantinnen und Migranten auf mitunter tückischen Migrationsrouten ums Leben

Im vergangenen Jahr starben 5.895 Menschen auf der Flucht aus ihren Heimatländern über verschiedene – oft gefährliche – Routen. Diese Zahl lag höher als vor der Pandemie und machte laut dem Projekt „Missing Migrants“ der Internationalen Organisation für Migration 2021 zum tödlichsten Migrationsjahr seit 2017. Die weitreichenden Folgen der Pandemie zwangen viele Menschen, die Schutz, menschenwürdige Arbeit und bessere Chancen suchten oder wieder mit ihrer Familie vereint sein wollten, auf riskante Migrationsrouten. Die Mehrheit der weltweiten migrationsbedingten Todesfälle 2021 entfiel mit mindestens 3.411 auf die See- und Landrouten nach und durch Europa. Auf der Atlantik-Migrationsroute in Richtung der Kanarischen Inseln wurden fast 1.180 Todesfälle verzeichnet; so viele wie nie zuvor auf dieser Route seit Beginn der Aufzeichnungen 2014. Auch für die Migration an der Grenze zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko war 2021 das bislang tödlichste Jahr: Dort starben 2021 mindestens 717 Menschen und damit 51 % mehr als 2020.

Anteil der Bevölkerung, der von weniger als 50 Prozent des nationalen Medianeinkommens lebt – 2019 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

Anmerkung: Ungewichteter Durchschnitt der Länder mit verfügbaren Daten in jeder Region. Unterschiede sind vorsichtig auszulegen, da in den einzelnen Ländern unterschiedliche Einkommens- und Konsumerhebungen zugrunde gelegt wurden. Sind für 2019 keine länderspezifischen Daten verfügbar, wird der letzte Datenpunkt verwendet.

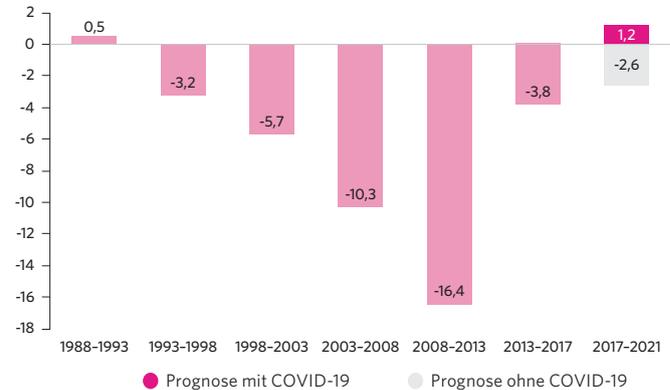
Die Pandemie hat die Einkommensungleichheit verschärft und gefährdet die über zwei Jahrzehnte erzielten stetigen Fortschritte

Die anhaltende COVID-19-Pandemie verschärft die weltweite Einkommensungleichheit und gefährdet die stetigen Fortschritte der letzten 20 Jahre. Hochrechnungen zufolge dürfte die Ungleichheit zwischen den Ländern zwischen 2017 und 2021 um 1,2 % und damit erstmals seit einer Generation gestiegen sein. Vor der Pandemie wurde für denselben Zeitraum ein Rückgang der Ungleichheit um 2,6 % prognostiziert.

Auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern dürfte die Einkommensungleichheit innerhalb der Länder zugenommen haben. Wenn der Anstieg mit durchschnittlich etwa 1 % auch gering ist, so bringt er doch den in diesen Ländern seit 2000 zu beobachtenden stetigen Rückgang der Einkommensungleichheit zum Erliegen. Außerdem könnte er sich verfestigen, da die pandemiebedingten Störungen im Bildungsbereich und die unverhältnismäßig nachteiligen Auswirkungen auf Haushalte mit niedrigem Einkommen die Mobilität zwischen den Generationen beeinträchtigen könnten. Zugleich könnte es diesen

Ländern wegen der hohen Inflation und der rasant steigenden Staatsverschuldung schwerer fallen, verwundbare Gruppen zu unterstützen.

Veränderung bei der Einkommensungleichheit zwischen den Ländern – 1988-2021 (Veränderung in Prozent)



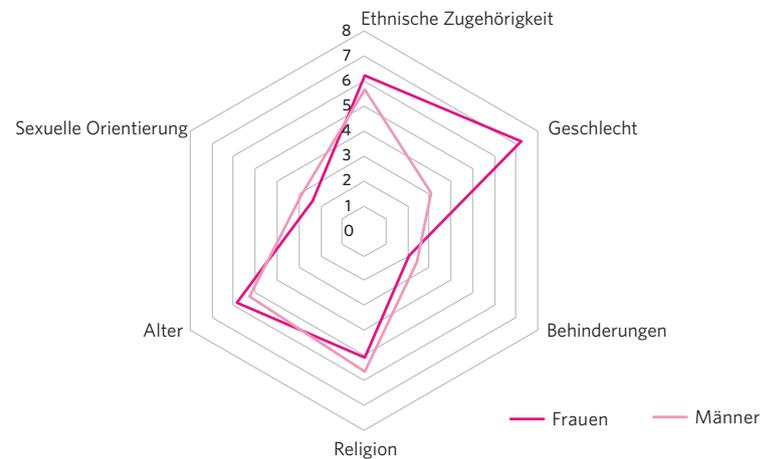
Anmerkung: Die Einkommensungleichheit wird anhand der mittleren logarithmierten Abweichung gemessen.

Diskriminierung ist noch weit verbreitet und gefährdet Frauen sowie Menschen mit Behinderungen stärker

Mit der Ausbreitung von COVID-19 haben die strukturelle und systemische Diskriminierung und die weit verbreitete Ungleichheit, die Millionen von Menschen schädigen und die Entwicklung jeder Gesellschaft hemmen, noch zugenommen. Eine faktengestützte Politik gegen Diskriminierung hilft Gesellschaften, aufbauend auf den Menschenrechten inklusiver, gleichgestellter, resilienter, gerechter und nachhaltiger zu werden.

Wie zwischen 2017 und 2021 erhobene Daten aus 49 Ländern und Hoheitsgebieten belegen, hat etwa jeder fünfte Mensch Diskriminierung aus mindestens einem der nach den internationalen Menschenrechtsnormen verbotenen Gründe erfahren. In Ländern mit aufgeschlüsselten Daten werden Frauen mehr als doppelt so häufig wie Männer aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert; in städtischen Gebieten etwas häufiger als auf dem Land. Weit verbreitet ist Diskriminierung bei Menschen mit Behinderungen, von denen etwa ein Drittel diese Erfahrung persönlich gemacht hat.

Anteil der von Diskriminierung betroffenen Menschen an der Gesamtbevölkerung nach ausgewählten Gründen und Geschlecht – 2017-2021 (in Prozent)

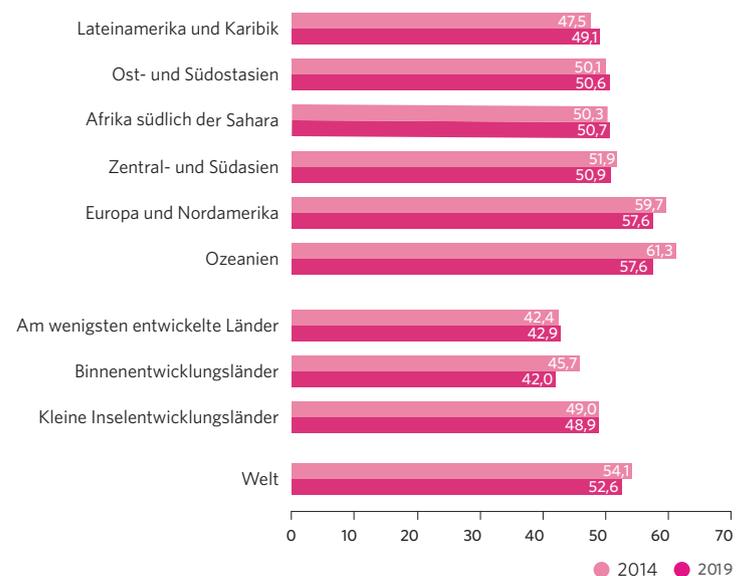


Der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen sinkt, was die Einkommensungleichheit verschärft

Daten zum Arbeitseinkommen sind der Schlüssel zum Verständnis von Ungleichheit. Die Messung des Beitrags der Arbeit zum BIP gibt Aufschluss darüber, ob ein höheres Volkseinkommen zu einem höheren materiellen Lebensstandard für die Erwerbstätigen führt. Während viele Erwerbstätige ihr Einkommen vor allem aus abhängiger Beschäftigung beziehen, sind es bei Wohlhabenden überproportional häufig Einkünfte aus Kapitalvermögen. Daher ist eine rückläufige Lohnquote – sie sank zwischen 2014 und 2019 von 54,1 auf 52,6 % – Ausdruck zunehmender Ungleichheit. Dieser Rückgang steht im Einklang mit anderen einschlägigen, bis in die 1970er Jahre zurückreichenden Erkenntnissen, wonach Erwerbstätige langfristig an relativem Einkommenspotenzial verlieren.

Die Region Europa und Nordamerika ist angesichts ihres Anteils am globalen Gesamteinkommen maßgeblich für die sinkende Lohnquote verantwortlich. Auch Ozeanien (ohne Australien und Neuseeland) sowie Zentral- und Südasien verzeichneten deutliche Rückgänge. Erfreulicherweise deuten die Daten aus Afrika südlich der Sahara, Lateinamerika und der Karibik sowie Ost- und Südostasien auf einen – wenn auch auf einem in der Regel niedrigeren Ausgangswert beruhenden – Anstieg der Lohnquote hin.

Lohnquote – 2014 und 2019 (in Prozent)





Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

Heute lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten, und 2050 dürften es 70 % sein. Städte sind Triebkräfte wirtschaftlichen Wachstums und tragen mehr als 80 % zum globalen BIP bei. Sie sind aber auch für mehr als 70 % der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Gut geplant und gesteuert kann Stadtentwicklung nachhaltig sein und Wohlstand für alle schaffen. Eine rasante und schlecht geplante Verstädterung bringt jedoch viele Probleme mit sich, darunter ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum, unzureichende Infrastruktur (wie öffentliche Verkehrsmittel und Grundversorgungs-einrichtungen), begrenzte Freiflächen, gesundheitsschädliche Luftverschmutzung und ein erhöhtes Klima- und Katastrophenrisiko. Die durch die COVID-19-Pandemie und andere Krisenkaskaden offen-gelegten tiefen Ungleichheiten zeigen überdeutlich, wie wichtig nachhaltige Stadtentwicklung ist. In der Erholungsphase – und für unsere



Viele aus Dörfern zugewanderte Menschen landen in den städtischen Slums von Dhaka, einer der am schnellsten wachsenden Megastädte der Welt.

künftige Krisenreaktionsfähigkeit – ist es wichtig, die Krisenbereitschaft und -festigkeit von Städten unter anderem durch hochwertige Infrastruktur und Zugang für alle zur Grundversorgung zu stärken.

Niemanden zurückzulassen heißt, mehr Augenmerk auf städtische Slums – die Heimat von 1 Milliarde Menschen – zu richten

2020 lebte etwa ein Viertel der Stadtbevölkerung in Slums oder informellen Siedlungen. Das sind mehr als 1 Milliarde Menschen, davon 85 % in drei Regionen: Zentral- und Südasien (359 Millionen), Ost- und Südostasien (306 Millionen) und Afrika südlich der Sahara (230 Millionen). Die Region mit dem höchsten Anteil an Menschen, die in Slums leben, ist Afrika südlich der Sahara mit mehr als der Hälfte der städtischen Bevölkerung. Empirischen Analysen zufolge erhöht eine Zunahme des städtischen Bevölkerungswachstums um 1 % die Sluminzidenz in Afrika um 2,3 % und in Asien um 5,3 %. Die Gründe für die Entstehung von Slums in Entwicklungsregionen sind

vielfältig: rasante Verstädterung, ineffektive Planung, Mangel an bezahlbarem Wohnraum für Haushalte mit niedrigem Einkommen, eine dysfunktionale Stadt-, Boden- und Wohnungspolitik, ein Mangel an Wohnraumfinanzierung sowie Armut. Um die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erreichen, müssen die weltweit 1 Milliarde in Slums lebenden Menschen die Unterstützung erhalten, die sie brauchen, um sich aus der Armut befreien und ohne Ausgrenzung und Ungleichheit leben zu können. Angemessener und bezahlbarer Wohnraum ist der Schlüssel zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.

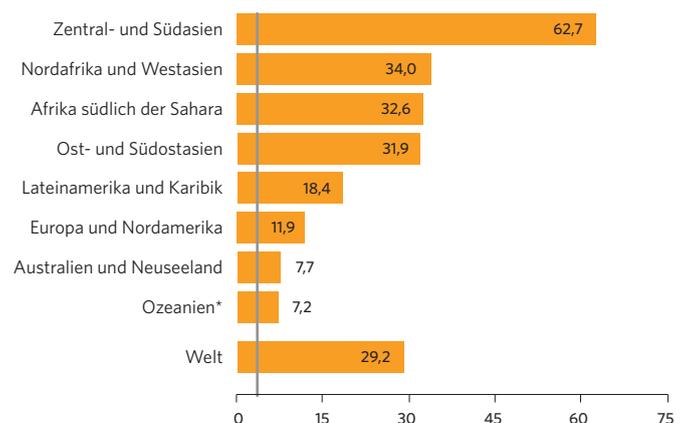
Die Luftqualität wird nun in mehr Städten denn je überwacht, bleibt aber weltweit unter der Norm

Luftverunreinigung stellt weltweit eine erhebliche Gefahr für die menschliche Gesundheit dar. 2019 führte die durch Verkehr, Industrie, Stromerzeugung, Müllverbrennung und die Nutzung von Haushaltsbrennstoffen verursachte Verunreinigung der Außenluft zu 4,2 Millionen Todesfällen. Diese Sterblichkeit wird Feinstaubpartikeln mit einem Durchmesser von bis zu 2,5 Mikrometern (PM_{2,5}) und anderen Schadstoffen zugeschrieben, die bei exponierten Personen das Risiko von Schlaganfällen, Herzerkrankungen, chronisch obstruktiven Lungenerkrankungen, Lungenkrebs und Infektionen der unteren Atemwege erhöhen. Menschen mit chronischen Vorerkrankungen haben ein höheres Risiko, schwer an COVID-19 zu erkranken und zu sterben. Neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge schwächt Luftverunreinigung auch die Immunabwehr gegen Infektionskrankheiten.

Die globalen PM_{2,5}-Konzentrationen sind stetig gesunken, und zwar um 11 Prozent innerhalb eines Jahrzehnts. Heute sind sich mehr Länder dessen bewusst, dass Luftverunreinigung eine Gefahr für die menschliche Gesundheit darstellt und dass die Messung und Kommunikation von Luftgütwerten wichtig ist. Eine Rekordzahl von Städten (über 6.000) in 117 Ländern überwacht nun die Luftqualität; doppelt so viele wie 2015. Trotz dieser Fortschritte leben 99 Prozent der städtischen Bevölkerung der Welt in Gebieten, in denen der 2021 in den neuen WHO-Luftgüteleitlinien festgelegte (und gegenüber dem 2005 empfohlenen Richtwert von 10 µg/m³ gesenkte) Richtwert für PM_{2,5} von 5 µg/m³ überschritten wird. Menschen in Ländern mit niedrigem

und mittlerem Einkommen sind mit 91 Prozent der 4,2 Millionen vorzeitigen Todesfälle unverhältnismäßig stark von Außenluftverunreinigung betroffen. Nach Daten von über drei Jahre von 2017-2019 gemessenen Jahresdurchschnitten ist die Luftverunreinigung in Städten in Zentral- und Südasien mit Werten, die um mehr als das Doppelte über dem Weltdurchschnitt liegen, weltweit am schlimmsten.

Jährliche Feinstaubexposition (PM_{2,5}) in städtischen Gebieten – Dreijahresdurchschnitt 2017-2019 (in Mikrogramm pro Kubikmeter)



* ohne Australien und Neuseeland

Anmerkung: Die senkrechte Linie markiert den nach den neuen WHO-Luftgüteleitlinien geltenden Grenzwert für Feinstaub (PM_{2,5}) von höchstens 5 Mikrogramm/m³.

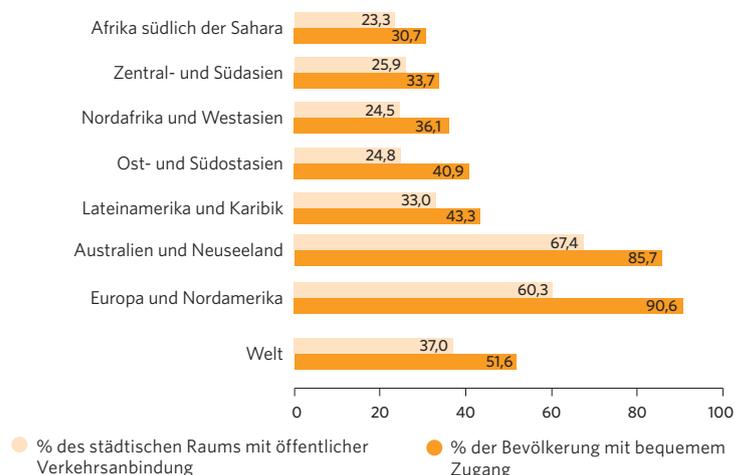
Nur etwa die Hälfte der globalen Stadtbevölkerung hat bequemen Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln

Zwischen 2015 und 2030 dürften sich der jährliche Personenverkehr und die Zahl der Autos auf den Straßen verdoppeln. Gut konzipierte und effektive öffentliche Verkehrssysteme können die Mobilität fördern, Menschen den Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Beschäftigung und Märkten ermöglichen und gleichzeitig Verkehrsstaus und Verschmutzung verringern. Sie machen städtische Gebiete effizienter, inklusiver und sicherer und tragen gleichzeitig zur Bekämpfung der Armut und des Klimawandels bei.

Laut Daten von 2020 aus 1.510 Städten in aller Welt sind nur etwa 37 % der städtischen Gebiete durch öffentliche Verkehrsmittel erschlossen. Aufgrund der variablen Bevölkerungsdichte in Städten heißt dies, dass 52 % der Stadtbevölkerung bequemen Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln haben (also innerhalb von 500 Metern Fußweg zu einem Verkehrsmittel mit niedriger Beförderungskapazität wie Bus oder Straßenbahn oder innerhalb von 1.000 Metern zu einem Verkehrsmittel mit hoher Kapazität wie Zug oder Fähre leben). Stadtverwaltungen haben noch eine gewaltige Aufgabe vor sich, wenn sie die Verfügbarkeit und Nutzung zugänglicher, inklusiver, sicherer,

zuverlässiger und effizienter öffentlicher Verkehrssysteme verbessern wollen.

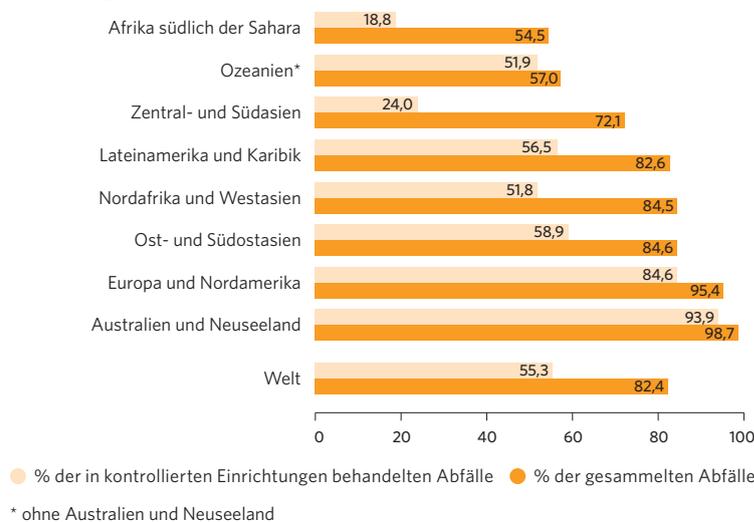
Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel und Bevölkerungsanteil mit bequemen Zugang in städtischen Gebieten – 2020 (in Prozent)



Mit den Städten wächst auch das seit langem bestehende Problem fester Siedlungsabfälle

Mit zunehmender Verstädterung haben die Städte und Metropolen der Welt Mühe, das wachsende Problem fester Siedlungsabfälle zu bewältigen. Werden diese Abfälle nicht gesammelt und verantwortungsvoll behandelt, können sie zu einer Brutstätte für Infektionen und zu einer Quelle von Plastikverschmutzung und Treibhausgasemissionen werden. 2022 wurden weltweit durchschnittlich 82 % der festen Siedlungsabfälle gesammelt und 55 % in kontrollierten Einrichtungen behandelt. In Städten in Afrika südlich der Sahara und Ozeanien liegt die durchschnittliche Sammelquote bei unter 60 %; vergleichsweise höher ist sie in Asien und in Lateinamerika und der Karibik mit 70 bis 85 %. In Zentral- und Südasien ist der Abstand zwischen der Sammelquote und der Quote der kontrollierten Behandlung größer als in anderen Regionen, was darauf hindeutet, dass es in vielen Städten noch offene Müllhalden gibt. Vor allem in Ländern mit niedrigem bis mittlerem Einkommen sind erhebliche Investitionen in die Entwicklung und Instandhaltung der Infrastruktur zur Abfallbehandlung erforderlich. Dies muss mit besseren politischen Maßnahmen und einer stärkeren Durchsetzung des Umweltrechts zugunsten einer kontrollierten Behandlung fester Siedlungsabfälle einhergehen.

Sammlung fester Siedlungsabfälle und Behandlung in kontrollierten Einrichtungen – 2022 (in Prozent)



Öffentliche Freiflächen in Ballungsgebieten spielen eine wichtige Rolle im sozialen und wirtschaftlichen Leben, sind aber oft nicht allgemein zugänglich

In Vorbereitung auf eine Welt nach COVID-19 wird in der Stadtplanung die Verbindung zwischen wirtschaftlicher Erholung und der gerechten Verteilung öffentlicher Freiflächen überdacht. So erhöhen Parks, Boulevards und Spielplätze nicht nur die Qualität städtischen Lebens, sondern sie sind auch Orte, an denen Menschen interagieren können, und spielen damit eine wichtige Rolle im sozialen und wirtschaftlichen Leben. Daten für 2020 aus 962 Städten weltweit zeigen, dass solche Flächen schlecht verteilt sind. Nur rund 37,8 % der städtischen Wohngebieten mit rund 45,2 % der städtischen Bevölkerung liegen innerhalb von 400 Metern Fußweg zu einer öffentlichen Freifläche. Bei der Neugestaltung und Modernisierung des städtischen Raums müssen Politik und städtische Behörden die Verteilung öffentlicher Frei- und Grünflächen in der Stadt bedenken.

Mehr Kommunalverwaltungen beschließen Katastrophenvorsorgestrategien, doch ist jetzt ein umfassenderer Ansatz für das Management von Katastrophen und Klimarisiken erforderlich

Die Auswirkungen von Katastrophen spüren zuallererst diejenigen, die an vorderster Front stehen. Darum sind lokale Katastrophenvorsorgestrategien so wichtig. Zwischen 2015 und 2021 hat sich die Zahl der Länder, die nach eigenen Angaben solche Strategien haben, von 51 auf 98 fast verdoppelt. Gemessen an allen Bericht erstattenden Ländern ist der durchschnittliche Anteil der Kommunalverwaltungen mit solchen Strategien von 51 Prozent (2015) auf 66 Prozent (2021) gestiegen. Länder haben sich bemüht, Katastrophenvorsorge, Anpassung an den Klimawandel und Entwicklungspläne auf lokaler Ebene abzustimmen. Angesichts des systemischen und kaskadierenden Charakters von Risiken – häufig geschürt durch den Klimawandel und zuletzt durch die COVID-19-Pandemie – ist ein gefahrenübergreifender Ansatz zum Aufbau von Resilienz vor Ort unerlässlich.

Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen

Nicht nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sind Grundursachen für die dreifache globale Krise des Klimawandels, des Biodiversitätsverlusts und der Umweltverschmutzung. Diese Krisen und die damit einhergehende Umweltzerstörung gefährden das menschliche Wohl und die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele. Beim aktuellen Entwicklungskurs wird die Erde mit ihren begrenzten Kapazitäten die Existenzgrundlagen der heutigen und kommenden Generationen nicht mehr sichern können. Ein grundlegender Wandel in unserer Beziehung zur Natur ist der Schlüssel zu einer nachhaltigen Zukunft. Derzeit werden weltweit Strategien für eine nachhaltige Erholung von der Pandemie erarbeitet. Diese Gelegenheit sollten die Regierungen und alle Bürgerinnen und Bürger nutzen, um gemeinsam die Ressourceneffizienz zu verbessern, Abfälle, Verschwendung und Verschmutzung zu verringern und eine neue Kreislaufwirtschaft zu schaffen.

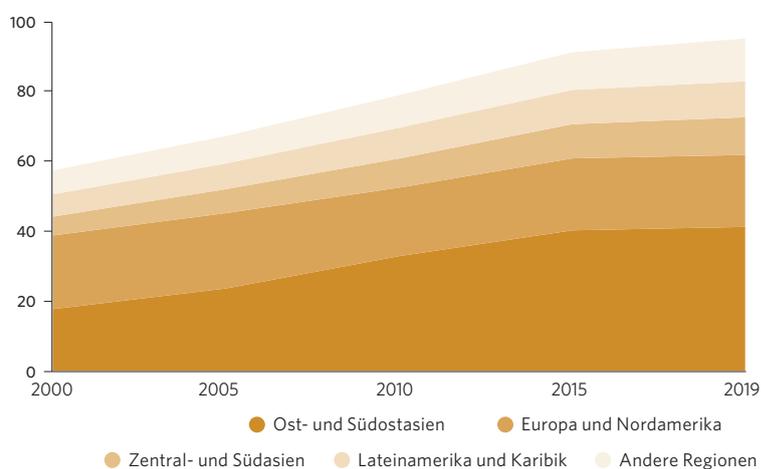


Ein großer Teil des Abfalls, der in Nairobis größter Mülldeponie, Dandora, landet, ist Plastik. Umgerechnet 30 LKW-Ladungen Plastikverpackungen kommen täglich hinzu und tragen zu einem wachsenden globalen Umweltproblem bei.

Wachsende Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen hat die Erde auf einen nicht nachhaltigen Kurs gebracht

Der Inlandsmaterialverbrauch (IMV) misst die Gesamtmaterialmenge, die eine Volkswirtschaft direkt zur Deckung der in- und ausländischen Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen einsetzt. Der gesamte IMV stieg von 2000 auf 2019 global um mehr als 65 % auf 95,1 Mrd. Tonnen oder 12,3 Tonnen pro Kopf. Etwa 70 % des globalen IMV entfielen auf zwei Regionen: Ost- und Südostasien und Europa und Nordamerika. In dem Zeitraum stieg der IMV in Ost- und Südostasien am stärksten – von 31 % (2000) auf 43 % (2019). Dies ist vor allem durch die erhöhte Bevölkerungsdichte, die Industrialisierung und die Auslagerung materialintensiver Fertigungsprozesse aus den entwickelten in die Entwicklungsländer bedingt. Die wachsende Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen erhöht den Druck auf sensible Ökosysteme und schadet letztendlich der menschlichen Gesundheit und der Wirtschaft. Dieser Druck lässt sich durch höhere Ressourceneffizienz, Kreislaufwirtschaft und allgemeine Anstrengungen zur Dematerialisierung des Wirtschaftswachstums verringern.

Inlandsmaterialverbrauch – 2000-2019 (in Milliarden Tonnen)



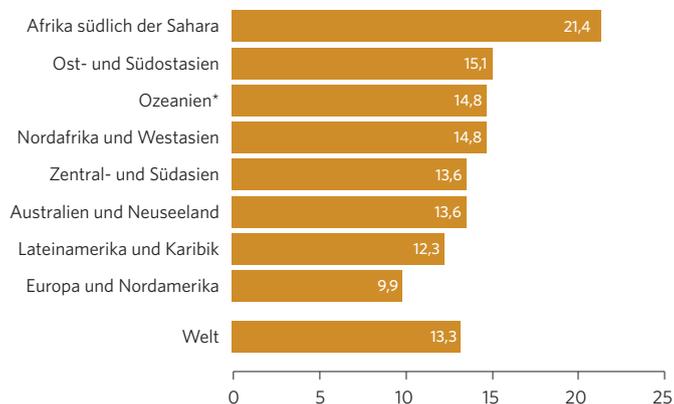
Zu viele Nahrungsmittel gehen verloren oder werden verschwendet – tagtäglich und in jedem Land der Erde

Trotz steigender Ernährungsunsicherheit gehen nach wie vor zu viele Nahrungsmittel verloren oder werden verschwendet. Die Verluste zwischen Ernte und Erreichen des Einzelhandels lagen 2020 weltweit bei etwa 13,3 %. Sie fallen in der Landwirtschaft, beim Transport, bei der Lagerung, der Verarbeitung und im Großhandel an. Dieser Anteil ist seit 2016 relativ konstant, was nahelegt, dass die strukturellen Muster der Nahrungsmittelverluste unverändert sind. Etwa 17 % aller Nahrungsmittel (931 Mio. Tonnen) werden im Endverbrauch in Haushalten, in der Gastronomie und im Einzelhandel verschwendet. Dies ist ein Verlust von 121 kg pro Kopf und Jahr, wovon etwa 60 % auf Haushalte entfallen. Diese Probleme kommen in allen Ländern vor, doch treten Verluste vorwiegend in Entwicklungsländern und Verschwendung zumeist in entwickelten Ländern auf. Afrika südlich der Sahara ist die Region mit der höchsten Ernährungsunsicherheit und zugleich den höchsten Nahrungsmittelverlusten.

Verluste wie Verschwendung von Nahrungsmitteln haben erhebliche ökologische, soziale und wirtschaftliche Folgen. So stoßen Nahrungsmittel in Mülldeponien 8 bis 10 % der globalen Treibhausgase aus. Die Verringerung von Nahrungsmittelabfällen und -verschwendung ist

eine der Maßnahmen, die die Länder zur Erfüllung ihrer Zusagen zur Verringerung des Methanausstoßes (Global Methane Pledge) ergreifen können. Mit den Nahrungsmitteln gehen auch Chancen verloren, die Ernährungsunsicherheit und die durch Nahrungsmittelproduktion und -konsum bedingte Umweltbelastung zu verringern.

Anteil der Nahrungsmittelverluste (nach der Ernte und vor Erreichen des Einzelhandels) – 2020 (in Prozent)



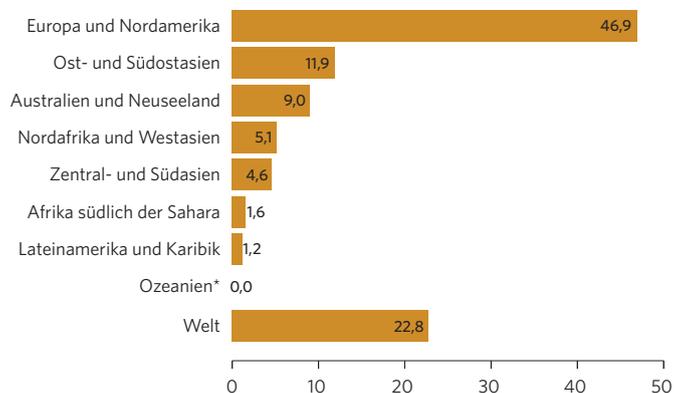
* ohne Australien und Neuseeland

Die überwiegende Mehrheit des weltweiten Elektroschrotts wird nicht sicher entsorgt

Aufgegebene Elektro- und Elektronikgeräte werden Teil eines rasch wachsenden Abfallstroms, der neben wertvollen auch gefährliche Materialien enthält. Die rasche Zunahme des Elektroschrottaufkommens ist durch steigenden Konsum, kurze Produktlebenszyklen und niedrige Reparaturquoten bedingt. 2019 fielen weltweit pro Kopf 7,3 kg Elektroschrott an. Davon wurden nur 1,7 kg umweltgerecht entsorgt, also alle gefährlichen Stoffe ausgesondert und sachgemäß behandelt und wiederverwertbare Materialien zurückgewonnen. In Ländern mit hohem Einkommen ist die Sammelquote für Elektroschrott recht hoch. In Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen ist sie jedoch viel geringer – nur 1,6 % in Afrika südlich der Sahara und 1,2 % in Lateinamerika und der Karibik. Diese Länder haben nicht die erforderliche oder ausreichende Infrastruktur für die Entsorgung des lokalen und des rechtswidrig importierten Elektroschrotts. Zudem wird dieser dort aufgrund mangelnder Vorschriften meist im informellen Sektor entsorgt, wo die Sicherheit häufig nicht gewährleistet ist. So gasen Kühlmittel im Freien aus, und wertvolle Bestandteile werden selektiv abgebaut oder durch

offene Verbrennung oder Auflösen im Säurebad rückgewonnen. Dies verschmutzt die Umwelt und schadet der menschlichen Gesundheit.

Sammelquote für Elektroschrott (gesamelter und umweltgerecht entsorgter Elektroschrott im Verhältnis zum erzeugten Elektroschrott) – 2019 (in Prozent)

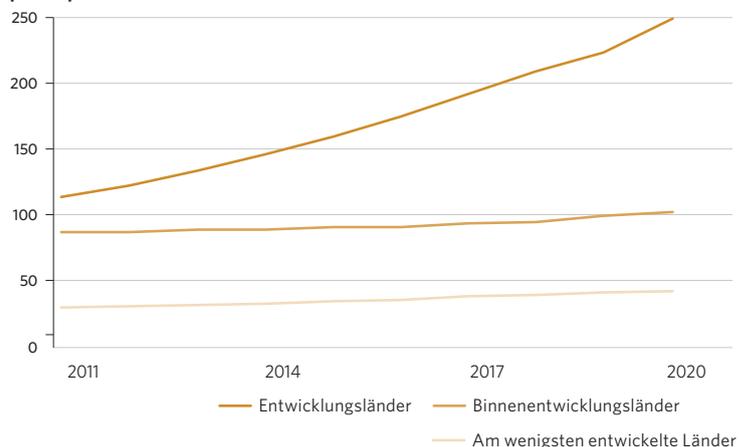


* ohne Australien und Neuseeland

Erneuerbare Energie nimmt in Entwicklungsländern insgesamt zu, doch die ärmsten und am stärksten benachteiligten Länder sind im Rückstand

Die Kapazität der Entwicklungsländer zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen stieg in den letzten zehn Jahren rapide an – zwischen 2011 und 2020 von 109,7 auf 245,7 Watt pro Kopf – und wächst damit schneller als die Bevölkerung. Mehr als ein Drittel (36,1 %) ihrer Stromerzeugungskapazität entfällt auf erneuerbare Energien. Obwohl diese Länder insgesamt Fortschritte erzielt haben, liegen die am wenigsten entwickelten Länder und die Binnenentwicklungsländer weit zurück. Zwischen 2015 und 2020 erreichten erneuerbare Energien in Entwicklungsländern eine jährliche kumulative Wachstumsrate von 9,5 %, in den am wenigsten entwickelten Ländern hingegen 5,2 % und in den Binnenentwicklungsländern 2,4 %. Bei der derzeitigen durchschnittlichen Jahreswachstumsrate würden diese Länder erst in knapp 40 Jahren mit dem Stand der Entwicklungsländer von 2020 gleichziehen. Der Einsatz erneuerbarer Energien in den bedürftigsten Ländern erfordert gezielte Maßnahmen.

Installierte Kapazitäten zur Erzeugung erneuerbarer Energie – 2011-2020 (in Watt pro Kopf)



Subventionen für fossile Brennstoffe bleiben trotz eines temporären Rückgangs 2020 alarmierend hoch

Subventionen für die Förderung und Nutzung von Kohle, Erdöl, Erdgas und anderen fossilen Brennstoffen haben zahlreiche umwelt- und gesundheitsschädliche Folgen – von Luft- und Wasserverschmutzung bis hin zum Klimawandel. Sie zählen zu den größten finanziellen Hindernissen für den weltweiten Übergang zu erneuerbaren Energien. 2020 gaben die Regierungen 375 Mrd. Dollar für Subventionen und andere Hilfen für fossile Brennstoffe aus; 2019 waren es noch 526 Mrd. Dollar. Für diesen Rückgang waren jedoch eher niedrige Erdölpreise und der pandemiebedingte Nachfragerückgang als Strukturreformen verantwortlich. 2021 stiegen die Rohstoff- und Energiepreise wieder stark an, und auch die Subventionen für die Nutzung und Förderung fossiler Brennstoffe dürften steigen. Länder, die die Chance niedriger internationaler Brennstoffpreise nicht für Subventionsreformen genutzt haben, könnten sich jetzt gezwungen sehen, Subventionen beizubehalten oder zu erhöhen, um die steigenden Brennstoffpreise abzufedern, von denen der Endverbrauch weltweit betroffen ist. Solche Strategien haben jedoch fiskalische Folgen und verringern zudem die für Investitionen in eine umweltfreundlichere Erholung und ein nachhaltiges Wachstum erforderlichen Mittel. Um die hohen Preise für fossile Brennstoffe zu senken, muss der Übergang zu erneuerbaren Energiequellen beschleunigt und ausgeweitet werden.

Die vollständige Integration der nachhaltigen Entwicklung und des Weltbürgertums in die nationalen Bildungssysteme bedarf weiterer Anstrengungen

Wer Kenntnisse zu nachhaltiger Entwicklung, Weltbürgerschaft und Frieden besitzt, kann angemessen handeln und einen positiven Beitrag zum Wohl der Gemeinschaft leisten. Etwa 90 % der Länder gaben an, sie hätten Bildung für nachhaltige Entwicklung und Bildung zum Weltbürgertum zumindest teilweise in ihre nationale Bildungsgesetzgebung und -politik, die Lehrpläne, die Ausbildung von Lehrkräften oder die Leistungsbewertung der Lernenden in Grund- und Sekundarschulen integriert. In allen vier Bereichen war diese Integration jedoch in nur 15 % der Länder stark ausgeprägt und lag in der Berufsbildung mit 57 % und in der Erwachsenenbildung mit 51 % weit niedriger. Eine jüngst bei Lehrkräften in der Grund- und Sekundarstufe durchgeführte weltweite Umfrage ergab, dass sich jede vierte Lehrkraft außerstande sieht, Themen aus diesen Bereichen zu unterrichten. Es bedarf weiterer Anstrengungen, um diese Themen als Kernkomponenten nationaler Bildungssysteme zu verankern.



Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

Die Welt steht vor einer Klimakatastrophe, und das Zeitfenster, das bleibt, um sie abzuwenden, schließt sich schnell. Die durch den Klimawandel häufigeren Hitzewellen, Dürren und Überschwemmungen treffen bereits jetzt Milliarden Menschen in aller Welt und führen zu potenziell unumkehrbaren Veränderungen in globalen Ökosystemen. Um die Erwärmung auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, wie im Übereinkommen von Paris festgelegt, müssen die globalen Treibhausgasemissionen vor 2025 ihren Höchststand erreicht haben. Dann müssen sie bis 2030 um 43 Prozent und bis 2050 auf Null sinken, so der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC), das für die wissenschaftliche Bewertung des Klimawandels zuständige Organ der Vereinten Nationen.

Als Reaktion darauf formulieren Länder Klimaaktionspläne zur Emissionssenkung und Anpassung an die Auswirkungen der Klimaänderungen mit national festgelegten Beiträgen. Mit den aktuellen nationalen Zusagen ist der Grenzwert von 1,5 °C jedoch nicht



Rekordtemperaturen erhöhten 2021 die Häufigkeit und Intensität von Naturbränden und die damit verbundenen Risiken für die Gesundheit von Mensch und Umwelt.

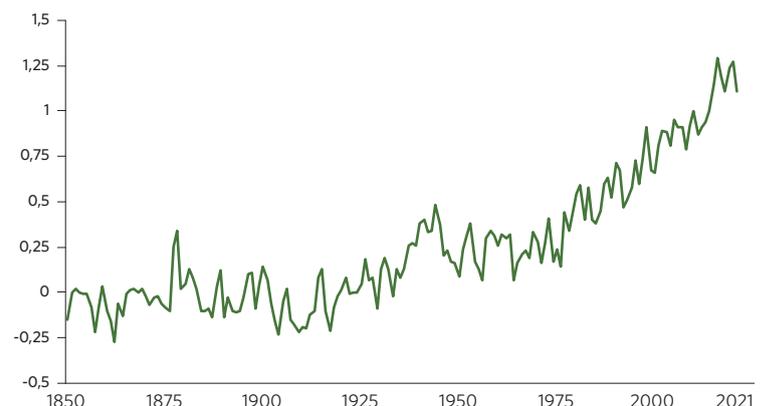
einzuhalten. Die Treibhausgasemissionen dürften in den kommenden zehn Jahren vielmehr um fast 14 Prozent steigen. Um von einem Kipppunkt, der in die Klimakatastrophe führt, zu einem Wendepunkt für eine nachhaltige Zukunft zu gelangen, müssen Emissionen in allen Sektoren sofort einschneidend reduziert werden.

Steigende Treibhausgasemissionen führen zu Rekordtemperaturen und mehr extremen Wetterereignissen

2020 erreichten die globalen Treibhausgaskonzentrationen neue Höchstwerte, und Echtzeitdaten deuten auf einen weiteren Anstieg hin. Mit zunehmenden Konzentrationen steigt auch die Erdtemperatur. 2021 lag die globale Mitteltemperatur etwa $1,11 \pm 0,13$ °C über dem vorindustriellen Niveau (von 1850 bis 1900). Damit war es eines der sieben wärmsten Jahre seit Aufzeichnungsbeginn (2015 bis 2021).

Schwankungen der Erdtemperatur von Jahr zu Jahr sind zu erwarten, doch der Langzeittrend ist ein sich erwärmendes Klima. Mit steigenden Temperaturen häufen sich extreme Wetterereignisse. Dies zeigt sich in schmelzenden Eiskappen und Gletschern, großer Hitze und heftigen Regenfällen, steigendem Meeresspiegel und anderen potenziell katastrophalen Ereignissen mit nachteiligen sozialen und wirtschaftlichen Folgen. Solche Extreme trafen 2021 alle Kontinente: Rekordtemperaturen in Kanada, tödliche Überschwemmungen in Europa und Asien und Dürren in Teilen Afrikas und Südamerikas. Prognosen zufolge wird die globale Jahresmitteltemperatur in mindestens einem der nächsten fünf Jahre auf mehr als 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau steigen, womit wir uns dem unteren Grenzwert des Übereinkommens von Paris erschreckend schnell nähern.

Globale Jahresmitteltemperatur im Vergleich zum vorindustriellen Niveau (Durchschnitt 1850-1900) – 1850-2021 (in Grad Celsius)

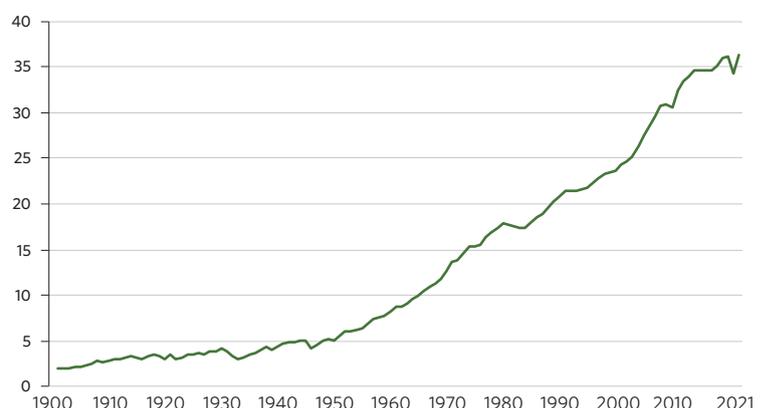


Quelle: Die Abbildung stammt aus dem Bericht *State of the Global Climate 2021* der Weltorganisation für Meteorologie, in dem die folgenden sechs internationalen Temperaturdatensätze kombiniert wurden: HadCRUT.5.0.1.0 (UK Met Office), NOAA GlobalTemp v5 (USA), NASA GISTEMP v4 (USA), Berkeley Earth (USA), ERA5 (ECMWF), JRA-55 (Japan).

Nach pandemiebedingten Rückgängen stiegen die Emissionen aus fossilen Brennstoffen 2021 auf ein Rekordhoch

2020 führten die durch COVID-19 verursachten sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen zu einem Rückgang der weltweiten Energienachfrage. Entsprechend sanken die weltweiten Kohlendioxid (CO₂)-Emissionen 2020 um 5,2 Prozent oder fast 2 Milliarden Tonnen – der höchste Rückgang überhaupt und fast das Fünffache des Rückgangs von 2009 nach der globalen Finanzkrise. Dies war jedoch nur eine Atempause. Mit dem Auslaufen der COVID-19-bedingten Einschränkungen stieg die Nachfrage nach Kohle, Erdöl und Erdgas. In der Folge stiegen die energiebezogenen CO₂-Emissionen 2021 um 6 Prozent auf einen neuen Höchststand und machten den pandemiebedingten Rückgang von 2020 vollständig zunichte.

Kohlendioxidemissionen aus Verbrennungsprozessen zur Stromgewinnung und aus Industrieprozessen – 1900-2021 (in Gigatonnen CO₂)

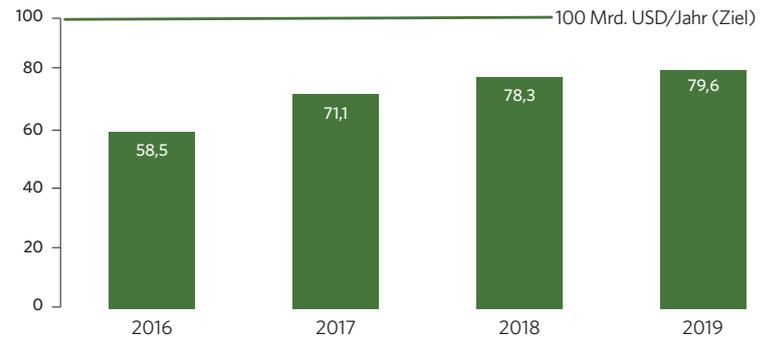


Klimafinanzierung deckt nur einen Bruchteil dessen ab, was die schlimmsten Szenarien abwenden kann

Die entwickelten Länder haben sich gemeinsam verpflichtet, zunächst bis 2020 und dann verlängert bis 2025 jährlich 100 Milliarden Dollar für Klimamaßnahmen in Entwicklungsländern zu mobilisieren. Nach Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) haben sie diese Zusage wohl nicht erfüllt. Die von entwickelten Ländern bereitgestellte und mobilisierte Klimafinanzierung belief sich 2019 auf insgesamt 79,6 Milliarden Dollar (2018: 78,3 Milliarden Dollar). Die OECD prognostiziert, dass das 100-Milliarden-Dollar-Ziel nicht vor 2023 erreicht wird.

Die Zusage von jährlich 100 Mrd. Dollar gilt zwar als Basis der internationalen Klimafinanzierung, liegt aber weit unter den Bedarfsschätzungen des IPCC. Demnach werden bis 2050 jährlich 1,6 bis 3,8 Bio. Dollar benötigt, um den Übergang in eine kohlenstoffarme Zukunft zu schaffen und eine Erderwärmung von mehr als 1,5 °C zu vermeiden.

Für Entwicklungsländer bereitgestellte und mobilisierte Klimafinanzierung – 2016-2019 (in Milliarden Dollar)



Quelle: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2021. *Climate Finance Provided and Mobilised by Developed Countries: Aggregate Trends Updated with 2019 Data*. Paris: OECD.

Der Klimawandel bedeutet Alarmstufe Rot für die Menschheit und hat Folgen für alle Nachhaltigkeitsziele

Laut dem IPCC haben menschliche Aktivitäten unwiderlegbar eine Klimaerwärmung verursacht, die so stark wie seit 2.000 Jahren nicht ist. Sein sechster Sachstandsbericht ruft die Alarmstufe Rot für die Menschheit aus und zeigt, was die Welt zu erwarten hat, wenn die Erdtemperatur um 1,5 °C oder mehr steigt.

Katastrophen und extreme Wetterereignisse

Alle Regionen der Welt sind bereits von Wetter- und Klimaextremen betroffen. Mit steigender Erderwärmung rechnet die Wissenschaft mit häufigeren und heftigeren Hitzewellen, Überschwemmungen, Niederschlägen, Dürren und Wirbelstürmen. Wenn die aktuellen Trends anhalten, könnten sich 2030 laut dem Büro der Vereinten Nationen für die Verringerung des Katastrophenrisikos 560 mittlere bis große Katastrophen pro Jahr oder durchschnittlich 1,5 pro Tag ereignen – ein Anstieg um 40 % gegenüber 2015. Der IPCC geht davon aus, dass 2100 etwa ein Drittel der globalen Landfläche unter zumindest mäßiger Dürre leiden wird. Mit jedem weiteren Anstieg der Erderwärmung werden die prognostizierten Veränderungen extremer. So dürften die heute unter 10-Jährigen bis 2100 bei einem 1,5 °C-Szenario eine fast vierfache und bei einem 3 °C-Szenario eine fünffache Zunahme von Extremereignissen erleben.

Ozeane

Der Meeresspiegel ist schon jetzt schneller angestiegen als in jedem früheren Jahrhundert. Prognosen zufolge könnte er bis 2100 um 30 bis 60 cm steigen, selbst wenn die Treibhausgasemissionen stark reduziert werden und die Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C begrenzt wird. Ein steigender Meeresspiegel würde zu häufigeren und schwereren Küstenüberflutungen und -erosionen führen. Auch die Erwärmung der Ozeane wird sich fortsetzen und immer intensivere und häufigere marine Hitzewellen, eine Versauerung der Ozeane und einen verringerten Sauerstoffgehalt bringen. Auch wenn der Schwellenwert von 1,5 °C nicht überschritten wird, werden etwa 70 bis 90 % der Warmwasser-Korallenriffe verschwinden; bei 2 °C würden sie ganz absterben. Diese Auswirkungen, die mindestens für den Rest dieses Jahrhunderts zu erwarten sind, bedrohen marine Ökosysteme und die mehr als 3 Mrd. Menschen, für die die Ozeane die Lebensgrundlage bilden.

Biologische Vielfalt

Noch ehe der Klimawandel voll durchschlägt, beschleunigt sich der Biodiversitätsverlust. Weitere Verluste bei Land-, Meeres- und

Küstensystemen sind zu erwarten, wobei ihre Schwere von der erreichten Temperaturschwelle abhängt. So wird sich das ohnehin sehr hohe Aussterberisiko für endemische Arten in „Hotspots“ der biologischen Vielfalt verdoppeln, wenn die durchschnittliche mittlere Erdtemperatur um 1,5 °C bis 2 °C ansteigt; steigt sie jedoch um 1,5 °C bis 3 °C, wird sich das Risiko verzehnfachen. Die Schwächung von Ökosystemen und der Verlust biologischer Vielfalt werden die Ökosystemleistungen beeinträchtigen und die menschliche Gesundheit und letztlich unser Überleben gefährden. Auch neue Zoonosen wie COVID-19 und mögliche künftige Pandemien werden unter diesen Bedingungen wahrscheinlicher.

Landwirtschaft und Ernährungssysteme

Dürren, Überschwemmungen und Hitzewellen infolge des Klimawandels üben vielerorts zusätzlich Druck auf die Nahrungsmittelproduktion aus. In Teilen Afrikas und Zentral- und Südamerikas sorgen Überschwemmungen und Dürren schon jetzt für häufigere und teils akute Ernährungsunsicherheit und Fehlernährung. Auch dürften Böden verarmen, Schädlingsbefall und Krankheiten zunehmen und Ökosystemleistungen wie Bestäubung abnehmen.

Verwundbare Bevölkerungsgruppen

Klimawandel trifft alle, aber die Verwundbarsten am härtesten. Laut IPCC-Bericht leben etwa 3,3 bis 3,6 Mrd. Menschen in einem Kontext, der sie für den Klimawandel sehr anfällig macht. Diese Anfälligkeit ist in kleinen Inselentwicklungsländern, der Arktis, Südasien, Zentral- und Südamerika und großen Teilen Afrikas südlich der Sahara besonders ausgeprägt. Armut, begrenzter Zugang zur Grundversorgung, Konflikte und schwache staatliche Strukturen schränken die Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel ein und führen zu humanitären Krisen, die Millionen aus ihrer Heimat vertreiben könnten. Dürre allein könnte bis 2030 etwa 700 Mio. Menschen zum Fortgehen zwingen.

Klimamaßnahmen jetzt treffen

Nach dem jüngsten IPCC-Bericht sind die wissenschaftlichen Erkenntnisse eindeutig: Der Klimawandel bedroht das Wohl der Menschen und die Gesundheit der Erde. Mit jedem weiteren Aufschub konzertierten globalen Handelns wird das sich schnell schließende Zeitfenster für die Sicherung einer lebenswerten Zukunft kleiner. In dem Bericht werden nachdrücklich sofortige Klimamaßnahmen gefordert.

Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen

Menschliche Aktivitäten gefährden das größte Ökosystem der Erde – die Ozeane und Meere – und beeinträchtigen die Existenzgrundlagen von Milliarden. Die Versauerung der Ozeane und steigende Meerestemperaturen bedrohen Meeresarten und beeinträchtigen marine Ökosystemleistungen. So gingen zwischen 2009 und 2018 weltweit etwa 14 % der Korallenriffe – wegen ihrer außergewöhnlichen Biodiversität als „Regenwälder des Meeres“ bezeichnet – verloren. Auch Verschmutzung aus verschiedenen Quellen belastet die Ozeane zunehmend, schadet den Meereslebewesen und gelangt letztlich in die Nahrungskette. Rasantes Wachstum des Fischkonsums (um 122 % zwischen 1990 und 2018) und unzureichende staatliche Maßnahmen zur Fischereibewirtschaftung haben die Fischbestände dezimiert. Damit die Gesundheit der Ozeane nicht weiter abnimmt, müssen Schutzmaßnahmen verstärkt und Lösungen für eine nachhaltige „blaue Wirtschaft“ gefunden werden. Dazu gehört ein von der Quelle bis zur



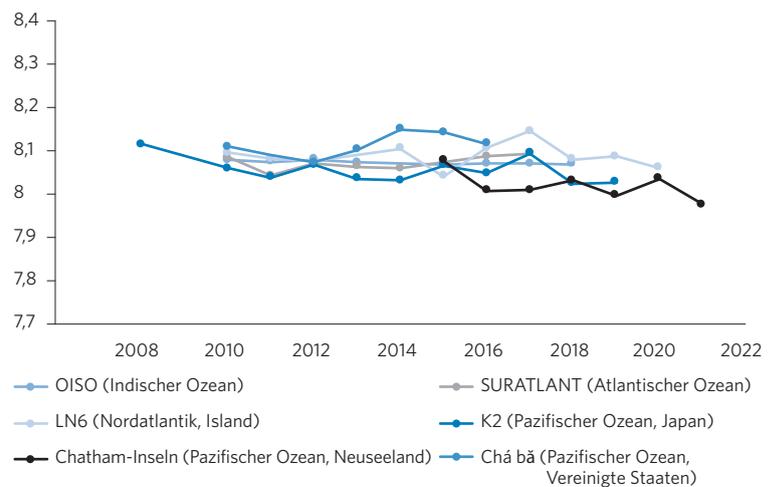
In der Kleinfischerei in Namibia tätige Menschen sind Teil einer Initiative zur Förderung menschenwürdiger Arbeit für eine faire, resiliente und nachhaltige Überwindung der COVID-19-Krise.

Mündung reichendes Konzept, das direkt an den Verbindungen zwischen Land-, Wasser-, Delta-, Mündungs-, Küsten-, küstennahen und Meeresökosystemen ansetzt und die holistische Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und die wirtschaftliche Entwicklung unterstützt.

Zunehmende Versauerung begrenzt die Fähigkeit der Ozeane, den Klimawandel zu mildern

Ozeane absorbieren etwa ein Viertel aller jährlichen CO₂-Emissionen und schwächen so den Klimawandel ab und mildern seine Folgen. Diese essenzielle Leistung hat jedoch ihren Preis: Sie verändert das Karbonatsystem und erhöht den Säuregehalt der Ozeane. Diese Versauerung bedroht Organismen und Ökosystemleistungen, gefährdet Fischerei und Aquakultur und beeinträchtigt durch die Schwächung von Korallenriffen den Küstenschutz. Die Versauerung dürfte sich in den kommenden Jahrzehnten weiter beschleunigen. Mit steigender Versauerung können die Ozeane weniger atmosphärisches CO₂ aufnehmen und somit weniger zur Milderung des Klimawandels beitragen. Von 2021 auf 2022 hat sich die Zahl der Beobachtungsstationen, die Daten zur Versauerung der Ozeane melden, von 178 auf 308 fast verdoppelt. Berichterstattung und Daten sind jedoch weiterhin lückenhaft. Beobachtungsstellen auf dem offenen Meer haben in den letzten 20 bis 30 Jahren eine kontinuierliche Abnahme des pH-Wertes festgestellt. Beobachtungen an den Küsten ergeben dagegen ein wegen verschiedener Stressfaktoren differenzierteres Bild.

Jährliche pH-Durchschnittswerte von repräsentativen Messstellen in offenen Gewässern – 2008-2021



Die starke Zunahme von Plastik, Nährstoffeinträgen und anderen Abfällen tötet Meereslebewesen

Die Hauptquellen der Meeresverschmutzung liegen an Land und erzeugen einen scheinbar unaufhaltsamen Strom von Müll, Abfällen und Einträgen ins Meer. Mit mehr als 17 Millionen Tonnen, die nach Schätzungen einer Studie 2021 in die Weltmeere gelangten, macht Plastik den Großteil (85 %) des Meeressmülls aus. Das Volumen des jährlich in die Ozeane eingebrachten Plastikmülls dürfte sich bis 2040 verdoppeln oder verdreifachen und alles Leben im Meer bedrohen.

In den Küstengebieten ist die durch Nährstoffverschmutzung verursachte Eutrophierung seit 2016 tendenziell steigend. Dadurch ist zwischen 2008 und 2019 auch die Zahl der „toten Zonen“ weltweit von 400 auf rund 700 gewachsen. Die COVID-19-Pandemie mag wegen abnehmender touristischer und sonstiger Aktivitäten die Küsterverschmutzung in einigen Gebieten verringert haben, doch scheint die Küsteneutrophierung weltweit nicht zurückgegangen zu sein.

Weite Teile der Ozeane stehen unter Schutz, aber die Anstrengungen müssen noch verstärkt werden

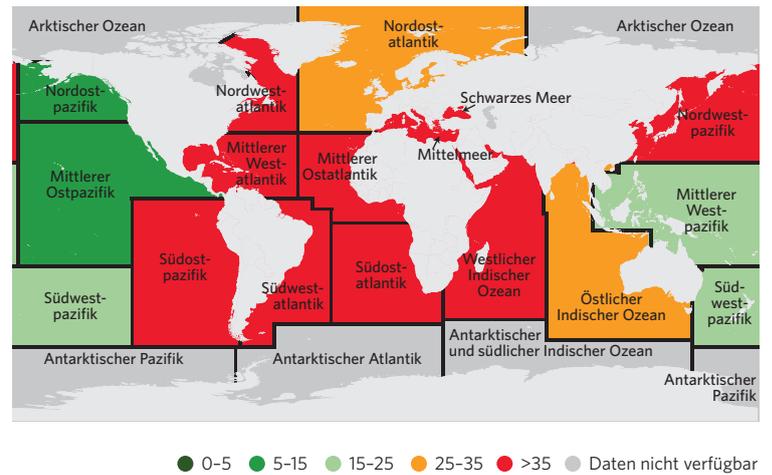
Meeresschutzgebiete und andere wirksame gebietsbezogene Maßnahmen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt – darunter geschonte Meeresgebiete, Meeressparks und -reservate – haben in den letzten zehn Jahren einen erheblichen Zuwachs erfahren. 2021 standen weltweit acht Prozent der Küstengewässer und Ozeane unter Schutz. Mit den jüngsten Ausweisungen von Meeresschutzgebieten wird dieser Anteil steigen und näher an die in den Zielen für nachhaltige Entwicklung und den Aichi-Biodiversitätszielen geforderten zehn Prozent heranrücken. So wurde vor kurzem im Nordatlantik ein für Seevögel äußerst wichtiges Hochsee-Schutzgebiet mit einer Fläche von fast 600.000 km² ausgewiesen.

Es ist wichtig, dass Schutzgebiete strategisch an den für die Erhaltung der Natur besonders kritischen Orten ausgewiesen werden, etwa in für die Biodiversität besonders wichtigen Gebieten. Mehr als die Hälfte (55 %) der für die Biodiversität besonders wichtigen Meeresgebiete sind jedoch noch nicht geschützt.

Die weltweiten Fischbestände sind weiter bedroht, obwohl der Weg zur Nachhaltigkeit klar und gangbar ist

Die weltweiten Fischbestände sind zunehmend durch Überfischung und illegale, ungemeldete und unregulierte Fischerei bedroht. 2019 waren mehr als ein Drittel (35,4 %) der weltweiten Bestände überfischt; 2017 waren es 34,2 Prozent und 1974 10 %. Die Verschlechterung hat sich in letzter Zeit somit verlangsamt. Der Südostpazifik weist nun den höchsten Anteil an biologisch nicht nachhaltig bewirtschafteten Fischbeständen auf (66,7 %), gefolgt von Mittelmeer und Schwarzem Meer (63,3 %) und Nordwestpazifik (45 Prozent). Am niedrigsten lag dieser Anteil mit 13 bis 21 % im östlichen Zentralpazifik, Südwestpazifik, Nordostpazifik und westlichen Zentralpazifik. Verbesserte Vorschriften in Verbindung mit wirksamer Beobachtung und Überwachung haben dazu beigetragen, überfischte Bestände wieder auf ein biologisch nachhaltiges Niveau zu bringen. Nach begrenzten vorläufigen Daten von 2020 werden solche Maßnahmen jedoch generell und insbesondere in vielen Entwicklungsländern nur langsam eingeführt.

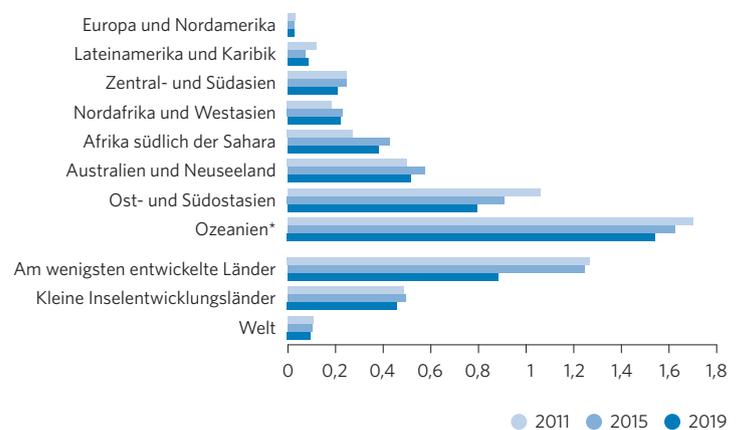
Anteil der biologisch nicht nachhaltig bewirtschafteten Fischbestände nach Hauptfischereigeieten gemäß FAO-Definition – 2019 (in Prozent)



Druck auf Fischbestände senkt in einigen Regionen den Beitrag nachhaltiger Fischerei zum Wirtschaftswachstum

Nachhaltige Fischerei spielt für die lokale Wirtschaft und die Ernährungssicherheit eine wichtige Rolle. Ihr Anteil am globalen BIP lag 2019 bei etwa 0,10 % und hat sich seit 2011 nicht wesentlich verändert. In den kleinen Inselentwicklungsländern in Ozeanien und den am wenigsten entwickelten Ländern liegt dieser Anteil bei 1,5 beziehungsweise 0,90 % des BIP, was die stärkere Abhängigkeit der Armen der Welt von der Fischerei widerspiegelt. Während der Beitrag der Fischerei zum BIP in einigen Regionen gestiegen ist, sehen sich andere Regionen einem vom Menschen verursachten externen Druck auf die Wildfischbestände gegenüber. So hat die abnehmende Nachhaltigkeit mehrerer Bestände im Pazifik insgesamt zu einem Abwärtstrend in Ost- und Südostasien geführt, wo der Anteil der nachhaltigen Fischerei von 1,06 % des BIP (2011) auf 0,80 % (2019) sank. Die nachhaltige Bewirtschaftung von Fischbeständen ist nach wie vor entscheidend dafür, dass die Fischerei auch in Zukunft wirtschaftliches Wachstum erzeugt und eine gerechte Entwicklung fördert.

Anteil der nachhaltigen Fischerei am BIP – 2011-2019 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland

Um die Kleinfischerei zu unterstützen, in der viele durch die Pandemie ihre Existenzgrundlage verloren, muss schneller gehandelt werden

Fast eine halbe Milliarde Menschen sind zumindest teilweise von der Kleinfischerei abhängig, auf die weltweit 90 % der Arbeitsplätze in der Fischerei entfallen. Fast alle in der Kleinfischerei Tätigen (97 %) leben in Entwicklungsländern, viele sind hochgradig armutsgefährdet und haben keine weiteren sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten. Seit 2015 werden in den meisten Regionen stärkere Anstrengungen unternommen, der Kleinfischerei den Zugang zu Meeresressourcen und Märkten zu eröffnen. Der durchschnittliche weltweite Umsetzungsgrad, der die Umsetzung förderlicher Rahmen, die Durchführung konkreter Unterstützungsmaßnahmen und die Entscheidungsbeteiligung der in der Kleinfischerei Tätigen misst, ist zwischen 2018 und 2022 von 3/5 auf 5/5 gestiegen. Zu den aktuellen Herausforderungen zählen die Verbesserung der Berichterstattungsraten und die Beschleunigung der Fortschritte angesichts der übermäßigen Auswirkungen von COVID-19 auf Kleinfischereigemeinschaften. Pandemiebedingte Einschränkungen und Markteinbrüche sorgten vielerorts dafür, dass lange Zeit Fisch weder gefangen, verarbeitet noch verkauft werden konnte.

Wiederherstellung von Fischbeständen – und Einkommen – durch traditionelles Wissen

Für die Menschen im indonesischen Dorf Menarbu ist das Meer die einzige Lebensgrundlage, da sie kein Gemüse für den Verkauf außerhalb ihrer Gemeinschaft anbauen können. Yohanis Ayami-sebahe, ein lokaler Fischer, hat ein Boot mit Außenbordmotor, mit dem er Angelschnur, Schnorchel und Kalawai (Speer) transportiert. Als 2018 klar wurde, dass sich der Zustand des Meeres und die Fischbestände verschlechterten, führte sein Dorf ein indigenes Gemeinschaftssystem zur Bewirtschaftung der Küstenressourcen namens Sasi ein. Seither, so Ayamisebahe, entwickeln sich die Fischbestände gut, und die Einkommen steigen. Dieses traditionelle, generationenalte System basiert auf dem Gleichgewicht zwischen Mensch und Umwelt. Es soll das küstennahe marine Ökosystem durch ein Regelwerk schützen, das unter anderem festlegt, wann welche Fischarten gefangen werden dürfen. Die Herausforderung für die Gemeinschaft besteht nun darin, nahe gelegene Absatzmöglichkeiten für ihre Produkte zu finden, da der Markt sehr weit entfernt und Benzin teuer ist.



Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen

Gesunde Ökosysteme und ihre biologische Vielfalt sind eine Quelle von Nahrung, Wasser, Arzneimitteln, Wohnraum und anderen materiellen Gütern. Darüber hinaus erbringen sie Ökosystemleistungen wie die Reinigung von Luft und Wasser, die das Leben erhalten und die Widerstandsfähigkeit angesichts zunehmender Belastungen steigern. Die meisten Landökosysteme wurden jedoch durch menschliche Aktivitäten tiefgreifend verändert. Etwa 40.000 Arten drohen in den nächsten Jahrzehnten begründeten Annahmen zufolge auszusterben, 10 Millionen Hektar Wald (die Fläche Islands) werden jedes Jahr vernichtet, und mehr als die Hälfte der für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiete steht weiter nicht unter Schutz.

Um die Schädigung dieser Ökosysteme zu verhindern und aufzuhalten, betreiben viele Länder eine nachhaltige Waldbewirtschaftung, schützen die für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiete und



Ackerbau in der afrikanischen Sahel-Region ist nicht einfach, aber neue Technologien, wie diese Halbmond-Pflugtechnik, verbessern die Ernten im Regenfeldbau und machen den Boden durchlässiger für die Bepflanzung.

erlassen nationale Rechtsvorschriften und Maßnahmen zur Erhaltung der Natur. Andere Chancen werden dagegen vertan. COVID-19 bot die Chance, Biodiversitätserwägungen in die Maßnahmen zur wirtschaftlichen Erholung einzubeziehen und die Zukunft nachhaltiger zu gestalten. Bei den Ausgaben für die Überwindung der Pandemie blieb die biologische Vielfalt jedoch weitgehend unberücksichtigt.

Die Wälder der Erde schrumpfen weiter, vor allem durch die Erweiterung von Agrarflächen

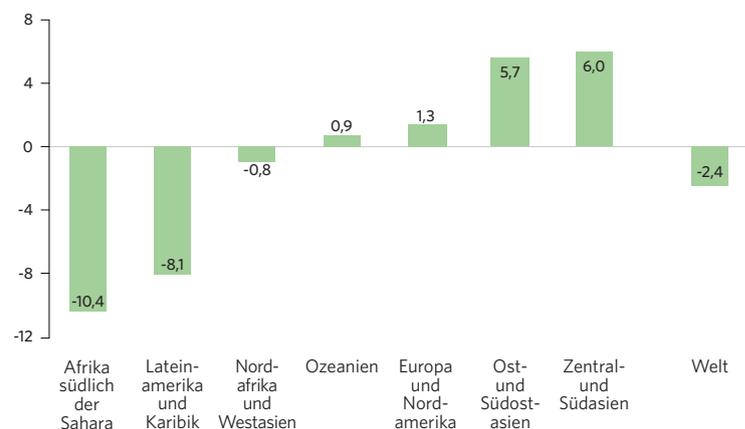
Die Waldflächen der Erde schrumpfen weiter, allerdings nicht ganz so rasch wie in früheren Jahrzehnten. Der Anteil der Wälder an der gesamten Landfläche sank zwischen 2000 und 2020 von 31,9 auf 31,2 Prozent und damit netto um fast 100 Millionen Hektar. Die Erweiterung von Agrarflächen ist für fast 90 Prozent der weltweiten Entwaldung verantwortlich, wobei die Erweiterung von Anbauflächen 49,6 Prozent und die von Weideflächen 38,5 Prozent ausmacht.

Veränderungen der Waldfläche sind regional sehr unterschiedlich. In Asien, Europa und Nordamerika nahm die Waldfläche zwischen 2000 und 2020 infolge von Aufforstung, Landschaftssanierung und natürlicher Waldausbreitung insgesamt zu. Demgegenüber gab es in Lateinamerika und in Afrika südlich der Sahara erhebliche Waldverluste, zumeist aufgrund der Umwandlung von Wäldern in Agrarflächen.

Trotz erheblicher Fortschritte in mehreren Regionen werden weiter Wälder abgeholzt. Zwischen 2010 und 2021 nahm die zertifizierte Waldfläche um 35 Prozent zu. Der Anteil der Wälder mit einem langfristigen Bewirtschaftungsplan stieg zwischen 2010 und 2020 von 54 auf 58 Prozent. 2020 befanden sich mehr als 700 Millionen Hektar Wald (18 Prozent) innerhalb ausgewiesener Schutzgebiete. Während

in Zentralasien, Europa und Westasien für nahezu alle Wälder ein Bewirtschaftungsplan gilt, ist der Anteil der bewirtschafteten Wälder in Lateinamerika und der Karibik, Ozeanien und Afrika südlich der Sahara nach wie vor gering.

Veränderung der Waldfläche – 2000-2020 (in Prozent)



Der Zugang zu genetischen Ressourcen und der Vorteilsausgleich werden weltweit stärker gefördert

Die Welt kommt bei der Umsetzung von Rahmenplänen für die nachhaltige Nutzung genetischer Ressourcen und des damit verbundenen traditionellen Wissens weiter voran. Das Nagoya-Protokoll zum Übereinkommen über die biologische Vielfalt bietet einen transparenten Rechtsrahmen für eine ausgewogene und gerechte Aufteilung der Vorteile aus der Nutzung der genetischen Ressourcen. Bis Februar 2022 hatten 132 Länder und die Europäische Union das Protokoll ratifiziert und 68 Länder mindestens eine Gesetzgebungs-, Verwaltungs- oder politische Maßnahme zu seiner Durchführung erarbeitet.

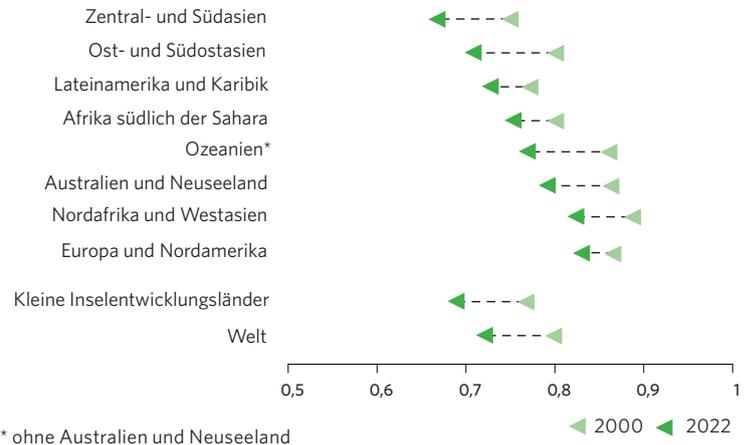
Bis dahin war auch die Zahl der Vertragsparteien des Internationalen Vertrags über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft von 135 (2015) auf 148 gestiegen. 79 Länder haben einen nationalen Bericht über die Durchführung des Vertrags vorgelegt; deutlich mehr als 2016 (12 Länder). Darüber hinaus stieg die Zahl der standardisierten Materialübertragungsvereinbarungen zwischen 2015 und 2022 von 55.352 auf 81.556, was darauf hindeutet, dass ein größerer Nutzerkreis das Multilaterale System des Vertrags für Forschungs-, Züchtungs- und Ausbildungszwecke nutzt.

Das Risiko des Artensterbens steigt weiter und ist in Asien und den kleinen Inselentwicklungsländern am höchsten

Das Risiko des Artensterbens steigt in einem in der Menschheitsgeschichte beispiellosen Tempo. Der Rote-Liste-Index, der das allgemeine Aussterberisiko für verschiedene Arten in ausgewählten taxonomischen Gruppen misst, zeigt für den Zeitraum 2000-2022 eine Verschlechterung um 9,2 Prozent. Die regionalen Unterschiede sind sowohl in Bezug auf das allgemeine Aussterberisiko als auch hinsichtlich der Rate der Verschlechterung beträchtlich. In Zentral- und Südasien, Ost- und Südostasien und den kleinen Inselentwicklungsländern liegen das Risiko und die Verschlechterungsrate über dem Weltdurchschnitt. Hauptgründe dafür sind eine nicht nachhaltige Landwirtschaft und die übermäßige Entnahme wildlebender Arten. Mit Aktivitäten wie Holzeinschlag und Feldbau dringt der Mensch in Lebensräume ein und gefährdet so beispielsweise rund 20 Prozent aller Reptilienarten. Zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt bedarf es dringend grundlegender Maßnahmen wie der Aufhebung des Nettoverlusts an Lebensraum,

der Umgestaltung der Flächenbewirtschaftung und des Übergangs zu einer nachhaltigen Landwirtschaft.

Rote-Liste-Index des Fortbestands der Arten – 2000 und 2022

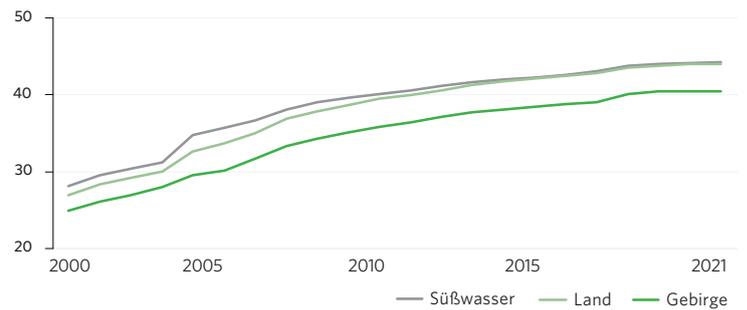


Fast die Hälfte der für die weltweite Biodiversität besonders wichtigen Gebiete steht unter Schutz, doch liegen vier Regionen zurück

Angesichts der stark unterschiedlichen Verteilung der biologischen Vielfalt und ihrer Gefährdung in aller Welt ist es wichtig, Schutzgebiete strategisch zu platzieren. Die Bewahrung der für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiete durch die Errichtung von Schutzgebieten oder andere wirksame gebietsbezogene Erhaltungsmaßnahmen hilft einen raschen Artenschwund zu verhindern. Zwischen 2000 und 2021 ist der durchschnittliche Anteil der für die Biodiversität besonders wichtigen Gebiete, die als Schutzgebiete ausgewiesen sind, global von mehr als einem Viertel auf knapp die Hälfte gestiegen. Trotz dieses ermutigenden Trends hat sich die Ausweisung solcher Gebiete in den letzten Jahren verlangsamt und ist zudem regional unterschiedlich. In vier Regionen – Westasien und Nordafrika, Zentral- und Südasien, Ost- und Südostasien und Ozeanien – liegt der mittlere Anteil der für die Biodiversität besonders wichtigen Meeres-, Land-, Süß-

wasser- und Gebirgsflächen, die als Schutzgebiete ausgewiesen sind, noch immer unter 35 Prozent.

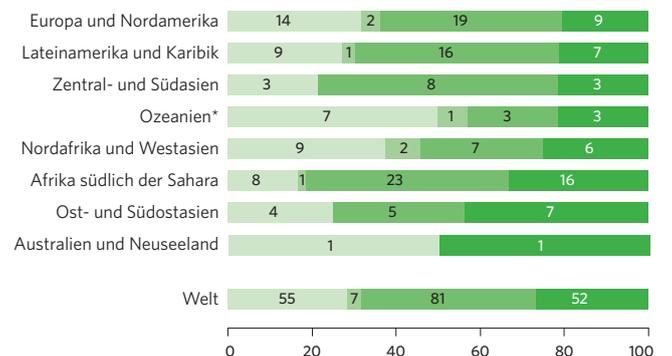
Mittlerer Anteil der für die Biodiversität besonders wichtigen Land-, Süßwasser- und Gebirgsflächen, die als Schutzgebiete ausgewiesen sind – 2000-2021 (in Prozent)



Der Wert der Biodiversität wird in nationalen Planungsprozessen zunehmend, doch zu langsam, anerkannt

Die biologische Vielfalt trägt direkt oder indirekt zur Erreichung der meisten Nachhaltigkeitsziele bei. Die Zahl der Länder, die Ökosystem- und Biodiversitätswerte in die nationalen Rechnungslegungs- und Berichterstattungssysteme aufnehmen, steigt stetig an. Die meisten Länder haben diesbezügliche nationale Zielvorgaben im Einklang mit dem Aichi-Biodiversitätsziel 2² des Strategieplans für die biologische Vielfalt 2011-2020 aufgestellt. Bis Januar 2022 waren 37 Prozent der bewerteten Länder auf Kurs, ihre nationalen Zielvorgaben zu erreichen oder zu übertreffen, 58 Prozent kamen ihren Zielvorgaben näher, jedoch nicht rasch genug, und 5 Prozent meldeten keine Fortschritte oder sogar Rückschritte. Trotz erheblicher Erfolge wurde das Aichi-Biodiversitätsziel 2 bis 2020 nicht erreicht. Ein besserer Wiederaufbau nach COVID-19 bietet die Chance, Biodiversitätserwägungen in die Maßnahmen zur wirtschaftlichen Erholung einzubeziehen und so die Zukunft nachhaltiger zu gestalten und zugleich das Risiko künftiger Pandemien zu verringern. Diese Chance wird jedoch nicht genutzt. Bei den Ausgaben für die Überwindung der Pandemie blieb die biologische Vielfalt bislang weitgehend unberücksichtigt.

Anzahl der Länder, die unterschiedliche Fortschritte in Bezug auf die nationalen Zielvorgaben im Einklang mit dem Aichi-Biodiversitätsziel 2 meldeten – Stand: Januar 2022



- Keine nationale Zielvorgabe
- Keine Fortschritte oder aber Rückschritte
- Fortschritte reichen zur Erreichung der nationalen Zielvorgabe nicht aus
- Auf Kurs, die nationale Zielvorgabe zu erreichen oder zu übertreffen

* ohne Australien und Neuseeland

² Aichi-Biodiversitätsziel 2: Bis spätestens 2020 ist der Wert der biologischen Vielfalt in den nationalen und lokalen Entwicklungs- und Armutsbekämpfungsstrategien und Planungsprozessen berücksichtigt worden und wird soweit angemessen in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und die Berichtssysteme einbezogen.



Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige,

rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

Die Rufe nach globalem Frieden werden lauter in einer Welt, in der so viele Gewaltkonflikte wüten wie seit 1946 nicht mehr. Ende 2020 lebte ein Viertel der Weltbevölkerung in von Konflikten betroffenen Ländern. Inmitten dieser Krisen und trotz der durch COVID-19 eingeschränkten Bewegungsfreiheit hielt Vertreibung an und nahm sogar noch zu. Im Mai 2022 erreichte die Zahl der weltweit Vertriebenen mit 100 Millionen einen neuen Höchststand. Diese enorme Zahl wird mit den zunehmenden Auswirkungen des Krieges in der Ukraine weiter steigen. Die Kosten von Kriegen und Konflikten sind hoch. Sie treffen die Armen und Schwachen am stärksten, haben globale Wirkungen und lassen Menschenrechtsverletzungen und humanitären Bedarf eskalieren. In Ausübung der Grundfreiheiten andere Menschen zu verteidigen, kann nach wie vor tödlich sein: 2021 wurden in 35 Län-



Am Bahnhof von Lwiw (Ukraine) verabschiedet sich Nicolai von seiner Tochter Elina (4) und seiner Frau Lolita, die vor dem Krieg nach Polen fliehen.

dern 320 Menschen, die die Menschenrechte verteidigten oder journalistisch oder gewerkschaftlich tätig waren, angegriffen und getötet. Die Beendigung bewaffneter Konflikte, die Stärkung von Institutionen und der Erlass inklusiver und unterschiedslos geltender Rechtsvorschriften, die die Menschenrechte aller schützen, sind notwendige Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung.

Zivilpersonen sind weiter die Hauptleidtragenden von Gewaltkonflikten, und mehr Menschen denn je sind vertrieben

Nach Erkenntnissen der Vereinten Nationen forderten die 12 tödlichsten bewaffneten Konflikte der Welt 2021 mindestens 13.842 Menschenleben. Darunter waren 11.075 Zivilpersonen; ein Achtel von ihnen Frauen oder Kinder. Auch wenn die Zahl der zivilen Todesopfer bei Konflikten im Vergleich zu 2020 um 17 Prozent und im Vergleich zu 2015 um 69 Prozent gesunken ist, bleibt sie unannehmbar hoch. Viele dieser Konfliktsituationen sind fragil, und die Gefahr einer Eskalation und damit einhergehender Verstöße gegen die internationalen Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht wächst.

Im Mai 2022 überschritt die Zahl der Menschen, die vor Konflikten, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und Verfolgung fliehen mussten, 100 Millionen. Nach Daten für 2021 waren etwa 41 Prozent der weltweit Vertriebenen Kinder. Durch Konflikte, körperliche und sexuelle Gewalt, unerfüllte Grundbedürfnisse, mangelnden Bildungszugang und eine Vielzahl traumatisch bedingter psychischer Erkrankungen haben vor allem Kinder maßlosen Schaden und Brüche in ihrem Leben und ihrer Entwicklung erlitten. Allein in der Ukraine dürften die Fälle aller Formen von Gewalt gegen Kinder in die Zehntausende gehen, wobei in Einrichtungen untergebrachte Kinder und Kinder mit Behinderungen besonders betroffen sind. Menschen-

rechtsverletzungen in Konfliktländern, darunter Menschenhandel und Zwangsarbeit, nehmen zu, das humanitäre Völkerrecht wird missachtet und der globale Pakt der Menschheit ausgehöhlt.

Neben diesen offensichtlicheren Folgen hat Krieg weitere dauerhafte und weitreichende Auswirkungen. So hat der Krieg in der Ukraine die Preise für Nahrungsmittel, Brennstoff und Düngemittel in die Höhe schnellen lassen, für Verwerfungen in den Lieferketten und im Weltmarkt und für Aufruhr in den Finanzmärkten gesorgt, was zu einer weltweiten Nahrungsmittelkrise führen könnte. Die humanitäre Notlage in dem Land steht derzeit weltweit im Rampenlicht, doch viele andere Konflikte erfordern die gleiche – und anhaltende – Aufmerksamkeit und Anteilnahme. In den letzten zehn Jahren hat die Welt 349 Milliarden Dollar für Friedenssicherung, humanitäre Hilfe und Flüchtlingshilfe ausgegeben.

Solange bewaffnete Konflikte nicht enden, treffen sie weiter alle Teile der Gesellschaft und die Verwundbarsten am härtesten. Um eine weitere Destabilisierung der Welt zu verhindern, hat der Generalsekretär alle an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Parteien aufgerufen, Alternativen zu Kampfhandlungen zu finden und einen Weg der Diplomatie und des Friedens einzuschlagen.

Rückverfolgung ist wichtig, um den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen einzudämmen, muss aber durch bessere weltweite Zusammenarbeit gestärkt werden

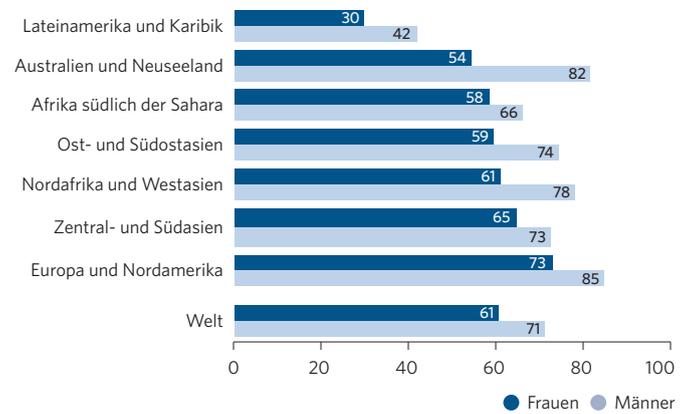
Rückverfolgung ist der Schlüssel zur erfolgreichen Ermittlung und Offenlegung der Herkunft illegaler Feuerwaffen und ein entscheidender Schritt zur Bekämpfung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen. Eine systematische Rückverfolgung bleibt jedoch weltweit schwierig. Zwischen 2016 und 2020 wurden nach Angaben aus 20 Ländern durchschnittlich 28 Prozent der beschlagnahmten Waffen erfolgreich rückverfolgt. Knapp 60 Prozent der erfolgreich rückverfolgten Feuerwaffen wurden über ein nationales Register und die

restlichen 40 Prozent auf internationalem Weg über ein ausländisches Register identifiziert. Dies zeigt, wie wichtig internationale Kooperation ist, auch wenn sie noch nicht ausreichend praktiziert wird. Die Vernichtung von Waffen ist eine weitere wichtige Maßnahme zur Verringerung illegaler Waffenströme. Von 2018 bis 2019 vernichteten nationale Behörden durchschnittlich 48 Prozent der beschlagnahmten, aufgefundenen oder abgegebenen Waffen.

Etwa ein Drittel der Weltbevölkerung – zumeist Frauen – geben an, dass sie sich unsicher fühlen, wenn sie nachts allein in ihrem Viertel unterwegs sind

Sich in der Öffentlichkeit unsicher zu fühlen, kann das Wohlbefinden grundlegend beeinträchtigen, Vertrauen und gesellschaftliches Engagement schmälern und so zum Entwicklungshindernis werden. Im Durchschnitt geben etwa 69 Prozent der Weltbevölkerung an, dass sie sich sicher fühlen, wenn sie nachts allein in ihrem Wohngebiet unterwegs sind – ein Anteil, der von 2016 auf 2021 stabil geblieben ist. Allerdings gibt es große regionale Unterschiede, wobei das Sicherheitsempfinden in Lateinamerika und der Karibik am niedrigsten und in Ost- und Südostasien am höchsten ist. Nach Daten für 2019-2021 aus 106 Ländern liegt der Anteil derer, die sich sicher fühlen, wenn sie nachts allein in ihrem Viertel unterwegs sind, bei Frauen durchschnittlich um 10 Prozentpunkte niedriger als bei Männern (61 gegenüber 71 Prozent). Dieses Geschlechtergefälle ist in allen Regionen präsent, aber in Australien und Neuseeland (27 Prozentpunkte Unterschied) und in Nordafrika und Westasien (17 Prozentpunkte Unterschied) besonders ausgeprägt.

Bevölkerungsanteil der Menschen, die sich sicher fühlen, wenn sie nachts allein in ihrem Wohngebiet unterwegs sind, nach Geschlecht – Durchschnitt 2019-2021 (in Prozent)

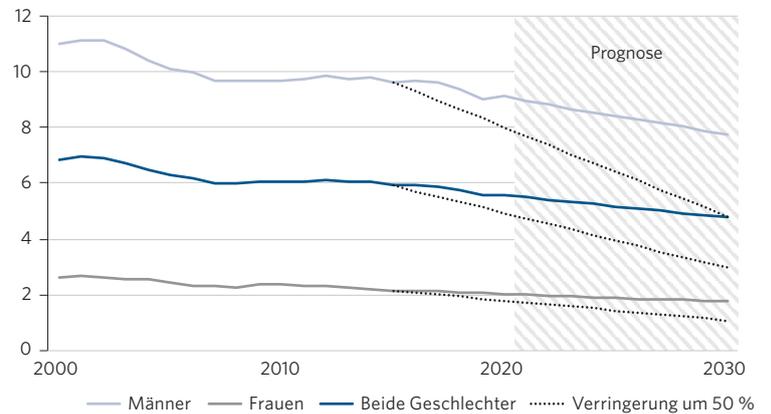


Die Tötungsraten sind rückläufig, geschlechtsspezifische Unterschiede weiter groß

Zwischen 2015 und 2020 sank die weltweite Tötungsrate um 5,2 Prozent – von 5,9 auf 5,6 Tötungen je 100.000 Menschen. Die gemeldeten Opfer sind zu 80 Prozent Männer, doch unter denen, die von Intimpartnern oder -partnerinnen oder Familienangehörigen getötet werden, sind etwa 60 Prozent Frauen und Mädchen. Auch auf regionaler Ebene gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede. In Lateinamerika und der Karibik ging die Tötungsrate bei der männlichen Bevölkerung zwischen 2015 und 2020 um 6,9 Prozent zurück, während sie bei der weiblichen um 2,7 Prozent stieg. In Ost- und Südostasien sank die Tötungsrate bei der männlichen Bevölkerung um 35 Prozent, bei der weiblichen jedoch nur um 20 Prozent.

Bis 2030 dürfte die globale Tötungsrate gegenüber 2015 um 19 Prozent auf etwa 4,8 je 100.000 Menschen zurückgehen. Damit wird die in den Zielen für nachhaltige Entwicklung angestrebte „deutliche Verringerung“ bis 2030 verfehlt. Für raschere Fortschritte sind zusätzliche politische Maßnahmen zur Eindämmung tödlicher Gewalt in der Öffentlichkeit sowie spezifische Maßnahmen zur Verhütung geschlechtsspezifischer Tötungen im häuslichen Bereich erforderlich.

Trends und Prognosen der weltweiten Tötungsrate, nach Geschlecht – 2000-2030 (Tötungen je 100.000 Menschen)

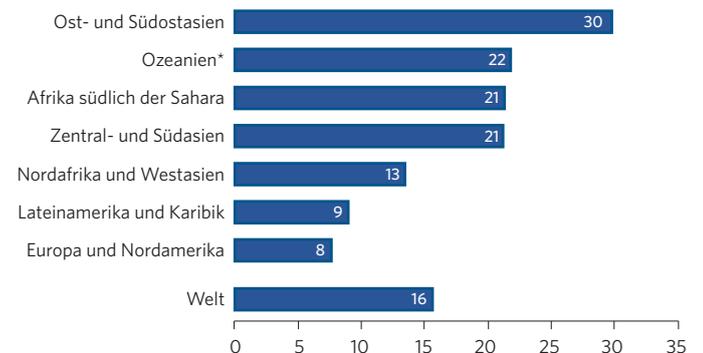


Anmerkung: Die Prognosen für 2021-2030 sind lineare Extrapolationen der 2015-2020 beobachteten Trends.

Gestrafte und transparente Geschäftsprozesse können dazu beitragen, Korruption, die es in jeder Region gibt, einzudämmen

Korruption schafft Hindernisse und Wettbewerbsnachteile für Unternehmen in aller Welt und beeinträchtigt so die nachhaltige Entwicklung von Volkswirtschaften. Weltweit wird fast jedes sechste Unternehmen von öffentlichen Bediensteten zur Zahlung von Bestechungsgeldern aufgefordert, am häufigsten im Zusammenhang mit Strom- und Wasseranschlüssen, Bau-, Einfuhr- und Betriebsgenehmigungen und im Gespräch mit Steuerbehörden. Die Bestechungsinzidenz ist von Region zu Region unterschiedlich. Am höchsten ist sie in Ost- und Südostasien und den am wenigsten entwickelten Ländern, wo rund 30 Prozent der Unternehmen betroffen sind, am niedrigsten ist sie in Lateinamerika und der Karibik mit 9 Prozent und in Europa und Nordamerika mit 8 Prozent. Politikverantwortliche können gegensteuern, indem sie verlangen, dass Geschäftsprozesse wie Anträge und Zahlungen für Genehmigungen und Lizenzen online und völlig transparent abgewickelt werden.

Anteil der Unternehmen, die zur Zahlung von Bestechungsgeldern aufgefordert wurden – neueste Daten 2006-2021 (in Prozent)



* ohne Australien und Neuseeland



Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Viele Entwicklungsländer erholen sich trotz historisch hoher öffentlicher Entwicklungszusammenarbeit (ODA) und eines starken Wiederanstiegs der weltweiten ausländischen Direktinvestitionen und Rücküberweisungen nur schwer von der Pandemie. Diese Länder kämpfen u. a. mit Rekordinflation, steigenden Zinssätzen und einer bedrohlichen Schuldenlast. Angesichts konkurrierender Prioritäten und begrenzter Haushaltsspielräume ist der Wiederaufschwung für viele schwieriger denn je. Da die Pandemie längst noch nicht vorbei ist und die Impfstoffverteilung je nach Land stark variiert, besteht zudem die Gefahr einer „Zwei-Klassen-Erhholung“. Um einen besseren Wiederaufbau nach der Pandemie zu ermöglichen und die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele noch auf Kurs zu bringen, muss die internationale Finanz- und Schuldenarchitektur von Grund auf umgebaut werden. Die Welt erlebt gerade eine Vielzahl von Krisen in den Bereichen Soziales, Gesundheit,



Im März 2022 nahmen diese jungen Menschen in Bangkok an einem Jugenddialog der Vereinten Nationen über die Ziele für nachhaltige Entwicklung teil.

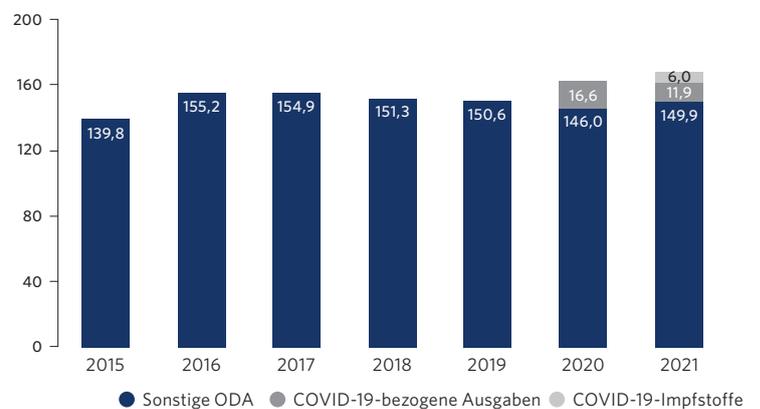
Umwelt, Frieden und Sicherheit. Für dauerhafte Lösungen muss die internationale Zusammenarbeit dringend ausgeweitet werden. Die Krisenvorsorge erfordert weit mehr Investitionen in Daten und Statistiken.

Die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit hat vor allem dank pandemiebezogener Hilfe einen neuen Höchststand erreicht, bleibt jedoch weiter hinter der Zielvorgabe zurück

2021 lag die Netto-ODA der Mitgliedsländer des Ausschusses für Entwicklungszusammenarbeit (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bei 177,6 Mrd. USD und damit real um 3,3 % höher als 2020. Dies entsprach 0,33 % des kombinierten Bruttonationaleinkommens (BNE) der Geber für 2020; ein neuer Höchstwert, der jedoch weiter hinter dem Zielwert von 0,7 % zurückblieb und nicht ausreichte, die Entwicklungsländer bezüglich der Zielvorgaben für nachhaltige Entwicklung wieder auf Kurs zu bringen. Der Anstieg geht hauptsächlich auf die Unterstützung der DAC-Mitglieder für Pandemiemaßnahmen wie Prävention, Behandlung und Betreuung zurück, die nach ersten Schätzungen 18,7 Mrd. USD betrug. Davon entfielen 6,3 Mrd. USD oder 3,5 % auf Spenden von COVID-19-Impfstoffen in Form von fast 857 Mio. Impfdosen für Entwicklungsländer. Seit 2015 ist die Netto-ODA um 20 % gestiegen. Trotz der in allen Ländern angespannten Haushaltslage erreichte sie nicht nur 2020, sondern auch 2021 einen neuen Höchststand. Der Krieg in der Ukraine wirkt sich mit den erhöhten Ausgaben für Flüchtlinge direkt auf die 2022 geleistete ODA aus. Die Militärhilfen für die Ukraine und die

steigenden Militärausgaben der europäischen Staaten sind nicht als ODA anzusehen. Sie könnten jedoch abrupte Haushaltsumschichtungen bewirken und die Entwicklungszusammenarbeit für die ärmeren Länder zu einem Zeitpunkt gefährden, an dem sie dringend nötig ist.

Öffentliche Netto-Entwicklungszusammenarbeit, nach Komponente – 2015-2021 (in Milliarden konstanter US-Dollar) (Basisjahr: 2020)



Die Bedeutung von Daten und Statistiken für fundierte Entscheidungen lag noch nie so klar auf der Hand, doch ist die Finanzierung dieses Sektors ins Stocken geraten

Aktuelle und hochwertige Daten haben sich bei entwicklungsbezogenen Entscheidungen als überaus wichtige Orientierungshilfe erwiesen, insbesondere während der Pandemie. 2021 meldeten 150 Länder und Hoheitsgebiete – 2020 waren es noch 132 – die Umsetzung eines nationalen Statistikplans, davon 84 mit Vollfinanzierung. Pandemiebedingt hat sich die Erstellung neuer Pläne weltweit verzögert, weshalb viele nationale statistische Ämter mit abgelaufenen Plänen arbeiten, die den sich verändernden Entwicklungszielen möglicherweise nicht umfassend gerecht werden.

Eine neuere Umfrage ergab, dass sich die Auszahlung der Haushaltsmittel für die Mehrheit der nationalen statistischen Ämter in Ländern mit niedrigem Einkommen 2021 mäßig bis stark verzögert hat. Um ihr Arbeitsprogramm durchführen zu können, waren viele von ihnen auf Entwicklungshilfe aus externen Quellen angewiesen, die während der Pandemie rückläufig war. In den kommenden drei Jahren erwar-

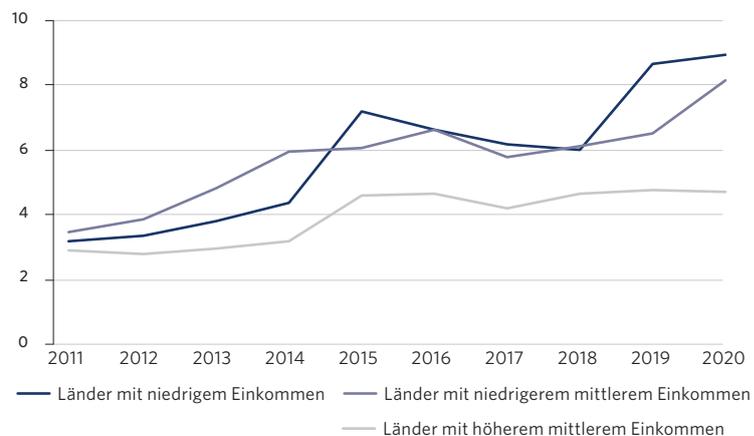
ten diese Länder die größten Finanzierungslücken bei den Wirtschafts- und Landwirtschaftserhebungen sowie bei den Volks- und Wohnungszählungen.

Nach ersten Analysen lag die ODA für Daten und Statistiken 2020 bei 650 Mio. USD und damit leicht unter dem Vorjahreswert von 662 Mio. USD. Allgemein stagniert die Finanzierung dieses Sektors bei 0,3 % der gesamten ODA. Überdies gingen die Mittel für andere als grundlegend angesehene statistische Aktivitäten trotz eines deutlichen Anstiegs der Mittel für Gesundheitsdaten um 18 % zurück. Die Finanzmittel für Daten speziell zu den Nachhaltigkeitszielen, etwa geschlechtsspezifische und klimabezogene Daten, waren gegenüber 2020 sogar noch stärker rückläufig. Dies zeigt, dass mit Beginn der Pandemie selbst die grundlegendsten statistischen Aktivitäten rasch zurückgestuft wurden, was in den Ländern mit dem größten Bedarf für gravierende Lücken und Rückstände im Datenbereich gesorgt hat.

Die Pandemie hat die Schuldenlast der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen noch verschärft

Die gesamte Auslandsverschuldung der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen stieg 2020 um 5,3 % auf 8,7 Bio. USD, v. a. aufgrund höherer langfristiger Schulden, die um 6 % auf 6,3 Bio. USD stiegen. Die globale Pandemie verschlechterte die Auslandsverschuldungsquoten weiter, da die Auslandsschulden der meisten Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen rascher wuchsen als die Exporterlöse. In den Ländern mit niedrigem Einkommen stieg das Verhältnis des Schuldendienstes für öffentliche oder durch Staatsgarantien besicherte Schulden im Verhältnis zu den Exporten von 2011 bis 2022 von durchschnittlich 3,1 % auf 8,8 %. Diese Verschlechterung der Schuldenindikatoren war ausgedehnt und betraf Länder aller geografischen Regionen. Am ausgeprägtesten war sie in Afrika südlich der Sahara, wo der Schuldenstand im Verhältnis zum BNE zwischen 2011 und 2020 von durchschnittlich 23,4 auf 43,7 % stieg und sich das durchschnittliche Verhältnis von Schuldendienst zu Exporten verdreifachte.

Schuldendienst im Verhältnis zu Exporten, nach Einkommensgruppe – 2011-2020 (in Prozent)



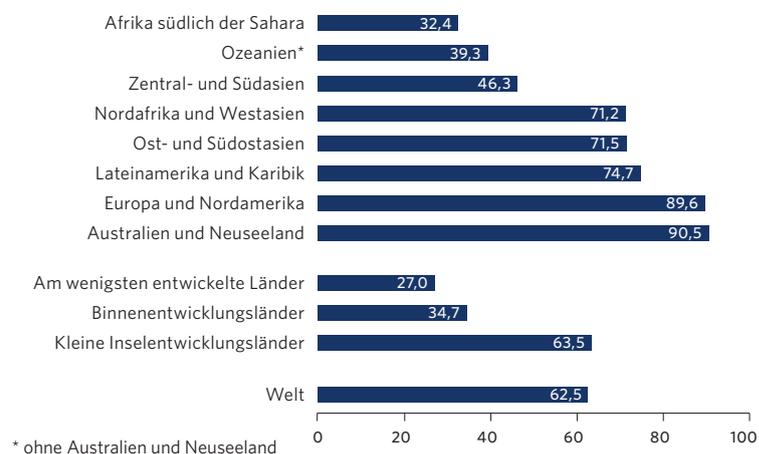
Die Internetnutzung hat durch die Pandemie stark zugenommen, doch ärmere Regionen liegen weiter zurück

Mit der Pandemie ist das Internet für Arbeits- und Lernzwecke, den Zugang zu Basisdienstleistungen und die Kontaktpflege unverzichtbar geworden. Jüngsten Daten zufolge hat sich während der Pandemie die Internetverbreitung beschleunigt. 2019 nutzten 4,1 Mrd. Menschen (54 % der Weltbevölkerung) das Internet. Bis 2021 war die Nutzerzahl stark angewachsen, nämlich um 782 Mio. auf 4,9 Mrd. oder 63 % der Weltbevölkerung. 2020, im ersten Pandemiejahr, war sie um 10,2 % gestiegen. Verantwortlich für diesen Anstieg, den stärksten seit zehn Jahren, waren vor allem die Entwicklungsländer, in denen die Internetnutzung um 13,3 % zunahm. 2021 fiel der Zuwachs wieder etwas verhaltener aus und entsprach mit 5,8 % in etwa den vor der Krise verzeichneten Werten. In den am wenigsten entwickelten Ländern stieg die Internetnutzung zwischen 2019 und 2021 um 20 % und erfasst jetzt 27 % der Bevölkerung.

Die Zahl der Festnetz-Breitbandanschlüsse nimmt weiter stetig zu und lag 2021 im Weltdurchschnitt bei 17 Anschlüssen je 100 Einwohner(innen). In den am wenigsten entwickelten Ländern sind solche

Anschlüsse trotz zweistelliger Wachstumsraten mit nur 1,4 Anschlüssen je 100 Einwohner(innen) nach wie vor ein Privileg einiger weniger.

Anteil der Internetnutzerinnen und -nutzer – 2021 (in Prozent)



Weltweite ausländische Direktinvestitionen legten 2021 wieder kräftig zu, doch war das Wachstum der Finanzströme in die ärmsten Länder eher verhalten

Die weltweiten ausländischen Direktinvestitionen stiegen 2021 wieder kräftig – auf 1,58 Bio. USD; ein Anstieg von 64 % gegenüber 2020. Die Erholung verlief allerdings je nach Region höchst ungleichmäßig. Den stärksten Anstieg verzeichneten die entwickelten Länder, wo die ausländischen Direktinvestitionen 2021 etwa 746 Mrd. USD erreichten und sich damit gegenüber 2020 mehr als verdoppelten. Die ausländischen Direktinvestitionen in die Entwicklungsländer stiegen um 30 % auf fast 837 Mrd. USD. Etwas verhaltener war das Wachstum bei den ausländischen Direktinvestitionen in die am wenigsten entwickelten Länder mit 13 %. Die Zuflüsse in die am wenigsten entwickelten Länder, die Binnenentwicklungsländer und die kleinen Inselentwicklungsländer machten 2021 zusammen nur 2,5 % des Weltgesamtwerts aus, ein Rückgang gegenüber den 3,5 % von 2020.

Die internationalen Investitionen in für die Nachhaltigkeitsziele relevante Sektoren in den Entwicklungsländern nahmen 2021 um 70 % zu. Der Großteil dieses Zuwachses entfiel auf Projekte in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Allerdings sank der Anteil an den gesamten Investitionen zugunsten der Nachhaltigkeitsziele in den Entwicklungsländern, der an die wenigsten entwickelten Länder ging, zwischen 2020 und 2021 von 19 auf 15 %.

Überweisungsströme in ärmere Länder bleiben robust, auch dank reger Wirtschaftstätigkeit und eines hohen Beschäftigungsstands in vielen Gastländern

2021 lagen die Rücküberweisungen in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen bei 605 Mrd. USD, ein robuster Zuwachs um 8,6 % gegenüber 2020. Im zweiten Jahr in Folge waren die Überweisungsströme in diese Länder (ohne China) höher als die ausländischen Direktinvestitionen und die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zusammengenommen. Dieser beträchtliche Anstieg rührte in erster Linie daher, dass Migrantinnen und Migranten Geld nach Hause überwiesen, um ihre während der Pandemie von wirtschaftlichen Härten betroffenen Familien zu unterstützen. Auch die rege Wirtschaftstätigkeit und der hohe Beschäftigungsstand in vielen großen Gastländern, die Konjunkturprogramme auflegten, trugen zu diesem Anstieg bei. Die Kosten für internationale Überweisungen waren mit durchschnittlich 6,0 % – dem Doppelten der Zielvorgabe von 3 % – weiter hoch.

Prognosen zufolge werden die Überweisungsströme 2022 um 4,2 % auf 630 Mrd. USD und damit weniger als halb so stark wie 2021 steigen. Dieser Rückgang ist eine direkte Folge der Krise in der Ukraine. Überweisungen in dieses Land werden 2022 voraussichtlich um mehr als 20 % steigen. In vielen zentralasiatischen, von der Russischen Föderation abhängigen Ländern dürften die Überweisungsströme dagegen nachlassen.

Hinweise für Leserinnen und Leser

Rahmen globaler Indikatoren zur Weiterverfolgung und Überprüfung der Ziele für nachhaltige Entwicklung

Die vorgelegten Informationen beruhen auf den zuletzt verfügbaren Daten (Juni 2022) zu ausgewählten Indikatoren des Rahmens globaler Indikatoren¹ für die Ziele für nachhaltige Entwicklung. Der Rahmen globaler Indikatoren dient zur Überprüfung der Fortschritte auf globaler Ebene und wurde von der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung erarbeitet und am 6. Juli 2017 von der Generalversammlung angenommen (siehe Resolution 71/313, Anlage).

Mit der Auswahl der in dem Bericht verwendeten Indikatoren soll keine Priorisierung der Ziele erfolgen, da alle Ziele und Vorgaben gleich wichtig sind. Die genannte Zusammensetzung der Regionen und Subregionen baut auf dem geografischen Unterteilungsschema der Vereinten Nationen auf, wobei einige Änderungen erforderlich waren, um, soweit möglich, sinnvoll analysierbare Ländergruppen zu bilden.²

Datenquellen und Grundlagen dieser Analyse

Die Werte für die meisten Indikatoren in dem Bericht sind regionale und/oder subregionale Aggregate. Sie errechnen sich in der Regel aus dem gewichteten Mittel der Länderdaten, wobei der Gewichtungsfaktor die Referenzpopulation ist; ihnen liegen nationale Daten zugrunde, die von internationalen Stellen aufgrund ihres Mandats und ihrer speziellen Sachkompetenz aus nationalen Statistiken zusammengestellt werden. Die von den internationalen Stellen erhobenen nationalen Daten werden oft zum Zweck der Vergleichbarkeit angepasst und, wo sie nicht vorliegen, geschätzt. Nach dem Beschluss der Statistischen Kommission und Resolution 2006/6 des Wirtschafts- und Sozialrats sollen die für die Zusammenstellung der globalen Indikatoren verwendeten Schätzungen in voller Abstimmung mit den nationalen Statistikämtern vorgenommen werden. Die Kriterien und Mechanismen für die Validierung durch die nationalen Statistikämter sind im Bericht der Interinstitutionellen und Sachverständigengruppe über die Indikatoren für die Ziele für nachhaltige Entwicklung³ ausgeführt und wurden von der Statistischen Kommission auf ihrer fünfzigsten Tagung gebilligt⁴.

Die Zusammenarbeit zwischen nationalen Statistiken und regionalen und internationalen Organisationen ist für einen wirksamen Fluss international vergleichbarer Daten unverzichtbar. Diese

Mechanismen können durch die Stärkung der Koordinierungsfunktion nationaler Statistikämter in nationalen Statistiken verbessert werden.

Eine Datenbank mit den zu den Indikatoren für die Nachhaltigkeitsziele verfügbaren globalen, regionalen, Länder- und Metadaten, die diesen Bericht stützt und von der Statistikabteilung der Vereinten Nationen unterhalten wird, ist unter <https://unstats.un.org/sdgs> abrufbar. Aufgrund neuer Daten und überarbeiteter Methoden sind die hierin enthaltenen Datenreihen möglicherweise nicht mit früheren Datenreihen vergleichbar.

Zwar erleichtern die hier vorgelegten Aggregate die Fortschrittsverfolgung, doch kann die Situation einzelner Länder in einer bestimmten Region bzw. zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und geografischen Gebieten innerhalb eines Landes erheblich von den regionalen Durchschnittswerten abweichen. Die Vorlage von Aggregaten für alle Regionen verdeckt außerdem eine andere Realität: den in vielen Teilen der Welt bestehenden Mangel an geeigneten Daten zur Bewertung nationaler Trends als Informationsgrundlage für die Entwicklungspolitik und zur Überwachung ihrer Umsetzung.

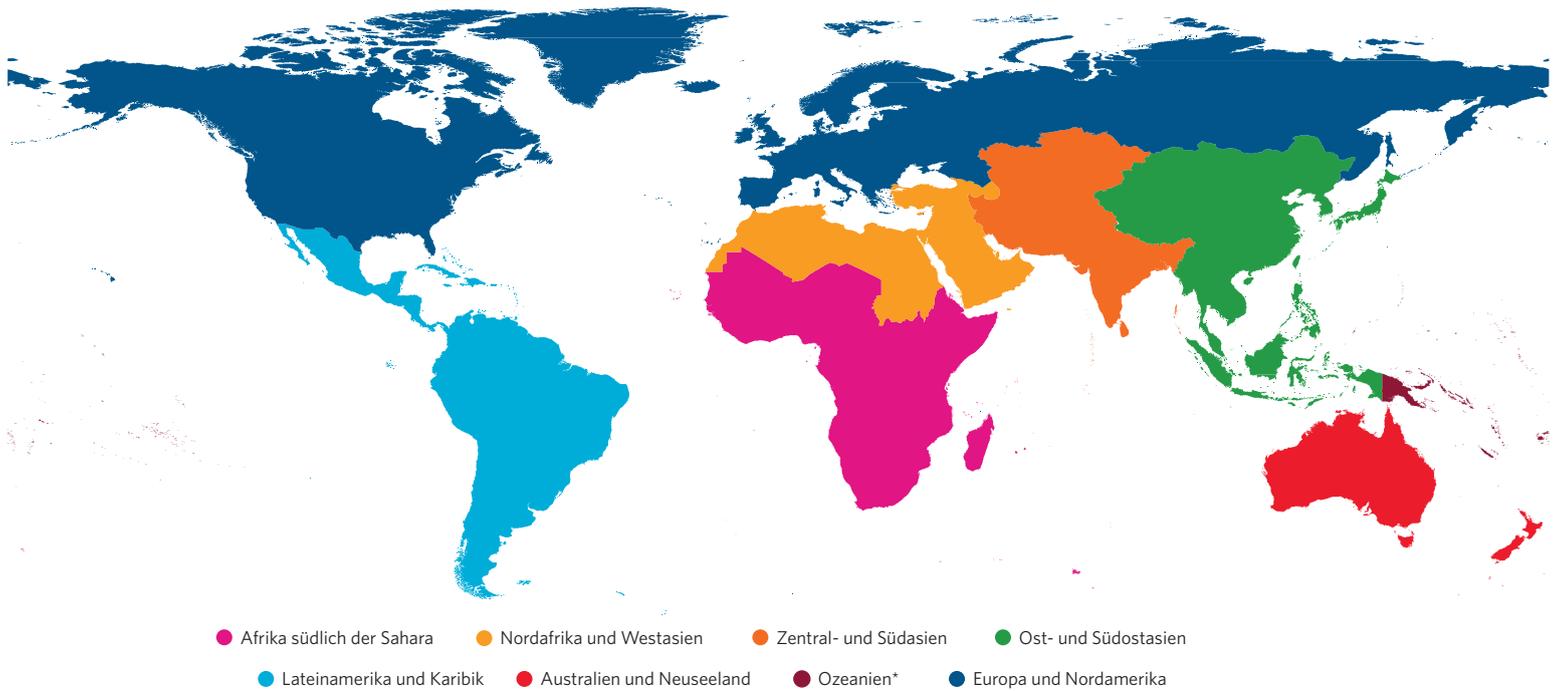
¹ Die vollständige Liste der Indikatoren findet sich unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/indicators-list/>.

² Die Zusammensetzung der Subregionen geht aus dem Abschnitt „Regionale Gruppen“ hervor.

³ Siehe „Report of the Inter-Agency and Expert Group on Sustainable Development Goal Indicators“ (E/CN.3/2019/2), Anhang I.

⁴ Siehe Report of the Statistical Commission on its fiftieth session (E/2019/24-E/CN.3/2019/34).

Regionale Gruppen



- Anmerkungen:
- Im gesamten Bericht bezeichnet „Ozeanien*“ Ozeanien ohne Australien und Neuseeland.
 - Die in dieser Karte abgebildeten Grenzlinien und Namen und verwendeten Bezeichnungen implizieren weder offizielle Unterstützung noch Akzeptanz durch die Vereinten Nationen.

In diesem Bericht werden Daten zu den Fortschritten in Bezug auf die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele weltweit sowie für verschiedene Gruppen vorgelegt. Die Ländergruppen beruhen auf den geografischen Regionen, die nach den Länder- und Gebiets-Standardcodes für statistische Zwecke (M49)⁵ der Statistikabteilung der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen definiert sind. Die geografischen Regionen sind aus der Karte ersichtlich. Einige der M49-Regionen wurden aus Darstellungsgründen zusammengefasst.

Die Zugrundelegung geografischer Regionen für die Ländergruppen ist eine wesentliche Veränderung gegenüber dem Bericht 2016 über die Ziele für nachhaltige Entwicklung und den Fortschrittsberichten über die Millenniums-Entwicklungsziele. Zuvor wurden Daten für Länder in „Entwicklungs-“ und „entwickelten“ Regionen präsentiert, die ihrerseits in geografische Subregionen untergliedert waren. Zwar besteht im System der Vereinten Nationen keine gängige Norm für die Unterteilung in „Entwicklungs-“ und „entwickelte“ Länder oder

Gebiete, doch folgt der Bericht der Unterteilung in Entwicklungs- und entwickelte Regionen bei Daten für einige Indikatoren weiter, jedoch nur zu statistischen Analysezwecken und in Anlehnung an die Praxis der internationalen Organisation, von der die Daten stammen.⁶

Zusätzlich enthalten Text und Schaubilder nach Möglichkeit auch Daten für Ländergruppen, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen: am wenigsten entwickelte Länder, Binnenentwicklungsländer und kleine Inselentwicklungsländer.

Eine vollständige Liste der Länder jeder Region, Subregion und Ländergruppe findet sich unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/regional-groups>.

Der Begriff „Land“ bezeichnet in dieser Veröffentlichung je nach Fall auch Hoheitsgebiete und Gebiete. Mit den in dieser Veröffentlichung verwendeten Bezeichnungen und vorgelegten Materialien wird vom Sekretariat der Vereinten Nationen weder zum Rechtsstatus von Ländern, Hoheitsgebieten, Städten oder Gebieten oder ihrer Behörden noch zum Verlauf ihrer Grenzen Stellung genommen.

⁵ Einzelheiten zum M49-Standard finden sich auf der Website der VN-Statistikabteilung unter <https://unstats.un.org/unsd/methodology/m49>.

⁶ Im Diskussionspapier „Update of the regional groupings for the SDG report and database“ vom 31. Oktober 2016, einzusehen unter <https://unstats.un.org/sdgs/indicators/regional-groups/>, sind diese Veränderungen im Einzelnen beschrieben.

Fotos:

Deckblatt © WFP/Sayed Asif Mahmud

Seite 6 © UNICEF/Olivia Acland

Seite 26 © ILRI/Mann

Seite 28 © FAO/Luis Tato

Seite 30 © UN-Frauen/Pathumporn Thongking

Seite 34 © UNICEF/Rindra Ramasomanana

Seite 36 © IAO Sri Lanka

Seite 38 © Europäische Union/ECHO/Melaku Asefa

Seite 40 © UN-Frauen/Ryan Brown

Seite 42 © IAO/E. Raboanaly

Seite 44 © IAO/KB Mpofu

Seite 46 © FAO/Arete/Ismail Taxta

Seite 48 © Zoriah

Seite 50 © UNEP

Seite 52 © USFS Photo

Seite 54 © IAO/Victor Libuku

Seite 56 © FAO/Giulio Napolitano

Seite 58 © AP Photo/Emilio Morenatti

Seite 60 © UN Thailand

Karten: Die Karten auf den Seiten 39 und 40 stammen von der Statistikabteilung der Vereinten Nationen.

Die Kartierungsdaten wurden von der Sektion Geoinformationen der Vereinten Nationen bereitgestellt.

Informationsgrafiken im Überblick auf den Seiten 8-25:

Dewi Glanville, unter Verwendung von Grafiken von thenounproject.com unter einer NounPro-Lizenz.

Zusätzliche Arbeiten in Gestaltung, Grafikdesign, Lektorat, Satz und Korrekturlesen: Gruppe Manuskriptbearbeitung und Korrekturlesen/
Hauptabteilung Generalversammlung und Konferenzmanagement

Redaktion: Lois Jensen

Copyright © 2022 United Nations

Alle Rechte weltweit vorbehalten

Anträge auf auszugsweise Reproduktion oder auf Vervielfältigung sind an das Copyright Clearance Center (<http://www.copyright.com>) zu richten.

Alle sonstigen Fragen betreffend Rechte und Lizenzen, einschließlich Nebenrechten, sind zu richten an:

United Nations Publications, 300 East 42nd Street, New York, NY, 10017, Vereinigte Staaten von Amerika.

E-Mail: publications@un.org; Website: <http://www.un.org/publications>

Veröffentlichung der Vereinten Nationen, herausgegeben von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

Dieser Bericht wurde von der Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten gemäß Ziffer 83 der Resolution 70/1 der Generalversammlung erstellt, wonach der Generalsekretär gehalten ist, jährliche Fortschrittsberichte über die Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erstellen. Die internationalen und regionalen Organisationen und die Büros, Sonderorganisationen, Fonds und Programme des Systems der Vereinten Nationen, die zu dem Bericht beigetragen haben, sind nachstehend aufgeführt. Weitere Beiträge stammen von Statistikämtern mehrerer Länder und von Sachverständigen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft.

Abteilung Meeresangelegenheiten und Seerecht

Allianz der kleinen Inselstaaten

Asiatische Entwicklungsbank

Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA)

Büro der Gesandten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für die Jugend

Büro der Hohen Beauftragten der Vereinten Nationen für die am wenigsten entwickelten Länder, Binnenentwicklungsländer und kleinen Inselentwicklungsländer

Büro der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für Gewalt gegen Kinder

Büro der Vereinten Nationen für die Verringerung des Katastrophenrisikos

Büro der Vereinten Nationen für Drogen und Verbrechensbekämpfung (UNODC)

Büro der Vereinten Nationen für Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitsinstitutionen/Hauptabteilung Friedensmissionen

Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung/Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und Friedenskonsolidierung

Dienst der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme

Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Stärkung der Frauen (UN-Frauen)

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)

Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS)

Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD)

Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten

Hohes Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR)

Hohes Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR)

Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Internationale Energie-Agentur

Internationale Fernmeldeunion (ITU)

Internationale Organisation für erneuerbare Energien

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Internationales Handelszentrum (ITC)

Internationale Union für die Erhaltung der Natur

Internationale Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO)

Interparlamentarische Union (IPU)

Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen

Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)

Nachhaltige Energie für alle

Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO)

Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)

Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-Habitat)

Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen

Sekretariat des Übereinkommens über die biologische Vielfalt

Statistische Partnerschaft zur Förderung der Entwicklung im 21. Jahrhundert (PARIS 21)

Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP)

UN-Energie

UN-Ozeane

UN-Wasser

Weltbankgruppe

Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Weltorganisation für Meteorologie (WMO)

Weltorganisation für Tourismus (UNWTO)

Welthandelsorganisation (WTO)

Wirtschaftskommission für Afrika (ECA)

Wirtschaftskommission für Europa (ECE)

Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (ECLAC)

Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP)

Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien (ESCWA)

Zusatzinformationen auf Englisch: Website der Statistikabteilung der VN-Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten über die Ziele für nachhaltige Entwicklung unter <https://unstats.un.org/sdgs>.



„Wir müssen über uns hinauswachsen, um die Nachhaltigkeitsziele zu retten – und unserem Versprechen von einer Welt treu bleiben, die von Frieden, Würde und Wohlstand auf einem gesunden Planeten geprägt ist.“

— ANTONIO GUTERRES
GENERALSEKRETÄR DER VEREINTEN NATIONEN

Übersicht über die Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen 2022



- 1 KEINE ARMUT
- 2 KEIN HUNGER
- 3 GESUNDHEIT UND WOHLERGEHEN
- 4 HOCHWERTIGE BILDUNG
- 5 GESCHLECHTERGLEICHHEIT
- 6 SAUBERES WASSER UND SANITÄREINRICHTUNGEN
- 7 BEZAHLBARE UND SAUBERE ENERGIE
- 8 MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM
- 9 INDUSTRIE, INNOVATION UND INFRASTRUKTUR



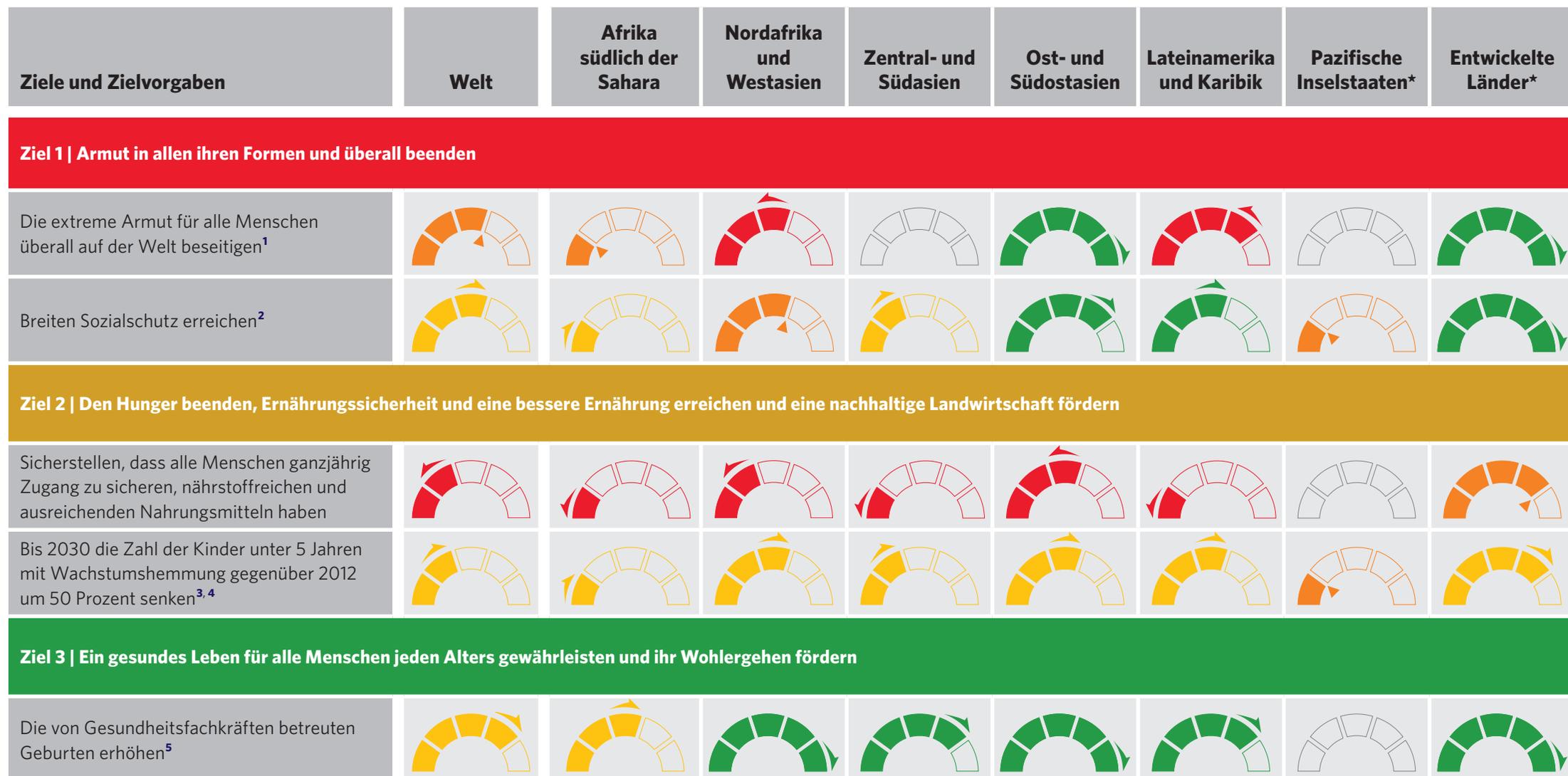
- 10 WENIGER UNGLEICHHEITEN
 - 11 NACHHALTIGE STÄDTE UND GEMEINDEN
 - 12 VERANTWORTUNG BEI KONSUM UND PRODUKTION
 - 13 MASSNAHMEN ZUM KLIMASCHUTZ
 - 14 LEBEN UNTER WASSER
 - 15 LEBEN AN LAND
 - 16 FRIEDEN, BERECHTIGKEIT UND STARKE INSTITUTIONEN
 - 17 PARTNERSCHAFTEN ZUR ERREICHUNG DER ZIELE
- 

Übersicht über die Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen 2022

Die *Übersicht über die Fortschritte bei den Nachhaltigkeitszielen 2022* ist eine Momentaufnahme der globalen und regionalen Fortschritte bei ausgewählten Zielvorgaben unter den 17 Zielen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Die Analyse beruht auf den aktuellsten verfügbaren Daten und spiegelt für einige der Nachhaltigkeitsziele auch die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie wider. Für die anderen Ziele waren die vollen Auswirkungen der Pandemie nur eingeschränkt messbar, weil Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung die Datenerhebung erschwert haben.

Aus der Übersicht für 2022 geht klar hervor, dass bei vielen Zielvorgaben wie Armut, Ernährungssicherheit, Beendigung der Malaria-Epidemie, Impfschutz und Beschäftigung Rückschritte verzeichnet wurden, die auf die Auswirkungen von COVID-19-Pandemie, Klimawandel und Konflikten zurückgingen. Die jüngsten Krisenkaskaden haben die Herausforderungen bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele deutlich hervortreten lassen. Um die Nachhaltigkeitsziele rascher zu erreichen und verheerende Folgen abzuwenden, müssen alle Länder ihre Maßnahmen dringend ausweiten und koordinieren, um den Kurs zu korrigieren und auf einen besseren Wiederaufbau nach der Krise hinzusteuern.

Die Übersicht enthält einerseits eine Trendanalyse, in der Ampelfarben die Fortschritte bei der jeweiligen Zielvorgabe zeigen (vom Basisjahr bis zum aktuellsten Datenpunkt), und andererseits eine Zustandsanalyse, die anhand einer Skala zeigt, wie weit der aktuellste Entwicklungsstand von der Zielvorgabe entfernt ist. Die Übersicht zeigt ausgewählte Indikatoren und beruht auf dem Datenstand von Juni 2022. Für die meisten Indikatoren stammen die aktuellsten Daten aus den Jahren 2019 bis 2021. Die Trendanalyse geht von einem Basisjahr um 2015 bzw. 2010 aus.



Ziele und Zielvorgaben	Welt	Afrika südlich der Sahara	Nordafrika und Westasien	Zentral- und Südasien	Ost- und Südostasien	Lateinamerika und Karibik	Pazifische Inselstaaten*	Entwickelte Länder*
Die Sterblichkeit bei Kindern unter 5 Jahren auf höchstens 25 je 1.000 Lebendgeburten senken ⁶								
Die Malaria-Epidemie beenden ⁷								
Den Impfschutz der Einjährigen gegen Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten ausweiten								

Ziel 4 | Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern

Sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen die Grundschulbildung abschließen								
---	--	--	--	--	--	--	--	--

Ziel 5 | Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen

Kinderheirat beseitigen ⁵								
Die volle Teilhabe und Chancengleichheit von Frauen in den nationalen Parlamenten gewährleisten								

Ziel 6 | Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten

Allgemeinen Zugang zu einer sicher verwalteten Trinkwasserversorgung verwirklichen ⁸								
Allgemeinen Zugang zu einer sicher verwalteten Sanitärversorgung verwirklichen ⁸								

Ziele und Zielvorgaben	Welt	Afrika südlich der Sahara	Nordafrika und Westasien	Zentral- und Südasien	Ost- und Südostasien	Lateinamerika und Karibik	Pazifische Inselstaaten*	Entwickelte Länder*
------------------------	------	---------------------------	--------------------------	-----------------------	----------------------	---------------------------	--------------------------	---------------------

Ziel 7 | Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern

Allgemeinen Zugang zu Elektrizität erreichen								
Die weltweite Steigerungsrate der Energieeffizienz verdoppeln ^{6,9}								

Ziel 8 | Dauerhaftes, inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

Das Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum aufrechterhalten ¹⁰								
Vollbeschäftigung verwirklichen								

Ziel 9 | Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen

Den Anteil der Industrie am BIP erheblich steigern								
Die Ausgaben für wissenschaftliche Forschung und Entwicklung als Anteil am BIP deutlich erhöhen								
Den Zugang zu Mobilfunknetzen erweitern								

Ziel 10 | Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern

Ungleichheit innerhalb von Ländern verringern ^{6,11}								
---	--	--	--	--	--	--	--	--

Ziele und Zielvorgaben	Welt	Afrika südlich der Sahara	Nordafrika und Westasien	Zentral- und Südasien	Ost- und Südostasien	Lateinamerika und Karibik	Pazifische Inselstaaten*	Entwickelte Länder*
------------------------	------	---------------------------	--------------------------	-----------------------	----------------------	---------------------------	--------------------------	---------------------

Ziel 11 | Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten

Den Anteil der in Slums lebenden städtischen Bevölkerung verringern								
---	--	--	--	--	--	--	--	--

Ziel 12 | Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen

Den Inlandsmaterialverbrauch je BIP-Einheit verringern								
Die ineffiziente Subventionierung fossiler Brennstoffe je BIP-Einheit rationalisieren								

Ziel 13 | Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

Die globalen Treibhausgasemissionen reduzieren ¹²								
--	--	--	--	--	--	--	--	--

Ziel 14 | Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen

Den Anteil der Fischbestände innerhalb biologisch nachhaltiger Grenzen erhöhen ¹²								
Die Ausdehnung von Schutzgebieten im Verhältnis zu den für die Biodiversität besonders wichtigen Meeresgebieten erhöhen								

Ziel 15 | Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen

Die Erhaltung, Wiederherstellung und nachhaltige Nutzung der Landökosysteme gewährleisten								
Die Erhaltung, Wiederherstellung und nachhaltige Nutzung der Bergökosysteme gewährleisten								

Ziele und Zielvorgaben	Welt	Afrika südlich der Sahara	Nordafrika und Westasien	Zentral- und Südasien	Ost- und Südostasien	Lateinamerika und Karibik	Pazifische Inselstaaten*	Entwickelte Länder*
Bis 2020 die bedrohten Arten schützen und ihr Aussterben verhindern ^{13,14}								

Ziel 16 | Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen

Die Tötungsrate deutlich senken ¹⁵								
Den Anteil der ohne Urteil Inhaftierten verringern ¹⁵								
Den Anteil der Länder mit unabhängigen Nationalen Menschenrechtsinstitutionen, die den Pariser Grundsätzen folgen, erhöhen								

Ziel 17 | Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen

Die vollständige Auszahlung der öffentlichen Nettoleistungen für Entwicklungszusammenarbeit durch die Geberländer sicherstellen ¹²								
Den Technologiezugang durch vermehrte Internetnutzung verbessern								
Den Anteil der Länder mit einem vollständig finanzierten nationalen statistischen Plan erhöhen ¹⁶								

Legende

Trend (Farbe und Pfeil, Pfeilspitze)		Aktueller Stand													
	Erhebliche Fortschritte/auf Kurs		Begrenzte oder keine Fortschritte		Zielvorgabe erreicht oder fast erreicht		Zielvorgabe ist nahe		Zielvorgabe mäßig weit entfernt		Zielvorgabe weit entfernt		Zielvorgabe sehr weit entfernt		Unzureichende Daten
	Gute Fortschritte, Beschleunigung nötig		Rückschritte												

Anmerkungen

- * Die Kategorie „Pazifische Inselstaaten“ bezieht sich auf Ozeanien ohne Australien und Neuseeland. Die Kategorie „entwickelte Länder“ umfasst Europa, Nordamerika, Australien und Neuseeland.
- ¹ Die für die Trend- und die Zustandsanalyse verwendeten aktuellsten Daten stammen aus ersten Schätzungen für 2021 mit hoher Unsicherheit.
- ² Aufgrund der verbesserten Datenqualität und -verfügbarkeit sind die Schätzungen für 2020 für Nordafrika und Westasien, Lateinamerika und die Karibik und die pazifischen Inselstaaten nicht mit den Basiswerten vergleichbar. Für diese Regionen liegen nur Zustandsanalysen vor.
- ³ Das Basisjahr für die Trendanalyse ist 2012.
- ⁴ Die Zustandsanalyse beruht auf Daten von 2020, wobei die Prävalenz von Wachstumshemmung in fünf Stufen unterteilt ist: sehr hoch (1 Feld), hoch (2 Felder), mäßig (3 Felder), niedrig (4 Felder) und sehr niedrig (5 Felder).
- ⁵ Das Basisjahr für die Trendanalyse ist 2011.
- ⁶ Das Basisjahr für die Trendanalyse ist 2010.
- ⁷ Die Trendanalyse beruht auf der Global Technical Strategy for Malaria 2016-2030 der Weltgesundheitsorganisation, die einen Rückgang der Malaria-Inzidenz um mindestens 90 Prozent bis 2030 vorsieht. In der Zustandsanalyse ist die Malaria-Inzidenz in fünf Stufen unterteilt: sehr hoch (1 Feld), hoch (2 Felder), mäßig (3 Felder), niedrig (4 Felder) und Zielvorgabe erreicht (5 Felder).
- ⁸ Die Analyse für die „entwickelten Länder“ bezieht sich nur auf Europa und Nordamerika.
- ⁹ Die Zustandsanalyse beruht auf dem Grad der Energieintensität, der in fünf Stufen unterteilt ist: hoch (1 Feld), mittel bis hoch (2 Felder), mittel (3 Felder), mittel bis niedrig (4 Felder) und niedrig (5 Felder).
- ¹⁰ Der Basiswert ist die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-BIP von 2000 bis 2015. Die Zustandsanalyse beruht auf der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-BIP von 2015 bis 2020. Die Trendanalyse vergleicht die erwartete durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Pro-Kopf-BIP von 2015 bis 2030 mit dem Basiswert oder dem Zielwert von 2 Prozent.
- ¹¹ Die Analyse beruht auf dem Gini-Index. Die neuesten Daten stammen aus dem Jahr 2019. In der Zustandsanalyse ist die Ungleichheit in fünf Stufen unterteilt: sehr hoch (1 Feld), hoch (2 Felder), mäßig bis hoch (3 Felder), mäßig bis niedrig (4 Felder) und niedrig (5 Felder).
- ¹² Die Analyse erfasst nur die globale Ebene.
- ¹³ Die Analyse für die „entwickelten Länder“ bezieht sich nur auf Europa.
- ¹⁴ Die Zustands- und die Trendanalyse beruhen auf dem Rote-Liste-Index und den regionalen Aufschlüsselungen in dem Index.
- ¹⁵ In der Zustandsanalyse ist die Prävalenz der ohne Urteil Inhaftierten in fünf Stufen unterteilt: sehr hoch (1 Feld), hoch (2 Felder), mittel (3 Felder), niedrig (4 Felder) und sehr niedrig (5 Felder).
- ¹⁶ Die Trendanalyse beruht auf den Fortschritten von 2017 bis 2020.

Zu den regionalen Gruppen, Länderdaten und technischen Anmerkungen zur Übersicht siehe <https://unstats.un.org/sdgs>. Die Erfahrung einzelner Länder einer Region kann erheblich vom regionalen Durchschnitt abweichen. Aufgrund aktualisierter Daten und methodologischer Änderungen ist diese Übersicht nicht mit Übersichten aus früheren Jahren vergleichbar.

Quellen

Vereinte Nationen, auf der Grundlage der im Juni 2022 verfügbaren aktuellsten Daten und Schätzungen, bereitgestellt durch: Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC), Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Stärkung der Frauen (UN-Frauen), Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, Hohes Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR), Internationale Arbeitsorganisation (IAO), Internationale Energie-Agentur (IEA), Internationale Fernmeldeunion (ITU), Internationale Organisation für erneuerbare Energien (IRENA), Internationale Union für die Erhaltung der Natur (IUCN), Interparlamentarische Union (IPU), Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF), Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO), Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen (UN-Habitat), Sekretariat des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC), Statistische Partnerschaft zur Förderung der Entwicklung im 21. Jahrhundert (PARIS21), Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), Weltbankgruppe, Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Titelfoto © Unsplash/Yogendra Singh, <https://unsplash.com/photos/MLedwTOFrRc>

Zusammengestellt von der Statistikabteilung, Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten, Vereinte Nationen.